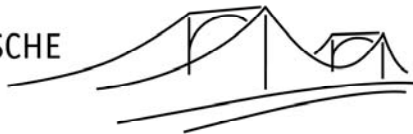


ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE  
FORSCHUNG POTSDAM



**Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien**

**Nr. 38/39**

**Dezember 2006/Januar 2007**

herausgegeben  
vom

**Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.**

Am Neuen Markt 1  
D-14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28991-0  
Telefax: (0331) 28991-40  
[www.zzf-pdm.de](http://www.zzf-pdm.de)

Direktion:  
Martin Sabrow (Geschäftsführend)  
Konrad H. Jarausch

Redaktion:  
Hans-Hermann Hertle

© Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.  
2006

ISSN 1432-4881

Das Bulletin für Zeithistorische Studien erscheint nach Bedarf. Pro Jahr erscheinen durchschnittlich drei Hefte. Die Schutzgebühr pro Heft beträgt **2,24 Euro**.

Umschlaggestaltung: Paul Benedikt Glatz.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

# Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien

Nr. 38/39

Dezember 2006/Januar 2007

## INHALT

Martin Sabrow EDITORIAL	5
Konrad H. Jarausch ZWISCHEN ALLEN (LEHR-)STÜHLEN. Ein transatlantisches Historiker-Leben	7
Michael Geyer TRANSATLANTISCHE BÜRGERCHAFT. Betrachtungen zur deutschen und amerikanischen Wissenschaftskultur	12
<b><i>BERICHTE AUS DEM PROJEKTBEREICH III</i></b>	
Thomas Lindenberger EUROPEAN COLD WAR CULTURES? Massenmedien im Kalten Krieg in transnationaler Perspektive	21
Annette Vowinckel SPORT UND MEDIEN IM KALTEN KRIEG: DIE OLYMPISCHEN SPIELE	24
Marcus M. Payk DIE MEDIALISIERUNG VON BEDROHUNGSLAGEN DES KALTEN KRIEGES IN AMERIKANISCHEN UND WESTDEUTSCHEN TV–SPIONAGESERIEN DER 1960ER JAHRE	27
Siegfried Lokatis DER „HEIMLICHE LESER“ IM KALTEN KRIEG. Die Verbreitung und Kontrolle illegaler Literatur in der DDR	30
Christoph Kalter DIE „ENTDECKUNG“ DES „TIERS MONDE“ UND DIE RADIKALE LINKE ZWISCHEN NACHKRIEGSKAPITALISMUS, DEKOLONISIERUNG UND KALTEM KRIEG IN FRANKREICH (1958-1975)	33

Viktor Knoll ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK DER SMAD 1945-1949 – Ein Editionsprojekt	39
<b><i>BERICHTE AUS DEM PROJEKTBEREICH IV</i></b>	
Christoph Classen/Thomas Mergel DIE KULTUREN DES POLITISCHEN. Formen und Repräsentationen politischer Integration im 20. Jahrhundert	48
Christoph Classen POLITIK ALS FIKTION. Ordnungsvorstellungen in Filmen und Fernsehbeiträgen der Bundesrepublik 1950-2000	54
Klaus Große Kracht/Árpád von Klimó KATHOLISCHE LAIEN IM KALTEN KRIEG	59
Christopher Görlich URLAUB VOM STAAT. Zur Geschichte des Tourismus in der DDR	64
<b><i>TAGUNGSBERICHTE</i></b>	
Matthias Schwartz GESCHICHTSPOLITIK UND ERINNERUNGSKULTUR IM NEUEN RUSSLAND Internationale Konferenz, Potsdam, 30. Juni/1. Juli 2006	69
Steffen Hennicke/Paulina Gulinska-Jurgiel/Thomas Lindenberger UNDERGROUND PUBLISHING AND THE PUBLIC SPHERE: COMPARATIVE AND TRANSNATIONAL PERSPECTIVES Internationale Konferenz, Berlin, 27.–29. Juli 2006	75
Agnieszka Wiercholska FROM SAMIZDAT TO TAMIZDAT Internationale Konferenz, Wien, 12.–15. September 2006	83
Carsten Dippel DIE UNGARISCHE REVOLUTION 1956: KONTEXT – WIRKUNG – MYTHOS Internationale Konferenz, Berlin, 4.–6. Oktober 2006	88
<b><i>ZZF-BUCHPUBLIKATIONEN 2006</i></b>	94
<b><i>AUTORENVERZEICHNIS</i></b>	96

## EDITORIAL

Das vorliegende Bulletin markiert gleich in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur in der Entwicklung des ZZF: Zum einen ist an dieser Stelle ein Beschluss der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung anzuzeigen, mit dem das ZZF am 23. Oktober 2006 in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung der Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen wurde. In der Begründung heißt es: „Das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam zählt – gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte in München (auch eine Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft) – zu den größten und bedeutendsten Forschungsinstituten auf dem Gebiet der Zeitgeschichte in Deutschland. Seine Forschung konzentriert sich auf die jüngere und jüngste Zeitgeschichte und wendet sich insbesondere der Konkurrenz von Demokratie und Diktatur zu. So wird die Erforschung der europäischen Voraussetzungen und Folgen der innerdeutschen Systemkonkurrenz künftig ein Schwerpunkt sein.“ Da „der Beginn der gemeinsamen Förderung erfolgt, wenn die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen“, ist mit dieser Entscheidung allerdings noch kein unmittelbarer Übergang des ZZF in eine neue Förderstruktur verbunden. Zumindest bis zum Auslaufen des sogenannten GWZ-Modells und des gegenwärtigen DFG-geförderten Arbeitsprogramms Ende 2007 bleibt es bei der bisherigen Finanzierung des Instituts, und es nicht auszuschließen, dass es danach bis zur tatsächlichen Aufnahme in die sogenannte „Blaue Liste“ noch auf eine Überbrückungsfinanzierung angewiesen sein wird.

Ungeachtet dieser gegenwärtig noch fortbestehenden Unwägbarkeit nimmt das ZZF die für seine institutionelle Sicherung bahnbrechende Entscheidung der BLK mit Freude und Dankbarkeit auf. Es versteht sie als Anerkennung der zeithistorischen Forschungsarbeit, die das ZZF seit seiner Gründung als Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien 1992 unter seinem ersten Direktor Jürgen Kocka und seit 1996 in seiner heutigen Gestalt unter seinen Direktoren Christoph Kleßmann und Konrad H. Jarausch geleistet hat. Es versteht sie zugleich als Ansporn eines weiteren und noch ehrgeizigeren Bemühens um wissenschaftliche Exzellenz und öffentliche Relevanz, um mit seinen Mitteln der immer weiter steigenden Bedeutung von Geschichte und Gedächtnis in unserer Zeit gerecht zu werden.

Eine zweite Zäsur spiegelt dieses Bulletin, indem es das Ausscheiden von Konrad H. Jarausch aus der Institutsleitung zum Ende des Jahres 2006 nach zehn überaus erfolgreichen Jahren der wissenschaftlichen Profilierung und des institutionellen Ausbaues unseres Hauses anzeigt. Konrad Jarausch hat sich um das ZZF außerordentliche Verdienste erworben; er hat seine internationale Öffnung entschieden vorangetrieben und für seine enge Verbindung mit der amerikanischen Zeitgeschichtsdiskussion gesorgt. Er hat mit seiner intellektuellen Neugier und seinen breitgefächerten theoretischen Ambitionen maßgeblich dazu beigetragen, die ursprünglich stark auf die DDR konzentrierte Aufmerksamkeit des Instituts auf übergreifende Zusammenhänge der deutschen und europäischen

Geschichte des 20. Jahrhunderts zu lenken. Das ZZF und seine Mitarbeiter verdanken seinem scheidenden Direktor viel. Und so freuen wir uns, dass Konrad Jarausch dem Institut dauerhaft als senior fellow zur Seite stehen wird, um die inhaltliche Arbeit des ZZF auch weiterhin mit seinem Wissen und seinen Erfahrungen zu begleiten und den transatlantischen Transfer fortzusetzen, von dem unsere Forschungsarbeiten so sehr profitieren durften.

Potsdam, im Dezember 2006

Martin Sabrow



Foto: Paul Benedikt Glatz

**ZWISCHEN ALLEN (LEHR-)STÜHLEN.  
Ein transatlantisches Historikerleben**

**Konrad H. Jarausch**

Zwei Fragen sind mir immer wieder gestellt worden, auf die ich eine Antwort nicht schuldig bleiben möchte, obwohl ich eigentlich ein privater Mensch bin, der sich nicht gern öffentlich inszeniert: Erstens, wie es eigentlich zu meiner „Doppelexistenz“ gekommen ist, und zweitens, wie ich den transatlantischen Spagat als Direktor des ZZF in Potsdam und Lehrstuhlinhaber an der University of North Carolina in Chapel Hill produktiv machen konnte.

Geboren bin ich, wie an meiner Sprache noch zu hören ist, in Deutschland, und zwar während des zweiten Weltkrieges in Magdeburg. Mein Vater war Studienrat am Kloster unserer Lieben Frauen; er starb schon im Januar 1942 in Russland, ohne mich je gesehen zu haben. Meine Mutter evakuierte uns wegen der Bombenangriffe nach Niederbayern, wo ich dann aufwuchs, bevor ich über den Umweg durch ihre Tätigkeit in fränkischen Landerziehungsheimen schließlich in Krefeld landete, als sie wieder in den öffentlichen Schuldienst zurückkehrte. Nach einem Internatsjahr in Meisenheim ging ich dann dort in das altsprachliche Arndt-Gymnasium, war christlicher Pfadfinder und machte mein Abitur. In vielerlei Hinsicht ist dies eine typische Nachkriegsbiographie – ich war ein Halbweise aus bildungsbürgerlichem Hause, von Mitteldeutschland, wie es damals hieß, ins Rheinland verschlagen. Soweit also keine Besonderheiten.

Geworden bin ich, wie mein Akzent manchmal preisgibt, zu einem Amerikaner, weil mir das Deutschland Adenauers zu eng war, was der Direktor meines Gymnasiums mir dadurch vor Augen führte, dass er mir in der Abiturprüfung in Deutsch aus weltanschaulichem Gegensatz einen Dreier verpasste. Durch Freunde landete ich im Sommer 1960 im wilden Westen der USA, genauer gesagt in Laramie, wo ich die *wide open spaces* der Prärie als befreiend empfand. An der dortigen University of Wyoming studierte ich Amerikanistik, trat einer Fraternity bei, wurde in den Studentensenat gewählt, spielte in der Universitätsmannschaft Fußball – und erfand mich neu, ohne den Ballast von europäischer Hochkultur und nationaler Schuld. Die trotz begrenzter Sprachkenntnisse und ausländischem Pass errungenen Studienerfolge zeigten mir die größeren Möglichkeiten des amerikanischen Universitätssystems für junge Leute. Ich erhielt ein Doktorandenstipendium an der University of Wisconsin in Madison, einem der besten geschichtlichen Fachbereiche im Lande, konnte mich über die Veröffentlichung meiner Magisterarbeit als Buch freuen und kehrte wegen bürokratischer Hindernisse bei der Anerkennung meines amerikanischen Studiums nicht dauerhaft nach Deutschland zurück. Die ungeplante Verwandlung eines Studienaufenthalts in eine Emigration war der entscheidende (Aus-)Bruch in meiner Biographie.

Gewählt habe ich mir wohl aufgrund der transatlantischen Distanz eine Spezialisierung in der deutschen Geschichte, da der Umgang mit dieser problematischen

Vergangenheit von Amerika aus weniger bedrohlich als im eigenen Lande erschien. Meine erste Arbeit befasste sich mit der diplomatischen Reaktion auf Hitlers Machtergreifung in Europa; über die Fischerkontroverse kam die Bethmann Hollweg-Biographie als Doktorarbeit hinzu; ein Post-Doc-Stipendium des Davis Centers der Princeton University erweiterte dann meine Interessen auf die Sozialgeschichte der Studenten im Kaiserreich sowie die Quantifizierung ... – ich brauche die Themenfolge meines Oeuvres hier nicht zu wiederholen, denn sie geht aus dem Publikationsverzeichnis hervor. Interessiert haben mich immer wieder neue Methoden, die den Zugang zur Vergangenheit erweiterten, weshalb ich auch manchmal gefragt wurde, ob es noch einen anderen Konrad Jarausch gäbe, der über andere Themen geschrieben habe, die doch eigentlich mit meinem letzten Buch gar nichts zu tun hätten ... . Diese transatlantische Distanz machte es möglich, deutsche wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit weniger politischer oder methodischer Parteinahme zu behandeln, also dem Thema gelassener gegenüber zu stehen.

Gelernt werden musste die Rolle als Institutsdirektor des ZZF, denn die Rückkehr nach Deutschland war eine weitere Überraschung meiner Biographie, die ich der Vereinigung verdanke. Durch mein Interesse an dem Umbruch und mein Engagement für ostdeutsche Historiker, das durch den Vorsitz einer bilateralen Historikerkommission der USA und der DDR vorbereitet wurde, geriet ich in die Debatten um die Umstrukturierung der Wissenschaft in den neuen Bundesländern, in denen ich ausgleichend statt polarisierend zu wirken versuchte. Was lag daher näher, als Jürgen Kocka während seines Freijahrs in Stanford zu vertreten, und Christoph Kleßmann bei der Leitung des Forschungsschwerpunktes Zeithistorische Studien beratend zur Seite zu stehen? Dass sich dann daraus eine Kodirektorenstelle am – auf meinen Vorschlag hin – Zentrum für Zeithistorische Forschung genannten Institut entwickeln würde, konnte ich nicht voraussehen, da ich schon in Amerika wegen der freundlichen Kollegen, dynamischen Forschung und eindrucksvollen Natur Wurzeln geschlagen hatte. Diese Rückberufung ist aber ein Beweis der trotz aller Kritik gewachsenen Liberalität des hiesigen Systems. Vor allem dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, den Kollegen an der Universität Potsdam und natürlich auch den Mitarbeitern des Instituts ist es zu verdanken, dass es dann für mich möglich wurde, meine überwiegende Arbeitskraft hier einzusetzen, ohne meine amerikanische Stiftungsprofessur ganz aufzugeben. Ich kann nur hoffen, dass sich dieses Risiko für alle Beteiligten ausgezahlt hat.

Zu gewöhnen hatte ich mich daraufhin an ein Vielfliegerdasein, von dem diverse Fluglinien erheblich profitiert haben. Obwohl ich transatlantisches Reisen auf ein Minimum begrenzt habe, wurde Jetlag zu einem konstanten Begleiter – das Denken mit Nebel im Kopf ist kein besonderes Vergnügen in einer so scharfen Diskussionskultur wie der hiesigen. Auch befinden sich meist die Quellen, die man gerade zum Schreiben braucht, auf der anderen Seite des Ozeans, was natürlich umgekehrt den Umgang mit Belegen erleichtern kann. Geholfen hat dabei die Etablierung einer Berliner Wohnung, in der vieles doppelt vorhanden sein muss-



te, damit ich nicht immer alles mitzuschleppen hatte. Auch wenn manchmal einige Dinge liegen bleiben konnten, hat die Entwicklung der elektronischen Kommunikation es ermöglicht, mit der anderen Seite in dauerndem Kontakt zu bleiben. Die Bewältigung rapider kultureller Brüche und Denken im sechsstündigen Zeitunterschied wurde deswegen zur alltäglichen Gewohnheit. Eine wesentliche Voraussetzung für diese transatlantische Doppelsexistenz war auch das intellektuelle Verständnis und die praktische Unterstützung meiner Frau, die selbst eine deutsch-amerikanische Romanistin ist.

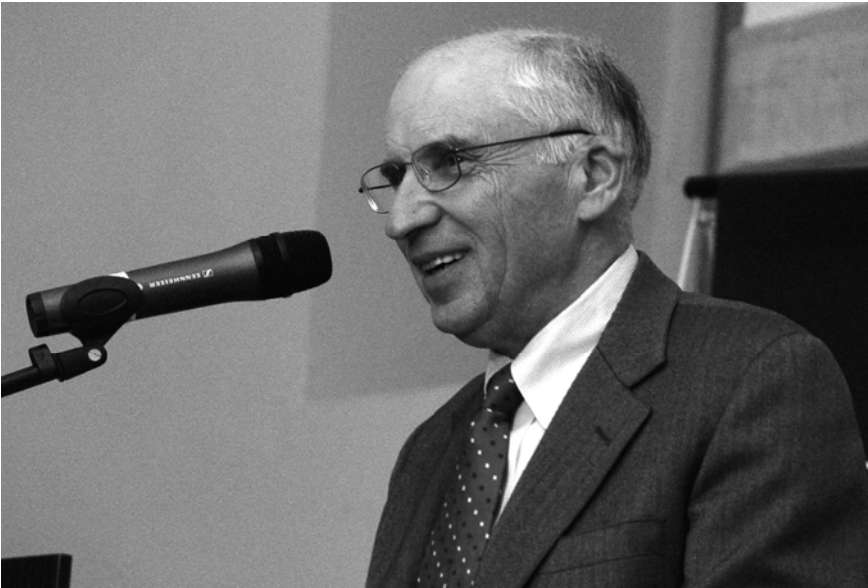


Foto: Paul Benedikt Glatz

Gelebt habe ich daher in einer Doppelsexistenz der fremden Nähe oder nahen Fremde auf beiden Seiten des Atlantiks, also in einer Art paradoxer Verbindung von Insidertum und Marginalität. In beiden Systemen war ich zwar zu Hause, kannte sie also von innen, wurde aber nicht ganz akzeptiert, was sich in überraschenden Momenten äußerte: Als ich in akzentfreiem Deutsch beim Postamt nach dem Preis von Briefmarken fragte, meinten die Beamten, ich wolle sie hinters Licht führen, denn eine so elementare Sache müsste ein Deutscher doch wissen. Oder als ich bei einer Delegationsverhandlung im DDR-Ministerium für Hoch- und Fachschulfragen plötzlich vom Englischen ins Deutsche wechselte, weil der Übersetzer den Sinn meiner Ausführungen verkehrte, gab es einen Moment des Entsetzens, denn ein US-Delegationsleiter hatte Englisch zu sprechen. Der intellektuelle Gewinn einer solchen Doppelperspektive war die Befreiung von den jeweiligen Scheuklappen, die Möglichkeit der Über- und Durchkreuzung von Vorurteilen, denn die in einem Kontext für natürlich gehaltenen An-

nahmen waren im anderen durchaus erklärungsbedürftig. Gepaart damit war aber auch ein Verlust instinktiver Sicherheit der Anspielungen, welche die Kommunikation wieder erschwerte, denn Selbstverständlichkeiten waren eben nicht mehr selbstverständlich. Daraus ergab sich auch eine Art von Wechselidentität, die sich in den changierenden Bedeutungen des Wörtchens „wir“ äußerte, denn dieses konnte einerseits das ZZF und Deutschland, andererseits aber auch den Fachbereich der University of North Carolina und Amerika meinen. Ebenso schwierig war für mich jedes Mal die Wahl der Sprache für die Veröffentlichungen, denn man konnte nur entweder auf Englisch oder auf Deutsch schreiben, musste also dann den Text wieder übersetzen, was auch Verluste an kultureller Resonanz verursachte.

Gestellt hat mir diese Doppelexistenz auch besondere Aufgaben, die zu erfüllen ich mich bemüht habe. Verärgert über die vielen transatlantischen Missverständnisse habe ich sie immer wieder zu dekonstruieren versucht. Frustriert von der staatstragenden and gegenwartsbezogenen Haltung mancher Kollegen habe ich versucht, Klischees durch eine kritische Zeitgeschichte zu historisieren. Wichtig ist es mir besonders, die Anerkennung der Veränderungen Deutschlands in den USA deutlich zu machen und so die alleinige Fixierung auf den Holocaust zu korrigieren. Aber ebenso dringend erscheint es mir, mehr Verständnis für die kreativen Besonderheiten der Amerikaner zu wecken und dadurch die Zerrbilder des Wilden Westens zu überwinden. Auf höherer Abstraktionsebene heißt dies, die Widersprüche zwischen amerikanischem Freiheitsstreben, das ich durchaus teile, und deutscher Betonung von Solidarität, die ich für ebenso zentral halte, im Hegelschen Sinne aufzuheben. Daraus folgt für mich die Notwendigkeit einer Verbindung des amerikanischen Traums mit den europäischen Idealen, was leichter gesagt als getan ist. Dahinter steht letztlich eine ethische Verpflichtung auf die Menschenrechte als Voraussetzung freier wissenschaftlicher Forschung – für mich die große Lehre der Katastrophen des 20. Jahrhunderts.

Gebracht hat dieses Doppelleben hoffentlich den Beteiligten auf beiden Seiten des Atlantiks einiges. Mir selbst hat es erlaubt, mit den zwei Seelen in meiner Brust fertig zu werden und die Liebe zur alten mit der Sympathie für die neue Heimat zu verbinden. Intellektuell hat es mir viele Anregungen gegeben, die meine Produktivität befördert haben. Den Doktoranden in Chapel Hill habe ich eine engere Verbindung nach Deutschland vermittelt, den Mitarbeitern des ZZF umgekehrt mehr Kontakte in die USA ermöglicht. Trotz aller neuen Technik findet der Transfer von wissenschaftlichen Einsichten nicht im luftleeren Raum statt, sondern er braucht Personen als lebende Brücken. Diese Aufgabe wird mit meiner Verabschiedung nicht erledigt sein. Wenn ich etwas dazu beitragen konnte, das gegenseitige Verständnis zu verbessern, freue ich mich darüber. Für die geduldige Tolerierung meines nicht nur ausgleichenden Temperaments und die Mitarbeit an dem Projekt einer kritischen Zeitgeschichte möchte ich ausdrücklich allen, mit denen ich in den zurückliegenden Jahren zusammengearbeitet habe, herzlich danken.

**TRANSATLANTISCHE BÜRGERSCHAFT.**  
**Betrachtungen zur deutschen und amerikanischen Wissenschaftskultur.**  
**Festrede anlässlich der Verabschiedung von Konrad H. Jarausch**

**Michael Geyer**

Wenn wir die Rede von den transatlantischen Unterschieden wirklich ernst nehmen wollten, dann müsste auf die deutschen *laudationes* ein amerikanischer *roast* folgen, aber dieses Rösten seiner Persönlichkeit und ihrer liebenswerten Ticks will ich Konrad Jarausch dann doch im deutschen Umfeld ersparen. Allerdings geht es auch hierzulande nicht mehr so ur-deutsch zu wie in früheren Zeiten – als Mark Twain etwa 1892 auf den Historiker Theodor Mommsen anlässlich einer Festveranstaltung mit mehr als tausend Studenten traf, die beim Eintreffen des großen Mommsen „rose and shouted and stamped and clapped and banged their beer-mugs“. Man kommt nicht umhin, hier einen gewissen Zivilisations-Fortschritt zu sehen.

Mark Twain führte weiter aus – und ich folge hier dem Princeton Historiker Tony Crafton, der sich an dieser Stelle selbst karikiert sehen mochte: „[Theodor Mommsen] was to me only a giant myth, a world shadowing specter, not a reality. The surprise of [encountering him] can be only comparable to a man’s suddenly coming upon Mont Blanc, with its awful form towering into the sky, when he did not suspect he was in the neighborhood. I would have walked a great many miles to get a sight of him, and here he was, without trouble, or tramp, or cost of any kind. Here he was, clothed in a titanic deceptive modesty which made him look like other men. Here he was, carrying the Roman world and all the Caesars in his hospitable skull, and doing it as easily as that other luminous vault, the skull of the universe, carries the Milky Way and the constellations.“

Der moderne Professor, so muss man folgern, ist Historiker, wobei wir in aller Bescheidenheit, hier Martin Heidegger folgend, vielleicht auch noch die Physiker zu den essentiellen Professoren rechnen wollen. Dieser Professor ist, wenn nicht ein Gott, so doch jedenfalls ein Naturwunder, eine sublime Erscheinung, in dessen Anwesenheit der einfache Mensch, zumal aus dem Mittleren Westen, erschauert – oder jedenfalls erwartet und auch fordert, erschauert zu werden. Dieser moderne Professor ist dann schließlich auch ganz unverkennbar deutsch, selbst wenn es ihn, bei allen Ausnahmen im Einzelnen, in Deutschland nicht mehr so gibt. Konrad Jarausch und wir anderen deutschen Bildungsemigranten der sechziger und siebziger Jahre, sicherlich auch die Austauschstudenten der frühen Nachkriegszeit, haben noch die letzten Vertreter dieses genialen Titanengeschlechtes erlebt. Sie sind aus ihrer Heimat vertrieben worden und haben vielleicht deshalb ihre professoralen Eigenschaften besonders rein erhalten, und so sehr ihnen auch die Vereinigten Staaten fremd anmuten mochten, haben sie doch – wenn auch längst nicht alle – in oft obskuren Orten eine neue Wirkstätte gefunden, weil eben der deutsche Professor und weil eben die deutsche Universität

die Quintessenz und das Modell der modernen Forschung und Lehre war, welche die Amerikaner nachahmten. Das war eine sehr unfreiwillige Form der transatlantischen Bürgerschaft.

Nebenbei und unter uns Historikern: Es gibt kaum ein besseres Beispiel für die verquere Modernität und Progressivität Deutschlands als das deutsche Hochschulwesen (und vielleicht noch, in Potsdam durchaus erwähnenswert, das Militär, aber diese Debatte führt uns in Teufels Küche.) Es ist gewöhnungsbedürftig, geniale oder titanische Forscherpersönlichkeiten wie Mommsen als modern und umstürzend zu sehen, aber dieses Stück Gewöhnung ist durchaus der Sache angemessen. Denn die Verbindung von progressiver Wissenschaft und Elitenbewusstsein war durchaus nicht so irrational, wie das in einem demokratischen Zeitalter scheinen mag. Die Begründung der modernen Wissenschaft im Geist des Idealismus und Neuhumanismus (und der autokratischen preußischen Bürokratie) wird dadurch in ihrer umstürzenden Modernität nicht abgewertet, dass diese Umwälzung institutionell und sozial aufgrund ihres Elitismus im 20. Jahrhundert abgestürzt ist. Hier steht eine deutsche Geschichte, ihrer Modernität und ihres Scheiterns angesichts der demokratischen Herausforderung – diese Geschichte wird nicht zuletzt eine Geschichte von Bildung und Ausbildung sein müssen – jenseits des Nachkriegs-Paradigmas an.

Nun kennen Sie alle die weitere Entwicklung in ihren Grundzügen und ich will sie deshalb nicht auswalzen. Die Vereinigten Staaten hatten durchaus ihre eigenen Universitäten und Colleges – etwa die University of North Carolina, an der Konrad Jarausch unterrichtet, als der ältesten staatlichen Universität der Vereinigten Staaten – und waren also so ungewaschen und ungebildet auch nicht. Aber deren vormoderne Curricula und Lehrkörper, ähnlich wie diejenigen in England, wurden umgestürzt in der Auseinandersetzung mit der revolutionären Entwicklung der deutschen Forschungsuniversität und ihren professoralen Forscherpersönlichkeiten. Des Weiteren, weil die Deutschen in Deutschland ihr modernes Erbe verraten und weil die Amerikaner es anverwandelt und gepflegt haben, ist der Geist der Hochschule nach Westen gewandert und hat jene Blüte des amerikanischen Hochschulwesens hervorgebracht, die vielen heute in Deutschland als Vorbild gilt. Transatlantische Bürgerschaft, so entdecken wir, ist ein Produkt nicht zuletzt des Wissens-Transfers, in dem die Hochschulen eine entscheidende Rolle spielen.

Ich will Mark Twain's Charakterisierung von Mommsen ein letztes Mal in Erinnerung rufen. Twain wusste durchaus den deutschen Geist zu schätzen. Aber er wusste auch, woher er kam, aus dem Mittleren Westen, und wofür er stand, für Gleichheit und Demokratie, weshalb er denn Herrn Professor Dr. Theodor Mommsen sowohl mit großem Respekt, aber auch mit einer gehörigen Portion Ironie begegnete. Anders und genereller ausgedrückt: Das amerikanische Hochschulwesen war so erfolgreich, weil es Elemente des deutschen Hochschulwesens aufgegriffen hat, um sich mit Hilfe dieser Anleihe ein umfassendes System der post-sekundären Ausbildung und Bildung zu schaffen. Die Amerikaner – tausende, ja zehntausende von ihnen – hatten in Deutschland gelernt, was es

heißt, Hochschullehrer zu sein. Aber sie waren so erfolgreich, weil sie, eigentlich noch bevor die Massen an die Universitäten und Colleges strömten, ein durch und durch amerikanisches Hochschulwesen für ein Zeitalter der Massen geschaffen haben. Die ersten Transatlantiker in diesem Sinne waren also die Amerikaner, die sich an Deutschland orientierten, um dann allerdings ihre eigene Sache zu machen.

Lassen Sie mich zur amerikanischen Hochschullandschaft nur soviel sagen (und ich weiß, ich spreche Konrad Jarausch hier aus dem Herzen), dass wenn Sie in Deutschland unentwegt auf Harvard oder Stanford starren, Sie nie verstehen werden, warum die Vereinigten Staaten so erfolgreich waren, zumal wenn Sie obendrein denken, dass Sie ausgerechnet dort finden, was einstmals an der Berliner Universität vorzufinden war. Wenn Sie letzteres suchen, schauen Sie sich besser die Hebrew University in Jerusalem oder Johns Hopkins in Baltimore oder die University of Chicago an – und werden dort auch auf den Zusammenhang von Forschung, (relativer) Armut und innerweltlicher Askese treffen, die Sie ja aus Deutschland kennen.<sup>1</sup>

Ansonsten würde ich die Staats-Universitäten von North Carolina, Michigan, Wisconsin und Texas zur Veranschaulichung empfehlen und, als unverwechselbar amerikanische Alternative der postsekundären Erziehung im Massenzeitalter, das University of California- oder das SUNY-System. Der Genius der Massen-Universität lässt sich wohl am Besten in Kalifornien erkennen. Sein Begründer, Clark Kerr, gehört zu den Titanen des Universitätswesens des 20. Jahrhunderts ebenso wie Mommson in das 19. Jahrhundert gehört. Bei einer kritischen Adaption des kalifornischen Traumes der meritokratischen Egalität wäre den deutschen Hochschulen einiges an Reformkrisen erspart geblieben.



Foto: Paul Benedikt Glatz

Wie dem auch sei, das Fazit dieser kleinen Digression besteht darin, dass die Bereitschaft zu lernen, gerade auch vom Ausland zu lernen, die Voraussetzung

---

<sup>1</sup> Wer etwas genauer hinschauen will: Die University of Chicago, genauso wie Johns Hopkins, leiden daran, dass sie im Unterschied zu den in dieser Hinsicht sehr viel klügeren, lehre- und praxis-orientierten Elite-Hochschulen wie Princeton, Harvard oder Stanford zu viele Akademiker produzieren und zu viele Kinder von Bildungsbürgern anziehen; denn diese gründen keine dot.coms und machen keine Wall-Street Karrieren - und schieben deshalb auch nicht mal locker 100 Millionen über den Tisch.

jeder erfolgreichen Hochschulreform ist. Das Borgen gereicht aber nur dann zum Vorteil – und dies möchte ich als Leitgedanken festhalten – wenn Sie ihre eigenen Qualitäten kennen und ihren eigenen Erwartungshorizont setzen.

Es gibt viele Gründe, warum dieser Lernprozess in Deutschland nach 1945 trotz einer ganzen Reihe von interessanten Ansätzen – ich denke hier einerseits an die sowjetische Besatzungszone und die frühe DDR und andererseits an die westdeutschen Reform-Initiativen der sechziger und siebziger Jahre, wie sie sich etwa in Bielefeld oder Bochum niederschlugen – nicht vorangekommen ist. Das ist für Historiker nicht zuletzt deshalb so interessant, weil die Entwicklung nach 1945 ganz im Gegensatz dazu stand, was nach 1806 geschah. Damals hatte Preußen eine niederschmetternde Niederlage erlitten – und diese, wenn auch verkürzt gesagt, mit einer umfassenden Reform der Wissensorganisation beantwortet. Natürlich war damals mehr im Spiel, aber die umstürzende Bewegung des frühen 19. Jahrhunderts treibt doch den Kontrast zu der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hervor, als der Neubeginn doch sehr gebremst war. Im Rückblick auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ist das wohl Erstaunlichste, dass bei aller Verbal-Radikalität im Westen (und bei allem sozialistischen Aufbau im Osten) nur ganz Wenige richtig neu anfangen wollten. Intern gehört der Widerstand gegen eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit des Hochschulwesens ebenso zu diesem Syndrom wie eine Erinnerungskultur, die über der Aufarbeitung der Vergangenheit die Gegenwart verpasste. Was die externen Beziehungen angeht, so wird man hinzufügen wollen, dass bei allem *re-education*-Eifer das amerikanische und sowjetische Hochschulwesen eben doch sehr deutsch geprägt waren. Ein neuer Anfang, wenn dieser denn tatsächlich gesucht wurde, jenseits der Wiederaufnahme älterer und verschütteter oder zerstörter Traditionen, war nur schwer vorstellbar. Zu grundstürzenden Neuerungen jedenfalls kam es nicht. Die Neugestaltung des Hochschulwesens kam deshalb bei fortdauernder und anstrengender Bewegung nicht so recht vom Fleck, weil auch die Erneuerer ihr Glück in der nachbessernden Wiederholung sahen, weshalb Höchstleistungen in der Forschung – ich denke hier nicht zuletzt an die neuere und neueste Geschichte – dann auch immer wieder von der Misere der Lehre und der Verstimmung der Lehrenden ein- und überholt wurden. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert.

Diese nur sehr begrenzte Fähigkeit zur Reform ist eine erhebliche Vorbelastung angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das ist nicht einfach deshalb so, weil nun erneut eine große Reformrunde – Stichwort: Bologna-Prozess und Exzellenz-Initiative – ins Haus steht. Vielmehr stellt sich im Hier und Jetzt erneut mit großer Dringlichkeit die Frage nach Demokratisierung und Globalisierung. Diese hatte sich zum ersten Mal im späten 19. Jahrhundert gestellt, als die grundlegende Weichenstellung für das „kurze“ 20. Jahrhundert mit der Verteidigung von Elite und Nation gegen Demokratie und Globalisierung gesetzt worden ist. Es liegt nahe zu denken, dass man in dieser Situation nur das 20. Jahrhundert zu wiederholen braucht – dieses Mal allerdings, indem man die Sache richtig macht und das tut, was die Amerikaner vor hundert Jahren gemacht

haben, nämlich zu demokratisieren und zu internationalisieren. Dies allerdings ist meines Erachtens eine kurzschlüssige Lösung der anstehenden Probleme – im Grunde eine Fortsetzung der Nachkriegs-Paralyse mit anderen Mitteln.

Lassen Sie mich, um diesen Zusammenhang einigermaßen zu verdeutlichen, noch einmal kurz den Faden der transatlantischen Beziehungsgeschichte – dieses Mal nicht mit Mark Twain, sondern mit Konrad Jarausch – aufgreifen. Im rechten Licht betrachtet, gehört Konrad Jarausch zu den späten Nachfahren des Riesen-Geschlechts der deutschen Forschungsprofessoren. Das wird ihn zwar ärgern, denn er hat sich immer dagegen gewehrt, wie etwa sein Ausreißen in die USA und seine Anfänge in Laramie an der University of Wyoming bezeugen. Aber er ist doch in diese Nachfolge eingetreten. Ich würde gerne sagen, dass er auf deren Schultern sitzt, wenn das nicht schon Max Weber für sich selbst gesagt hätte. Die Forschungskarriere Konrad Jarauschs jedenfalls reflektiert die transatlantische Wissenschaftsgeschichte mit ihren Transfers aufs Beste. Seine Karriere ist die Ausnahme, welche die Regel bestätigt, dass die Wissenschaft in Deutschland aufgewachsen und in den USA erwachsen geworden ist, um dann in Deutschland wieder ansässig zu werden beziehungsweise nach Deutschland zurückzukehren. Konrad Jarausch verkörpert also jene transatlantische Bürgerschaft, die in dem deutsch-amerikanischen Wissens-, Personen- und Institutionen-Transfer seit dem 19. Jahrhundert angelegt ist. Was wird hier nun aber verkörpert?

Die hauptsächlichen Elemente dieses transatlantischen Bürgertums in der Wissenschaft bestehen erstens in der Fähigkeit zum Spagat zwischen zwei weitgehend nationalen Wissenschaftskulturen, die sich allerdings in Umkehrung der Entwicklung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der zweiten Hälfte wieder zueinander geöffnet haben. (Vergleichen Sie im Übrigen den umgekehrten Prozess im Verhältnis der DDR-Wissenschaft zur Sowjetunion!) Diese Öffnung war durchaus auch eine ideologische im Sinne einer Westorientierung. Für die Geschichtsschreibung besonders wichtig war die Abarbeitung nationaler Meistererzählungen und Sonderwege (etwa in der Debatte über den Ersten Weltkrieg) zugunsten einer Pluralität post-nationaler Narrative. Wie sehr aber die Internationalisierung der Forschung weitere Horizonte öffnete: Wissen blieb nach wie vor national organisiert – und weder Westorientierung noch europäische Integration haben daran grundsätzlich etwas geändert.

Der Auf- und Ausbau des bi- und internationalen Austausches von Studenten, Lehrern und Wissenschaftlern war die zweite Komponente, wobei dann allerdings doch die relative Dürftigkeit dieses Austausches vor allem in der so folgenreichen frühen Nachkriegszeit im Vergleich mit seiner (relativen) Dichte im 19. Jahrhundert hervorgehoben werden sollte. Über die fünfzig Jahre Nachkriegsgeschichte hin hat sich die Entwicklung von einer zunächst auf die USA gerichteten finanziellen und personellen Orientierung zugunsten einer Rückorientierung auf Deutschland verschoben – auch in dem Sinne, dass inzwischen amerikanische Universitäten hin und wieder zu zahlen bereit sind, um ihre Studenten in Deutschland unterzubringen. In der Forschung selbst ist immer noch

ein unverkennbarer brain-drain von Deutschland ins Ausland, wenn auch nicht mehr unbedingt in die USA, festzustellen. Der Austausch wurde gefördert; er war bis zu einem gewissen Grad asymmetrisch, aber wichtiger ist doch, dass er trotz aller Asymmetrien im strikten Sinne international war und blieb.

Als Drittes lässt sich das Moment einer zunehmenden Transparenz der Forschung vor allem im Sinne der Transparency der Forschungsergebnisse gerade auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften hinzufügen. In der reinen Theorie sollte dies zwar eine Selbstverständlichkeit sein, aber in der Praxis stellt sich doch sehr schnell heraus, dass die unterschiedlichen nationalen Wissenschaftskulturen nicht nur in den Geistes- und Sozialwissenschaften Ergebnisse der Forschung stark filtrierte haben. Es gibt nicht nur nationale Stile der Forschung und, mehr noch, Schreib-Stile, sondern natürlich gibt es auch nationale Zitatens-Kartelle, wenn nicht gar ausgewiesene *protection rackets* – und zwar auf beiden Seiten. Jedoch gibt es auch, und gibt es zunehmend, eine Vielzahl von Foren und Medien einer transatlantischen Diskussion bei einer nach wie vor nationalen und territorialen Organisation des Wissens.

Wissen und Nation waren und sind doch aufs Engste miteinander verflochten. Daran hat auch die Internationalisierung der Wissenschaft in der Nachkriegszeit nichts Grundsätzliches geändert. Historisch gesehen hat sich zwar in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Wissenschaft nach Außen geöffnet und damit einen Prozess wieder aufgenommen, der zu Beginn des Jahrhunderts in der Vermischung von Elitismus und Nationalismus verloren gegangen war. Diese Überwindung des Nationalismusschubes der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Nachkriegszeit ist eine Errungenschaft, die wir bei allen Reformkrisen hervorheben und im Rückblick auf die Karriere von Konrad Jarausch auch feiern wollen. Aber die gelungene Überwindung dieser (Vor-)Vergangenheit sichert die Zukunft nicht. Denn wir können nicht dort weitermachen, wo das 19. Jahrhundert aufgehört hat.

Hier beginnen nun die kleinen transatlantischen Unterschiede zu greifen. So möchte ich Konrad Jarausch im Namen aller meiner amerikanischen Kollegen in seiner amerikanischen Heimat wieder willkommen heißen und der Hoffnung Ausdruck geben, dass der beste Teil seiner Karriere noch vor ihm liegt. Altersgrenzen sind in den Vereinigten Staaten bekannterweise verfassungswidrig, ganz abgesehen davon, dass es sich auch erfolgreiche Akademiker nicht so ohne weiteres leisten können, in den Ruhestand zu treten. Als Leitmotiv für sein neues Leben möchte ich Konrad einen Spruch von Nancy Pelosi, Congress-Woman und Speaker-Elect aus Kalifornien, in Erinnerung rufen, die kürzlich angesichts des Wahlerfolges der Demokraten sagte: „We have made history. Now we have to make progress.“ Auf unsere Situation angewandt: Die Sache mit den Errungenschaften der transatlantischen Bürgerschaft ist gut und schön, aber so sehr wir in der Erinnerung an die alten Zeiten schwelgen wollen, es geht auf beiden Seiten des Atlantiks darum, die Zukunft zu gestalten. Die transatlantische Bürgerschaft ist nur so gut, wie es ihr gelingt, diese Zukunft zu meistern.



Wir leben in einer Zeit der massiven Transformation des gesamten Hochschulwesens, in der die deutsche Tradition der Forschungsuniversität ebenso zur Disposition steht wie ihre amerikanische Anverwandlung im demokratischen und forschungsorientierten Universitäts- und College-Wesen. Die große, gegenwärtige Herausforderung für uns alle ist der Umbruch, in dem sich die amerikanische und die deutsche Wissenschaftskultur und, in diesem Kontext, die deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen befinden. Jene etwas mehr als 100-jährige Geschichte des Aufstiegs der amerikanischen Forschungsuniversität und damit auch die Geschichte des insgesamt wohl erfolgreichsten deutschen Export-Artikels stehen vor einem Wendepunkt, weil sich beide Seiten verändern müssen. Ob wir in dieser Situation nun eher zu den Bewahrern oder Verändernern gehören: Die nationalen, deutschen und amerikanischen Wissenschaftskulturen, so wie wir sie aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kennen, sind tatsächlich pensionsreif. Als Historiker werden wir diese vergehende Gegenwart darzustellen wissen, als Wissenschaftler und als Bürger hingegen ist es unsere Aufgabe, die Gegenwart und Zukunft zu gestalten – nicht um sie aufzugeben, sondern um sie aufzuheben. Gerade in dieser Situation wollen wir natürlich unter keinen Umständen auf Konrad Jarauschs Erfahrung und seine unerschöpfliche Tatkraft verzichten.

Was ansteht, ist nicht schlechterdings die Einführung des Bakkalaureats-Studiums und die Fortführung der Exzellenz-Initiative, obwohl diese Reformen die deutschen Gemüter vorwiegend bewegen. Diese beiden Initiativen sind vielmehr Ausschnitte einer sehr viel umfassenderen Umwälzung der gesamten Hochschullandschaft – und als deutsche bzw. europäische Antwort auf die Krise der Universität sind sie auch nur eine Lösungsvariante für die Neugestaltung der Wissenschafts-Landschaft. Grundstürzende Antworten sind etwa im angelsächsischen Raum – von Großbritannien bis Australien – entwickelt worden. Nicht zuletzt ist auch das in der Vergangenheit so erfolgreiche, amerikanische Hochschulwesen in einem tiefgreifenden Umbruch begriffen, der sich teils aus der Enttäuschung über die unerfüllten Hoffnungen und Erwartungen einer demokratischen Universitätskultur und teils aus der zunehmenden Verschärfung der globalen Konkurrenz in Forschung und Lehre ergibt. Diejenigen, die „Amerika“ nachahmen wollen, sollten deshalb bedenken, dass das amerikanische Hochschulwesen auf dem Weg in eine neue Zukunft ist. Wohin das gehen soll, weiß niemand so genau.

Was sicher ist in dieser Situation, ist, dass nichts in der transatlantischen Wissenschaftsbeziehung so bleiben wird, wie es einmal war. Drei Stichworte müssen genügen, um zumindest die allgemeine Richtung dieser Entwicklung anzudeuten. Der erste Problemkomplex besteht in der explosiven Ausweitung des postsekundären Bildungs- und Ausbildungssystems, was sich in Deutschland nicht zuletzt darin ausdrückt, dass bei stagnierender Bevölkerungszahl die Zahl der Studierenden dennoch steigt und weiterhin steigen wird, und in den USA dieselbe Zahl angesichts der wachsenden Bevölkerung geradezu explodiert. Es stellte sich seit den siebziger Jahren immer deutlicher heraus, dass die Massen-Universität kei-

neswegs eine gesamtgesellschaftliche Universität war und das Recht auf Bildung und postsekundärer Ausbildung im Wesentlichen eine breite männliche Mittelschicht betraf. Die Durchsetzung eines allgemeinen Rechts auf Bildung und Ausbildung ist zu einem Problem von außerordentlicher Sprengkraft geworden, wie etwa das Plebiszit über *affirmative action* im Staate Michigan deutlich macht. *Affirmative Action* ist längst nicht mehr eine Sache der politischen Korrektheit, sondern eine Klassenfrage. Zugang zu post-sekundärer Weiterbildung entscheidet über Einkommensdifferenzen, die in den letzten zwanzig Jahren ständig gewachsen sind.

Was hier zur Debatte steht, sind die Grenzen und Möglichkeiten von citizenship, von Bürgerschaft. Dass damit eine Auseinandersetzung über Ausbildungsgänge und Qualifikationen einhergeht, sei hier nur am Rande erwähnt, obwohl dieser letzte Punkt gewissermaßen ans Eingemachte geht. Denn es sieht so aus, dass die Zukunft der postsekundären Bildung und Ausbildung nicht der Universität, sondern den Fachhochschulen und deren Äquivalenten, wie etwa den Polytechnics und den Community Colleges gehört. Dies entlastet in gewisser Weise die Massen-Universität und setzt sie frei, wenn es denn gelingen sollte, tatsächlich ein funktionierendes System der postsekundären Ausbildung zu schaffen. Aber diese Veränderung betrifft natürlich auch die Universitäten; denn diese werden zunehmend der kleinere Teil des gesamten Hochschulwesens sein.

Der zweite Problemkomplex besteht in dem, was nur ganz unzureichend als *international education* in der Praxis der Universitäten und als Globalisierung der Lehre bzw. global citizenship in der politischen Theorie zu greifen versucht wird. Es handelt sich hier insgesamt darum, wie die Universitäten – oder genau genommen: das gesamte tertiäre System – mit dem Modernisierungsschub des späten 20. Jahrhunderts umgehen wollen. Dies betrifft zum einen die Formen der Globalisierung der Lehre: Bislang geht es noch weitgehend darum, Austausch-Programme und international studies – im Übrigen der am schnellsten wachsende „major“ an amerikanischen Universitäten – auszubauen. Aber die Zukunft gehört neuartigen Verbundsystemen der Lernenden, wobei die Weiterentwicklung der Fern-Universitäten ebenso in Erwägung zu ziehen ist wie Ansätze zu einer integrierten Lehre, die mehrere Universitäten in unterschiedlichen Ländern umfassen kann. Erasmus und Lingua haben hier ein gutes Stück vorgearbeitet. Aber die anstehende Option ist eher mit dem zu vergleichen, was in der Industrie out-sourcing genannt wird. Warum nicht einzelne Wissenszweige dort abdecken, wo es am Besten machbar ist? Universalität war ein schönes Prinzip der alten, territorialen und nationalen Universität. Aber sie ist nicht mehr so unbedingt sinnvoll in einem transnationalen Zeitalter. Manche Dinge lassen sich eben in London besser studieren als in Berlin oder Tokio oder Singapur – und umgekehrt! Eine de-territorialisierte, arbeitsteilige Auffächerung von Bildung und Ausbildung, die, wenn man dem englischen Modell folgen will, for profit dort gemacht wird, wo sie am Besten und Preiswertesten angeboten wird, ist durchaus nicht mehr bloß Zukunftsmusik. Der schön integrierte BA-Studiengang ist mög-

licherweise schon wieder Makulatur. Jedenfalls läßt sich eine neue, transnationale Mobilität der Lernenden – wenn man so will: ein neues Mittelalter – absehen. Natürlich ändert der Modernisierungsschub der letzten dreißig Jahre auch die Ziele und Zwecke der Bildung mit weitreichenden Folgen. Der Bedarf an Weltaneignung ist ungeheuer gewachsen – und mit diesem Bedarf auch der Modus der Verständigung. Bildung verlangt ein Weltwissen, das bislang kaum identifiziert, geschweige denn kodifiziert ist. Die Universitäten sind auf die Vermittlung dieses Weltwissens nur sehr unzureichend vorbereitet. Die Curricula hinken hinterher. Wer sich Weltwissen aneignen will, ist weitgehend auf die Medien angewiesen – ein Zustand der Ungleichzeitigkeit, der auf die Dauer kaum tragbar sein wird. Aber es geht nicht einfach – als ob Personalpolitik jemals „einfach“ wäre – darum, den Stellenplan von Departments und Fakultäten zeitgemäß umzubauen. Denn der Modus der Verständigung selbst hat sich geändert. Dieser kann nun nicht mehr als Einbahnstraße einer westlichen Weltaneignung, sondern nur als dialogischer Prozess der Anerkennung – oder vielleicht alternativ: als neo-imperiale Multikulturalität – stattfinden. Meines Erachtens liegt in der Stillung eines globalen Erklärungsbedarfes, der Erarbeitung eines historischen und zeitgemäßen Weltwissens, die Zukunft der geistes- und sozialwissenschaftlichen Bildung – und Sie können sich an den eigenen fünf Fingern abzählen, was das für die personelle Zusammensetzung der historischen Seminare bedeutet. Wir brauchen in der Tat eine andere Geschichte, um die nationalen Bürgerschaften mit ihrer Teilnahme an der Weltgesellschaft vertraut zu machen.

Kommt als dritter Problemkomplex die Transnationalisierung von research communities oder research networks hinzu. Manche etwas verwegene Geister träumen sogar von einer neuen TNU (Transnational University) – als dem letzten Refugium einer forschungsorientierten Elite. Wie immer wir das betrachten wollen, das erstaunliche an der Sache ist, wie trotz des Prinzips der universalen Transparenz nationale Forschungskulturen proliferieren und mit einer erstaunlichen Selbstverständlichkeit auch im Mittelpunkt der Wissenschaftspolitik stehen. Die Wissenschaft ist zwar global, wird aber noch weitgehend national gemacht. Die Exzellenz-Initiative ist ein gutes Beispiel dafür.

Aber auch das ist mit oder ohne Exzellenzinitiative ins Rutschen gekommen. Denn bei aller Großzügigkeit des deutschen Staates: Standortvorteile können nur dann erreicht werden, wenn gleichzeitig transnationalisiert wird – etwa in der Personalpolitik und der Ausschöpfung von transnationalen Wissenschaftsverbindungen. Um wirklich Spitzenforschung auf irgendeinem Gebiet zu betreiben, ist der Pool nationaler Wissenschaftler gewöhnlich zu klein. Das trifft meines Erachtens auch auf die Geistes- und Sozialwissenschaften zu, obwohl hier die meisten Universitäten noch in nationaler Vereinzelung dahindröseln. In Berlin wird der Vorteil ansatzweise genutzt. Transnationalen Initiativen gehört die Zukunft. Im Rahmen transnationaler Forschungsverbände wird sich dann auch sehr schnell herausstellen, was an realer Europäisierung, was an Transatlantisierung, und was an Außer-Europäisierung hinter diesem Begriff steht.

Tatsächlich lässt sich auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften keine Spitzenforschung ohne Rückgriff auf globale Ressourcen machen, seien sie personeller oder – dies ist noch einmal ein gesondertes Kapitel – finanzieller Art. Ich will nur hinzufügen, dass diese Entwicklung nicht unbedingt in einem vor allen von Großbritannien stark betriebenen *academic capitalism* enden muss, wie er sich vor allem in den techno-sciences, also insbesondere den life sciences, herausgebildet hat. Aber was immer man über diesen Geist des Kapitalismus denken will, er ist bislang die am weitesten ausgereifte Lösung einer Transnationalisierung der Wissenschaft und eher solidaristisch und demokratisch agierende Wissenschaftspolitiker (und Forscher) werden sich sputen müssen, wenn sie eine praktikable Alternative anbieten wollen. Nationale Initiative, selbst die nach deutschen Maßstäben relative großzügige Exzellenz-Initiative, sind schlechterdings nicht groß genug, um kompetitiv zu sein. Und letzteres sollte nicht im Sinne von bloßer „Effizienz“ verstanden werden. Wir alle wissen, dass Universitäten, dass Spitzenforschung nur dann wirklich erfolgreich sind, wenn sie sich ein gewisses Maß an Ineffizienz und Durchwursteln, an falschen Ansätzen, *blind alleys* und allem, was man vornehm „*dead wood*“ nennt, leisten können. Niemand will dazugehören, aber eine gewisse Ineffizienz gehört nun einmal zum kreativen Prozess.

Es ist ein weiter Weg von Theodor Mommsen und selbst auch von dem Internationalismus der Wissenschaft der Nachkriegszeit mit ihrer transatlantischen Bürgerschaft zu diesen gleichermaßen lokalen und globalen Konfigurationen. Es sieht so aus, als ob im Gegenzug zu diesen Entwicklungen politisch und kulturell nationales Ressentiment sehr wohl einmal mehr die die Überhand gewinnen könnte. Aber die beste Praxis der Wissensorganisation platzt überall aus den Nähten dieser nationalen Beschränkung heraus. Deshalb kann gelten: Welchen akuten Schaden nationale Ressentiments immer schaffen werden: Die Zukunft und der Fortschritt gehören denen, die es verstehen, Wissen und Wissensproduktion transnational zu generieren und zu verbreiten.

Dieser Zukunft möchte ich mich zuwenden in der Erwartung, dass Konrad Jarausch sie als transatlantischer Bürger par excellence mitgestalten wird. Wie kaum ein anderer hast Du, lieber Konrad, transatlantische Geschichte gemacht, indem Du immer wieder Neues angefangen hast. Deshalb möchte ich schließen, indem ich Pelosi's Leitmotiv variiere:

You have made history. Now let's make progress. Welcome back home!

## BERICHTE AUS DEM PROJEKTBEREICH III

### EUROPEAN COLD WAR CULTURES? Massenmedien im Kalten Krieg in transnationaler Perspektive

Thomas Lindenberger

Im Rahmen des Projektbereichs *Ideologien und Mentalitäten im Kalten Krieg* wird in den Jahren 2006/2007 das seit 2001 bestehende Kernprojekt *Massenmedien im Kalten Krieg* zum Abschluss gebracht.<sup>1</sup> Eine erste Zwischenbilanz konnte Anfang dieses Jahres vorgelegt werden.<sup>2</sup> Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen die gesellschafts- und kulturgeschichtlichen Dimensionen des Kalten Krieges. Gefragt wird in erster Linie nach innergesellschaftlichen Beweggründen und transnationalen Dynamiken des Kalten Krieges. Damit knüpft das Projekt an das in den letzten Jahren entwickelte Interesse an einer nationale Grenzen überschreitenden Geschichte von Gesellschaften und Kulturen an. „Transnational“ signalisiert in diesem Kontext eine Öffnung von Untersuchungsgegenständen für Bezüge, die jenseits deren nationalstaatlichen oder nationalkulturellen Determinanten liegen, ohne deren Gewicht außer Acht zu lassen.

Das Kernprojekt konzentriert sich aus arbeitsökonomischen Gründen und angesichts der bestehenden Forschungslücken auf den europäischen Schauplatz des Kalten Krieges, wobei der innerdeutsche Systemkonflikt auf Grund der langjährigen Erfahrungen des ZZF auf dem Gebiet der DDR-Geschichte den Schwerpunkt bildet. Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte des Kalten Krieges haben bislang aber vor allem anhand der US-Gesellschaft zu übergreifenden Interpretationen geführt, die unter dem Begriff der *Cold War Culture* zusammengefasst und durchaus kritisch diskutiert werden. Demnach lassen sich zunächst disparat erscheinende Entwicklungen der US-amerikanischen Nachkriegsgesellschaft zumindest bis Anfang der sechziger Jahre zu einer eigenen „Kultur“ zusammenfassen, wobei hierunter im Deutschen im Sinne des im Angelsächsischen sozialanthropologisch verstandenen *culture* ein Gesamtzusammenhang von Lebensweise, Wertesystem und politischer Kultur zu verstehen ist. Dieses Narrativ erlaubt es, über die explizit politischen Repräsentationen hinaus auch Veränderungen in der Alltagswelt (Familie, Geschlechter- und Generationsbeziehungen), in der Konsum- und Massenkultur, aber auch in der Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte, der Geschichte von Arbeitsbeziehungen und Unternehmenskulturen, mit der Selbstwahrnehmung und den Weltansichten der in

---

1 Siehe meine Projektbeschreibung in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 23/24/2001, S. 48-65 (zusammen mit Christine Bartlitz und Uta C. Schmidt).

2 Thomas Lindenberger (Hg.), *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*, Zeithistorische Studien Bd. 33, Köln/Weimar/Wien 2006.

ihrer hegemonialen Weltgeltung durch den Antipoden Sowjetunion herausgeforderten Nation der Vereinigten Staaten zu verbinden.

Aus europäischer bzw. deutscher Perspektive lohnt es sich der Frage nachzugehen, ob und in welchem Ausmaß dieses Interpretament auch für die Nationen bzw. Gesellschaften des „alten“ Kontinents stichhaltig ist. Auf Grund der vor allem nach 1945 in vielen Hinsichten stark von der US-amerikanischen Gesellschaft abweichenden Ausgangsbedingungen verbietet sich seine einfache Übertragung. Zugleich ist auf Grund der massiven US-amerikanischen Präsenz in Europa, die aufs engste mit der globalen Ausbreitung von Massenkultur und Massenmedien verbunden war, von nachhaltigen Einflüssen der *Cold War Culture* der USA auszugehen. So trägt etwa die in der jüngsten Zeit etablierte Unterscheidung von Westernisierung (vor allem des politischen Systems) und Amerikanisierung (bestimmter massenkultureller Teilbereiche) diesem Spannungsverhältnis Rechnung.

Offen ist daher die Existenz oder Nicht-Existenz spezifisch europäischer *Cold War Cultures*. Der Plural ist allein auf Grund der nationalstaatlichen und kulturellen Vielfalt auf dem europäischen Schauplatz geboten. Zu fragen ist daher, ob und inwieweit im einzelnen nationale bzw. blockspezifische Öffentlichkeiten und Lebensweisen in erster Linie von dichotomisierten Sichtweisen des Kalten Krieges und deren Repräsentationen geprägt waren oder nicht, ob und in welchem Ausmaß daneben andere, spezifisch nationalgeschichtliche Faktoren eine solche Prägung relativierten. Derartige Relativierungen im Vergleich zu den USA ergeben sich unter anderem aus den je spezifischen Formen der Beteiligung am 2. Weltkrieg, aus überständigen Groß- und Kolonialmachtambitionen, aus der relativen Rückständigkeit in der industriell-technischen Entwicklung und aus dem bereits erreichten, im Zuge des Kalten Krieges aber wieder eingeschränkten Grad der Integration in internationale Austauschprozesse. Die europäischen nationalen und regionalen Entwicklungspfade weisen von der west- und mitteleuropäischen Kernregion über die südlichen und nördlichen Peripherien bis hin zum Vielvölkerstaat Sowjetunion eine derartige Vielfalt auf, dass sich ein einheitlicher Begriff der „Kultur der Kalten Krieges“ dafür zu verbieten scheint. Dennoch trug der Kalte Krieg unbestreitbar zur Annäherung und Integration europäischer Gesellschaften bei. Angesichts der Übermacht der beiden Hegemonialmächte provozierte er geradezu spezifisch europäische Lösungen zur Eingrenzung des vorhandenen Konfliktpotentials und zur Sicherung gemeinsamer wirtschaftlicher und kultureller Interessen.

Die Ergebnisse des Projektbereichs im Lichte dieser Problematik zu diskutieren und zu bewerten, wird nur durch die Einbeziehung von Vertretern der internationalen Fachöffentlichkeit möglich sein. Geplant ist daher ein umfangreicher Sammelband in englischer Sprache zu den *Cold War Cultures* in Europa, der medien-, kultur- und diskursgeschichtliche Analysen anhand östlicher wie west-

licher Fallstudien umfasst. Zur Vorbereitung dieser Publikation wird im April 2007 in Potsdam eine mehrtägige Fachkonferenz stattfinden<sup>3</sup>.

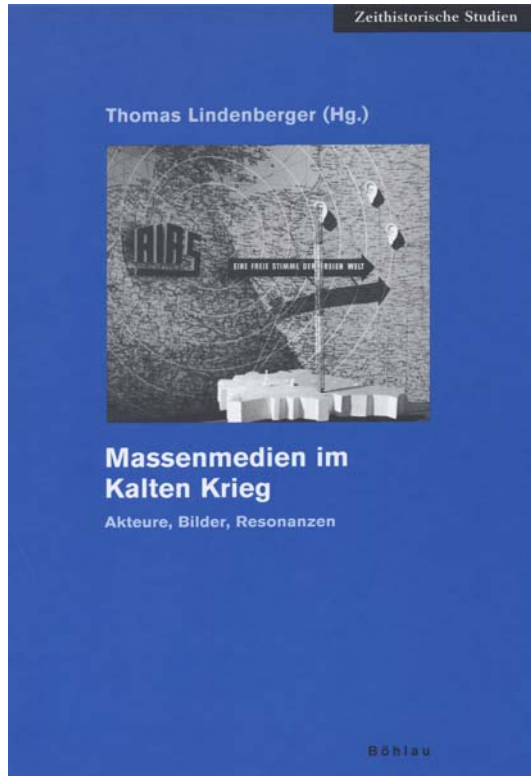
Standen bislang vor allem Studien zum innerdeutschen Systemkonflikt und Öffentlichkeiten zu ost(mittel)europäischer Gesellschaften im Mittelpunkt des Interesses der Forschungsvorhaben im Projektbereich III, so komplettieren in der abschließenden Projektphase Fallstudien zu westlichen Gesellschaften das Tableau. Im Folgenden werden die im Förderungszeitraum 2006 bis 2007 neu hinzugekommenen Einzelprojekte vorgestellt.

**Thomas Lindenberger (Hg.)**  
**Massenmedien im Kalten Krieg.**  
Akteure, Bilder, Resonanzen  
2006. 286 S., 39,90 €

Der Kalte Krieg wurde nicht nur von Staatsmännern und Militärstrategen in den Spitzenetagen der politischen Macht geführt. In Ost und West machte er sich vielmehr in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bemerkbar. Der öffentlichen Kommunikation kam dabei eine zentrale Funktion zu: Filmmacher und Journalisten, Parteipolitiker und Kirchenvertreter, Wochenschauen und Fernsehstationen kommentierten und interpretierten, legitimierten und kritisierten die lebensbedrohliche Teilung der Welt.

Durch den alltäglichen Medienkonsum war der Kalte Krieg im Leben des breiten Publikums präsent. Der ideologische Gegensatz von liberalen Demokratien und kommunistischen Diktaturen schlug sich in gegensätzlichen Vorstellungen von den Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens nieder, die in Massenmedien propagiert und diskutiert wurden.

Die Beiträge der Autorinnen und Autoren über Spielfilme, Zeitungs- und Rundfunkjournalismus tragen zu einer neuen, kultur- und mediengeschichtliche Aspekte integrierenden Sichtweise des Kalten Krieges bei.



3 Zum Programm der Konferenz siehe: <http://www.zzf-pdm.de>.

## SPORT UND MEDIEN IM KALTEN KRIEG: DIE OLYMPISCHEN SPIELE

Annette Vowinckel

Seit die olympischen Spiele zu einem zyklisch wiederkehrenden Fernsehereignis geworden sind, erfreuen sie sich einer enormen Nachfrage beim Publikum und stetiger Aufmerksamkeit seitens der Medien. Wie schon in der Antike dienen die Spiele der Unterhaltung und Zerstreuung, werden darüber hinaus aber auch für politische Zwecke in Anspruch genommen. In den Zeiten des Kalten Krieges galt dabei die Destabilisierung des gegnerischen Systems sowie die Stärkung der östlichen respektive der westlichen Wertegemeinschaft als vordergründiges Ziel. Tatsächlich nahm der Sport in der „medialen Schlachtordnung“ des Kalten Krieges einen besonderen Platz ein – vor allem in der innerdeutschen Systemkonkurrenz, die auf dem Gebiet des Sports besonders wirkungsmächtig wurde, als die DDR bei den Olympischen Sommerspielen in Mexiko 1968 erstmals mit einer eigenen Mannschaft teilnahm. Weitere Einschnitte markieren die Boykott-Spiele von Moskau 1980 und Los Angeles 1984, die als Höhepunkte eines „zweiten“ Kalten Krieges zwischen den beiden Supermächten und auch des innerdeutschen Systemkonflikts gelesen werden können.

Als Ausgangspunkt für mein Forschungsprojekt über die Olympischen Spiele dienen einschlägige Arbeiten zur Organisation und politischen Bedeutung des Leistungssports nach 1945, zum innerdeutschen Sportverkehr und zum Breitensport, aber auch Arbeiten zur Sportästhetik und –philosophie, zur Rolle der Medien im Allgemeinen und des Fernsehens im Besonderen sowie zur Geschichte der Olympischen Spiele. Ziel der Arbeit ist es jedoch nicht, den Systemkonflikt am Beispiel von Sportereignissen nachzuerzählen. Vielmehr soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die mediale und ästhetische Inszenierung der Spiele möglicherweise auch zu einer Annäherung der Blöcke geführt bzw. die transnationale Gestaltung von Sportgroßereignissen nach dem Fall der Mauer vorweggenommen hat.

Bei genauerem Hinsehen ist nämlich der Bedeutungszuwachs der Olympischen Spiele weniger an die politischen Bedingungen des Kalten Krieges gebunden als vielmehr an die Verbreitung des Fernsehens als Leitmedium: Gab es 1960 lediglich in jedem sechsten ostdeutschen und in jedem vierten westdeutschen Haushalt einen Fernsehapparat, so besaßen 1975 bereits 70 Prozent aller DDR-Bürger und mehr als 90 Prozent der Westbürger ein Fernsehgerät.

Es gilt deshalb vor allem, das Fernsehen als Leit- und Livemedium sowie die besondere Bildsprache von Sportübertragungen zu analysieren. Als Leitmotiv dient dabei die Frage, ob der Blick auf das Sportfernsehen geeignet ist, die Phasenbildungen der politisch-historischen Forschung zu stützen oder ob hier nicht andere Periodisierungen vorzunehmen sind, die mit der Geschichte des Kalten Krieges über Kreuz liegen. Während nämlich die politische Geschichte zunächst die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz von 1968 bis 1972, dann die Einbezie-



hung der Dritten Welt in den Systemkonflikt und schließlich den Beginn des „zweiten Kalten Kriegs“ zwischen den Supermächten ab Ende der siebziger Jahre besonders hervorgehoben hat, sind es im Bereich der medialen Vermittlung vor allem die Olympischen Sommerspiele von 1972 in München, die als „totale Medienspiele“ in die Geschichte eingingen und die mehr als eine Milliarde Menschen in 119 Ländern weltweit erreichten – wobei der Anschlag auf die israelische Mannschaft, der dem olympischen Gedanken der Völkerverständigung auf beiden Seiten der Mauer zuwider lief, die mediale Aufmerksamkeit noch massiv steigerte.

Zu fragen ist also weniger nach Funktionalisierungen des Sports durch die jeweiligen Regierungen als danach, warum gerade die transnational angelegten Sportereignisse mehr Zuschauer binden konnten als andere TV-Programme. Das Hauptaugenmerk des Forschungsprojekts liegt deshalb nicht auf den einschlägigen politischen Kommentaren, sondern auf den Symbolen und kulturellen Praktiken im Sport, auf der Bedeutung von Ritualen und Inszenierungen und auf der Ikonografie und Dramaturgie der Spiele selbst. Diese sollen exemplarisch am Beispiel jener Sportarten untersucht werden, bei denen die Berichterstattung sich besonders stark auf einzelne Persönlichkeiten konzentriert. Es scheint, dass dies bei den Olympischen Sommerspielen vor allem in der Leichtathletik, beim Schwimmen und beim Turnsport der Fall war und dass sich die Spiele in dieser Hinsicht deutlich von der ebenfalls im Vierjahresrhythmus ausgetragenen Fußballweltmeisterschaft als zweitem Großereignis im Sport unterschieden. Zu fragen ist hier nach dem Spannungsverhältnis zwischen nationaler Identität und transnationaler Stilisierung, aber auch nach Unterschieden und Ähnlichkeiten zwischen der Sportprominenz und anderen Zelebritäten (wie Politikern, Popstars oder dem Hochadel) im öffentlichen Raum.

Dabei gilt es zu bedenken, dass gerade das Medium Fernsehen eine ganz eigentümliche Wirklichkeit produzierte: Diese Wirklichkeit gilt es auf politischer ebenso wie auf ästhetischer Ebene unter besonderer Berücksichtigung von Körperbildern und -konzepten und einer spezifischen Formensprache des Kalten Krieges und der Olympischen Spiele zu untersuchen.

Von Interesse ist dabei zunächst die Frage nach dem Spannungsverhältnis von nationalen und transnationalen Öffentlichkeiten. Man wird davon ausgehen können, dass deutliche Unterschiede vor allem im Hinblick auf die national jeweils spezifischen Kommentare zu verzeichnen sind; es ist aber auch davon auszugehen, dass sich gewisse Übereinstimmungen im Hinblick auf die medialen Gestaltungsformen der TV-Übertragungen ergeben werden, die mehr als nur technischer Natur sind. Während nämlich in den nationalen Kontexten nach wie vor die Fortschreibung nationaler Identitäten gepflegt wurde, entwickelte sich gleichzeitig ein übergreifendes Blockbewusstsein in Ost und West und – noch wichtiger – eine gewisse Routine im Umgang mit dem Sportfernsehen, die eher von Parallelen, Ähnlichkeiten und Annäherungen als von den jeweiligen politischen Antagonismen dominiert wurde. Mit anderen Worten: Die Gestaltung der Fernsehberichterstattung folgte ähnlichen Mustern, so dass sich die Sehgewohn-

heiten und Wahrnehmungsmodi auf beiden Seiten der Mauer sukzessive angingen.

Ein wichtiger Aspekt einer Mediengeschichte der olympischen Spiele ist deshalb die Akzeptanz des Westfernsehens in der DDR bzw. die Akzeptanz des Ostfernsehens im Westen während der Moskauer Spiele von 1980. Auch wenn es sich im letzteren Fall vordergründig um eine ironisch Verkehrung des üblicherweise in West-Ost-Richtung fließenden Medienstroms handelte, kann das Interesse am Ostfernsehen im Westen ebenso gut als Indiz für die Unwichtigkeit politischer Kommentare gelesen werden. Von besonderer Bedeutung ist deshalb nicht nur die Frage nach der medialen Perpetuierung, sondern auch die Frage nach der medialen Unterwanderung des Systemkonflikts bzw. die Frage, inwiefern die Sportberichterstattung zur Konstitution transnationaler und blockübergreifender Medienöffentlichkeiten und damit letztlich zum Fall der Mauer beigetragen hat.

Eine solche Deutung ist jedoch nur dann möglich, wenn man Sport nicht als Metapher für Krieg oder Ideologie oder als Spiegel einer vermeintlich wirklicheren Wirklichkeit betrachtet, sondern als ein eigenständiges Phänomen mit entsprechenden Rückwirkungen auf soziale und politische Entwicklungen. Ein solcher Ansatz scheint mir schon deshalb sinnvoll zu sein, weil andernfalls die Ergebnisse anderer, bereits erforschter Entwicklungen allenfalls noch am Beispiel des Sports überprüft werden könnten. Damit aber wäre die eigentliche Besonderheit des Forschungsgegenstands Sportfernsehen verschwendet.

Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass der Leistungssport gerade im Hinblick auf die Konkurrenz- und Konfrontationssituation zwischen der DDR und der Bundesrepublik seitens der SED-Führung explizit in den Dienst der Politik gestellt wurde. Es scheinen jedoch gerade der auratische Charakter, die schiere Körperlichkeit, die Abwesenheit sozialer Distinktion im Stadion und die mediale Präsenz zu sein, die sicherstellen, dass Sportereignisse seitens der Politik so überaus gern funktionalisiert werden.

**DIE MEDIALISIERUNG VON BEDROHUNGSLAGEN DES KALTEN KRIEGES  
IN AMERIKANISCHEN UND WESTDEUTSCHEN TV–SPIONAGESERIEN  
DER 1960ER JAHRE**

**Marcus M. Payk**

In der aktuellen Forschung ist unumstritten, dass der Kalte Krieg weit mehr war als ein außenpolitisches und diplomatiegeschichtliches Phänomen. Er griff tief in die mentalen Ressourcen und kulturellen Praxen der beteiligten Gesellschaften ein. In jüngerer Zeit wurde für diesen Umstand der Begriff einer *Cold War Culture* geprägt, woraus sich zunächst eine fruchtbare Perspektive für die Erforschung der amerikanischen Nachkriegskultur entwickelt hat: *Cold War Culture* meint in diesem Zusammenhang zumeist die Interpenetration und unauflösliche Überlagerung innenpolitischer, gesellschaftlicher und kulturell-mentaler Zustände mit einer aus der außenpolitischen Konfrontationssituation abgeleiteten, polarisierenden Grundkonstellation, was eine Vielzahl spezifischer, aktivierender bis paranoider Potentiale in der Gesellschaft der USA freisetzte.

Das hier vorzustellende Untersuchungsvorhaben führt derartige Überlegungen weiter und bettet sie in eine Vergleichs- und Transfergeschichte ein. Am Beispiel ausgewählter amerikanischer und westdeutscher TV-Spionageserien der späten 1960er Jahre – *John Kling's Abenteuer* (BRD 1965–1970) und *Mission: Impossible* (USA 1966–1973) – soll nicht nur ein medienhistorischer Beitrag zur Erforschung der nationalspezifischen wie interaktiven Dimensionen des Systemkonflikts geleistet, sondern insbesondere auch gefragt werden, welche Erklärungskraft das Konzept einer *Cold War Culture* in einem westeuropäischen Kontext beanspruchen kann. Es wird die Hypothese verfolgt, dass die in den USA seit Beginn der 1960er Jahre immer stärker erkennbare Übernahme von Sujets des Kalten Krieges in die populärkulturelle Unterhaltungsproduktion zwar den Systemkonflikt als transnationales Medienobjekt konstituierte, das zugehörige Referenzsystem einer spezifischen amerikanischen *Cold War Culture* in diesem Prozess aber nur teilweise repliziert wurde. Das zentrale Interesse des Projekts zielt also auf die Leitfrage, wie massenmediale Muster amerikanischer Provenienz in der Fernsehunterhaltung der Bundesrepublik aufgegriffen und verformt wurden, welche Rückschlüsse sich daraus auf die kulturelle Imprägnierung des Systemkonflikts ziehen lassen und wie sich populärkulturelle Unterhaltung und die zu konstatierende Auflockerung und Abschwächung der vordem noch rigiden Diskursordnungen des Kalten Krieges zueinander verhalten.

Insgesamt lässt die Studie Erträge zu folgenden drei Forschungsfeldern erwarten: (1) Zunächst sollen Formen, Stile und Narrative der Darstellung des Kalten Krieges im Medium der TV-Unterhaltungsserie analysiert werden. Dabei wird die stark formalisierte Dramaturgie von Spionage- und Agentenserien (nach dem Muster von Bedrohung – Neutralisierung dieser Bedrohung – Wiederherstellung von Sicherheit) ebenso herausgearbeitet wie ihr doppeldeutiger Charakter als

antikommunistisch-stereotypisierende und zugleich populärkulturelle Unterhaltungsform. Die im Fernsehen porträtierten Agentenfiguren können als Repräsentanten einer (exogen wie endogen induzierten) Gefährdungssituation bzw. ihrer Aufhebung gelesen und auf die ihnen jeweils zugeordneten Merkmale hin befragt werden. Inwieweit wurden hier die antikommunistischen Feindbilder der 1950er Jahre fortgeführt, oder wo und in welchen Bereichen wurden diese konkretisiert? Welche gesellschaftlichen Ängste lassen die im Fernsehen inszenierten Bedrohungslagen insgesamt erkennen, und wie weit trägt hier die These einer in den 1960er Jahren einsetzenden Pluralisierung der vordem noch starren Diskursordnungen des Kalten Krieges? Davon ausgehend soll auf einer grundsätzlichen Ebene die Tragfähigkeit einer Verknüpfung zwischen den narrativen Botschaften der TV-Serien, ihren öffentlichen Resonanzräumen und der politischen und sozialen Entwicklung erörtert werden. Angestrebt wird ein Beitrag zur Frage, in welchem zeitlichen, gesellschaftlichen und nationalen Kontext sich massenmediale Unterhaltung während der Zeit des Kalten Krieges sinnvoll als Ausdruck einer distinkten *Cold War Culture* rubrizieren lässt.

(2) Vor dem Hintergrund der sich mit dem Aufstieg der TV-Unterhaltung in den 1960er Jahren immens ausdifferenzierenden Massen- und Populärkultur zielt die Untersuchung gleichzeitig auf einen Beitrag zur Sozialgeschichte des Fernsehens und der Fernsehunterhaltung. Dass der Einfluss dieses Mediums für die amerikanische Selbst- und Weltwahrnehmung im frühen Kalten Krieg, aber auch im Vietnam-Krieg, kaum überschätzt werden kann, hat die bisherige Forschung dokumentiert. In der hier durchgeführten Untersuchung wird diese Problemstellung nicht nur auf die Bundesrepublik erweitert, sondern mit der Serie zudem ein genuines Phänomen dieses Mediums thematisiert, das kaum eine Entsprechung im Film kennt, durchaus aber den reihentechnischen Kompositionsmustern von Groschenheften und Comics verwandt ist und die Analyse von Veränderungen in einem längeren zeitlichen (i.d.R. mehrjährigen) Verlauf ermöglicht. Neben der gegebenen hohen Repetition schematisierter, mehrheitlich erwartbarer Erzähl- und Spannungsmuster sind ebenso die häuslichen Sehbedingungen des Publikums, die hegemoniale oder konkurrierende Platzierung der Serien im Programmablauf oder die unterschiedlichen Finanzierungsbedingungen (Werbung, Gebühren) als inhaltliche Faktoren für die Gestaltung der Sendungen zu berücksichtigen. Als äußere, wiewohl auf die Fernsehgestaltung wie -rezeption einwirkende Faktoren werden einerseits die Entstehungs- und Produktionskontexte der Serien, andererseits die entsprechenden zeitgenössischen Diskurse zum Spionagetopos sowie, in begrenzten Ausschnitten, zur TV-Unterhaltung überhaupt erörtert.

(3) Schließlich zielt das Projekt auf die sowohl in inhaltlicher wie formaler Hinsicht unstrittigen, wiewohl stark asymmetrischen (Medien-)Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland. Damit wird einerseits nach der jeweiligen Positionierung der beiden Staaten im internationalen System des Kalten Krieges gefragt, also nach einer je unterschiedlichen Wahrnehmung von innerer und äußerer Gefährdung, aber auch

nach je unterschiedlich konnotierten Vorstellungen von „Entspannung“ und „Koexistenz“. Andererseits sollen hier die differierenden mediensystemischen Gegebenheiten und ihre Interaktion herausgearbeitet werden. Denn während für die US-Fernsehindustrie oft erst der internationale Verkauf ihrer Produktionen eine nachhaltige Gewinnquelle darstellte, griff das westdeutsche Fernsehen zur Füllung seines expandierenden Programms einerseits auf Angebote aus den Vereinigten Staaten zurück, produzierte andererseits aber ebenso selbst äquivalente Unterhaltungsserien. Dabei war nicht zuletzt auch das Spionagegenre in einem steten Spannungsfeld zwischen amerikanischen und eigenen Traditionen angesiedelt, welches zur Nachahmung wie Verfremdung der entsprechenden Handlungsnarrative, Bilderinventare und Referenzsysteme führte. Gerade über letztgenannte Modifikationsprozesse können Einsichten in die je unterschiedlichen Ausprägungen des Systemkonflikts auf beiden Seiten des Atlantiks wie auch in die komplexe massenmediale Verflechtung westlicher Gesellschaften überhaupt gewonnen werden, weshalb ein Vergleich mit den Fernsehproduktionen und Spionagedramen der DDR hier ausgeklammert bleibt.

**DER „HEIMLICHE LESER“ IM KALTEN KRIEG.  
Die Verbreitung und Kontrolle illegaler Literatur in der DDR.**

**Siegfried Lokatis**

In unserer vom Informationsüberfluss geprägten Gesellschaft wächst der Erforschung eines Systems, in dem private Kopiergeräte verboten und Schreibmaschinen geheimdienstlich erfasst waren und in dem man für ein Buch von Kafka einen Vergaser eintauschen konnte, irritierende Bedeutung zu. Analysiert wird in diesem Projekt der Umgang der „heimlichen Leser“ mit dem Zensursystem der DDR und deren Bemühen um den Zugang zu illegaler Literatur in ihren unterschiedlichen Formen. Hierbei handelt es sich um ein typisches Phänomen der Medienkontrolle und Medienwirkung im Kalten Krieg, das für die Zeit nach dem Bau der Berliner Mauer untersucht werden soll. Das Streben nach verbotener Lektüre wurde im Kalten Krieg und speziell seit dem Mauerbau 1961 zu einer verbreiteten Grundhaltung, die das intellektuelle Klima im „Leseland“ DDR prägte. Gefragt wird nach der Wirksamkeit einer breiten Palette prohibitiver Einrichtungen und Maßnahmen zur Distributionskontrolle, die von der Kontrolle der Antiquariate über die „Giftschränke“ der Bibliotheken bis hin zur Überwachung der Leipziger Messe durch das MfS und zur Zollkontrolle des Reise- und Geschenkverkehrs reichte.

Dass in der DDR das „heimliche Lesen“ eine eher noch größere Rolle als im „Dritten Reich“ spielen konnte, ist als Folge der deutschen Spaltung und des kalten Krieges zu erklären. Die Zensur selbst war straffer organisiert, und die „abweichlerischen“ Texte wurden von den kommunistischen Machthabern ungleich ernster genommen als das unter nationalsozialistischen Vorzeichen der Fall war. Das Programm der „antifaschistischen Umerziehung“ und die Etablierung eines eigenen sozialistischen Kanons gingen mit strenger literaturpolitischer Abschottung von der Bundesrepublik einher. Die konstitutive Funktion der Zensur für realsozialistische Gesellschaften ist längst bekannt, wichtige Institutionen des Zensursystems der DDR, die Rolle der Zensurbehörde und großer Verlage, des Schriftstellerverbandes, auch der Umgang der Autoren mit der Zensur wurden inzwischen vergleichsweise intensiv erforscht.

Eine Untersuchung, die die Organe der literarischen Distributions- und Importkontrolle in den Mittelpunkt rückte, existiert bisher jedoch nicht. Es ist nicht erforscht, welche Bücher, Broschüren und Zeitschriften in welcher Menge in den unterschiedlichen Phasen ihrer Geschichte in der DDR vom Zoll beschlagnahmt wurden, so dass die Aufarbeitung der einschlägigen statistischen Unterlagen wichtige und ganz neuartige Erkenntnisse verspricht.

Das Projekt befasst sich mit einem Aspekt des Kalten Krieges, der jedem vertraut ist, der das sogenannte Leseland aus eigener Anschauung kennt. In der DDR waren gerade die verbotenen Bücher besonders begehrt, sie wurden über die Grenze geschmuggelt, in schwer zugänglichen „Giftschränken“ aufgestöbert,

unter der Hand weitergereicht, intensiv „zwischen den Zeilen“ gelesen, abgeschrieben und auswendig gelernt. Es geht um den Wissenschaftler, den es nach einer Trotzki-Broschüre aus dem „Giftschrank“ verlangte, den Antiquar, der mit Nachlässen voller illegaler bürgerlicher Literatur umgehen musste und den reisenden Rentner, der vielleicht regelmäßig Westillustrierte oder Comics durch den Zoll schmuggelte. Angesichts des nicht existierenden Forschungsstandes kann keineswegs ausgeschlossen werden, dass sich quantitativ betrachtet scheinbar ganz literaturfremde Kreise als die eifrigsten Literaturschmuggler von aller möglichen Trivilliteratur entpuppen.

In der DDR war die Jagd nach seltener westlicher, aber auch nach marxistischer „abweichlerischer“ Literatur, nach Bahro, Trotzki und Solschenizyn, nach Bradbury, Orwell und Karl May, aber auch nach dem „Spiegel“ und trivialer Gebrauchsliteratur ein verbreitetes Phänomen. Auch „zugelassene“ Bücher von Christa Wolf oder Jürgen Kuczynski, die mit Mühe die Zensur passiert hatten, konnten bekanntlich Furore machen, doch soll der Umgang mit systemfremder, ausgegrenzter und gesperrter Literatur im Mittelpunkt stehen. Die Begierde nach illegaler Literatur war Reaktion auf ein rigides System der staatlichen Literaturkontrolle, das nicht nur die Buchproduktion auf mannigfaltige Art überwachte, sondern über Antiquariate, Bibliotheken, Buchhandlungen, Paketkontrolle und Zoll die Distribution kontrollierte.

Die Untersuchung wird sich nicht auf die relativ kleine Samisdat-Szene beschränken können. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass infolge des umfassenden Charakters der Zensurherrschaft und der breiten Menge ausgegrenzter Literatur im Prinzip jeder Leser irgendwann, vielleicht auch unfreiwillig zum „heimlichen Leser“ werden konnte. Das „heimliche Lesen“ und die Neugier auf subversive Literatur war ein weit über den Rahmen oppositioneller Kreise hinaus verbreitetes Protestverhalten, durch das sich auch Leser, die sich sonst mit dem System arrangiert hatten, ein symbolisches Ventil und ein Stück Distanz schaffen konnten. Es dürfte jedoch zweckmäßig sein, bestimmte besonders aktive Großgruppen von „heimlichen Lesern“ zu unterscheiden, die sich entweder unterschiedlichen (konfessionellen, wissenschaftlichen, Samisdat- usw.) Milieus bzw. Teilöffentlichkeiten zuordnen lassen oder auch über privilegierte Zugangsmöglichkeiten verfügten (z.B. Wissenschaftler mit Sondererlaubnis für bestimmte Sperrliteratur, Verlagsmitarbeiter, Schriftsteller).

Ansatzpunkt des Projektes ist die Überlegung, dass unter den Vorzeichen des Kalten Krieges das Verhalten der „heimlichen Leser“ von den zuständigen staatlichen Stellen der DDR, aber auch von westdeutscher Seite intensiv beobachtet worden ist, zumal man in beiden Teilen Deutschlands daran interessiert war, sowohl die eigene Literatur im Rahmen eines regelrechten „innerdeutschen Broschürenkrieges“ im jeweils anderen Teil zu verbreiten als auch die „gegnerische“ Literatur an der Grenze abzufangen. Dadurch ist ein breiter Fundus an Quellen, Statistiken, Einschätzungen und Analysen entstanden, der ausgewertet wird, um folgende Fragen zu beantworten:

- In welchem Umfang wurde Literatur in unterschiedlichen Phasen in die DDR geschmuggelt?
- In welchem Umfang waren Leser aus den verschiedenen Milieus (konfessionelle Gruppen, Samisdat, Wissenschaftler usw.) daran beteiligt?
- Welche Literatursorten (politische Broschüren, Belletristik, Unterhaltungsliteratur, konfessionelle Titel, bestimmte ausgegrenzte Autoren usw.) wurden in unterschiedlichen Phasen bevorzugt in die DDR einzuführen versucht? Nach welchen Kriterien wurde sie von den zuständigen Stellen (Ministerium für Kultur, Stasi, Zoll) bewertet?
- Auf welchen Wegen vollzog sich die illegale Literatureinfuhr? Welche Bedeutung kam jeweils dem Geschenkverkehr per Post, dem Grenzverkehr an den wichtigsten Kontrollpunkten und der Leipziger Messe zu?
- Welche Methoden, Verstecke und Ablenkungsstrategien bediente man sich?
- Was geschah mit der konfiszierten Literatur? In welchem Umfang wurde sie zum wissenschaftlichen Gebrauch den Bibliotheken zur Verfügung gestellt oder antiquarisch vertrieben?

Die Beschlagnahmekriterien des Zolls wurden seinerzeit keineswegs offen gelegt, sondern blieben für die meisten Betroffenen rätselhaft. Somit ist beispielsweise zu untersuchen, ob es Zufall oder Methode war, wenn per Post Bücher durchgelassen wurden, die einem Reisenden unweigerlich konfisziert worden wären. In welchen Fällen wurden beschlagnahmte Bücher zurückgegeben? In welchen Fällen wurden weitere Untersuchungen und die Strafverfolgung eingeleitet? Lassen sich zwischen den Zollbezirken Unterschiede in der Kontrollpraxis aufzeigen oder gab es einheitliche Verfahrensregeln – und wie entwickelten sie sich? Welche Verbotslisten existierten? Inwiefern entsprachen sie der aktuellen Verbotspolitik der Zensurbehörde? Gab es einen Ermessensspielraum oder waren sie verbindlich? Wie wurden sie aktualisiert, und wie reagierte man auf völlig unbekannte Bücher? Änderten bzw. lockerten sich solche Verfahren in Abhängigkeit von der politischen Großwetterlage, etwa infolge des Helsinki-Abkommens?

Die Zollakten enthalten plastische Berichte über den Einfallsreichtum von Bücherschmugglern. Es ist zu vermuten, dass das Repertoire der Schmuggler letztlich begrenzt und im Wesentlichen dem Zoll bekannt war, so dass ein brauchbarer Überblick über die typischen Methoden zu erwarten ist.

Besonderer Wert wird zudem auf die Auswertung solcher Quellen gelegt (z.B. exemplarische Interviews mit erfolgreichen „Bücherschmugglern“), die die Korrektur der zentralen Perspektive erlauben und ungefähr einzuschätzen erlauben, in welchem Umfang Literatur am Zoll vorbei in die DDR gelangen konnte.

Es ist gut vorstellbar und auch unter diktaturgeschichtlichem Aspekt forschungsstrategisch wünschenswert, dass sich das Projekt als erster Einstieg und als Pilotprojekt für breit angelegte oral history-Befragungen von „heimlichen Lesern“, Bibliothekaren, Antiquaren, Buchhändlern usw. erweisen könnte und dafür die Kenntnis der institutionellen Hintergründe bereitstellt.



# DIE „ENTDECKUNG“ DES „TIERS MONDE“ UND DIE RADIKALE LINKE ZWISCHEN NACHKRIEGSKAPITALISMUS, DEKOLONISIERUNG UND KALTEM KRIEG IN FRANKREICH (1958–1975)

Christoph Kalter

Der europäische Kolonialismus, so lautet eine grundlegende Annahme postkolonialer Forschungsansätze, war keine Einbahnstrasse. Das der kolonialen Herrschaftsbeziehung inhärente Machtgefälle führte nicht automatisch dazu, dass die Europäer die kolonisierten Gesellschaften souverän und gemäß ihrer sich selbst erteilten „Zivilisierungsmission“ nach ihrem Bilde hätten formen können. Was die Beziehungen zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ stattdessen charakterisierte, war vielmehr die „Hybridität des kolonialen Austauschs“. Kolonialismus bedeutete nicht nur Diffusion europäischer Macht, Waren, Wissensregime und Lebensstile, sondern war immer ein zweiseitiger Prozess, in dem Kolonisatoren und Kolonisierte sich gegenseitig veränderten.

Diese komplexe Verschränkung prägte nicht nur Anfänge und Blütezeit des Kolonialismus, sondern auch den Moment seines Zusammenbruchs. Die *Dekolonisierung* nach dem Zweiten Weltkrieg brachte den Metropolen nicht nur territoriale Verluste, Migrationsbewegungen, geopolitische Statusänderungen oder modifizierte Wirtschaftsbeziehungen. Das „Ende der Imperien“ veränderte vielmehr – in der (oft gewaltsamen) Auseinandersetzung mit den „rebellisch“ gewordenen Kolonisierten einerseits, den verschiedenen Gruppen der „metropolitane“ Bevölkerung andererseits – nichts weniger als die Welt- und Selbstbilder der europäischen Gesellschaften. In den Sozialwissenschaften, bei verschiedenen politischen Akteuren, aber auch in der breiteren Bevölkerung war diese Veränderung kognitiver Strukturen unter dem Eindruck der Dekolonisierung unter anderem durch die Metapher der *Dritten Welt* vermittelt.

Relativ bald nach seiner Erfindung durch den französischen Demographen Alfred Sauvy 1952 war der Begriff des „Tiers Monde“ zu einem erfolgreichen Paradigma der Sozialwissenschaften geworden. An der interdisziplinären Erforschung der bald auch in anderen Sprachen als *Third World*, *Terzo Mondo* etc. bekannten „Dritten Welt“ beteiligten sich Ökonomen, Soziologen und Politologen, aber auch Demographen, Geographen, Ethnologen und Historiker. Was aber verstanden Wissenschaftler und interessierte Öffentlichkeit der westlichen Industrienationen unter „Dritte Welt“? Der Begriff wurde erstens in historischer Perspektive für die aus der Dekolonisierung hervorgegangenen neuen Nationalstaaten gebraucht. Er bezeichnete in modernisierungstheoretischer Perspektive zweitens die so genannten „unterentwickelten“ Länder, die zum Objekt staatlicher und privatwirtschaftlicher Entwicklungspolitik wurden. Im Lichte der Geopolitik des Kalten Krieges zählte man zur „Dritten Welt“ schließlich diejenigen Staaten, die als „Blockfreie“ im internationalen Systemkonflikt weder dem „freien Westen“ noch dem „Ostblock“ zuzurechnen waren.

Jenseits seiner sozialwissenschaftlichen Verwendung fand das Konzept seit Ende der 1950er Jahre auch Eingang in den politischen Diskurs. Vor allem in der Dritten Welt selbst wurde die „Dritte Welt“ – die ursprünglich nichts weiter als eine Erfindung französischer Professoren gewesen war – dabei zu einer Ressource politischer Organisation, Identität und Herrschaftslegitimation. Die Führer der antikolonialen Befreiungsbewegungen und postkolonialen Nationalstaaten reklamierten den „mobilisation myth“ der Dritten Welt als Kampfbegriff gegen (Neo-) Kolonialismus und ungerechte Handelsbeziehungen auf dem Weltmarkt, als Alternative zur globalen Hegemonie des Westens und des Ostens, als Garant einer möglichst „autochthonen“ Modernisierung ihrer eigenen Gesellschaften und als Leitbild der politischen Solidarität, die Staaten und Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika miteinander verbinden sollte. Die im sozialwissenschaftlichen Diskurs der ehemaligen Kolonisatoren etablierten Bedeutungen des Begriffs wurden in den (ehemaligen) Kolonien angeeignet, kritisch reflektiert, übernommen, umgedeutet, abgelehnt oder erweitert, bevor sie auf verschiedenem Wege wieder nach Europa zurückkehrten. Das Paradigma der Dritten Welt blieb seitdem von der eigentümlichen Spannung zwischen Fremd- und Selbstzuschreibung geprägt. Die Geschichte des Dritte-Welt-Diskurses bis in die 70-er Jahren zeigt deshalb sehr deutlich, dass die Hybridität der kolonialen Tauschbeziehungen bis in die Zirkulation der Metaphern, Konzepte und kulturellen Ordnungen hineinreichte, mit denen Kolonisatoren *und* Kolonisierte versuchten, den *Zusammenbruch* kolonialer Herrschaft in der Dekolonisierung begreifbar zu machen.

Besonders deutlich manifestiert sich dieses beständige Hin und Her des Dritt-Welt-Diskurses im Spektrum der politischen Linken, das seit dem Ende der 1950er Jahre in verschiedenen westlichen Industrienationen tief greifenden Veränderungen unterworfen war. Nicht nur fast zeitgleich, sondern auch in transnationaler Verflechtung entstand um etwa 1958 herum in Großbritannien, den USA, der Bundesrepublik, in Italien und in Frankreich eine radikale Linke, die sich in Abgrenzung von den Organisationen der „alten“, etablierten Linken in ihren jeweiligen Ländern konstituierte. Diese radikale Linke war durchaus sehr heterogen: zu ihr zählten nicht nur die intellektuelle und politische Teilkultur der so genannten *New Left*, *Nouvelle Gauche* oder *Neuen Linken*, sondern auch Linkssozialisten, Trotzlisten, Anarchisten und Maoisten. Was verband nun diese Gruppen miteinander? Sie alle pflegten nicht nur den transnationalen Austausch miteinander, sondern waren zudem vor dem Hintergrund gemeinsamer Problemlagen entstanden, die in vielen westlichen Industrienationen diskutiert wurden, wenngleich sie nicht im selben Maße von ihnen betroffen waren. Welche Problemlagen waren das?

1. Statt dem auf Seiten der Linken erhofften Zusammenbruch des *Kapitalismus* hatte das Ende des 2. Weltkrieges dem Westen eine historisch beispiellose Dynamik kapitalistischen Wirtschaftswachstums beschert. Der stetig wachsende Weltmarkt und der wissenschaftlich-technische „Fortschritt“ brachten den Industrienationen eine bis in die Mitte der 1970er Jahre ungebrochene Prosperität. Diese „Modernisierung“ im Zeichen des Massenkonsums veränderte Sozialstruktur und

Lebenswelt der westlichen Gesellschaften dramatisch. Die alten Ideen von Klassenantagonismus und Revolution wurden dabei insofern beschädigt, als die Arbeiterklasse am neuen gesellschaftlichen Reichtum partizipierte und nun auf Kühlschränke statt auf Klassenkampf setzte. Auch Parteien und Gewerkschaften der gemäßigten Linken gaben ihre Fundamentalopposition zum bestehenden System auf und setzten auf eine pragmatische Politik der Reformen „von innen“. Die radikale Linke dagegen hielt am Ziel der antikapitalistischen, sozialistischen Revolution fest, suchte zugleich aber nach einem neuen Motor dieser Revolution. Statt dem vermeintlich saturierten Proletariat der Ersten Welt galten bald die antikolonialen Befreiungsbewegungen und die „Massen“ der „unterentwickelten“ Länder als revolutionäres Subjekt des globalen Klassenkampfes. Die „Verdammten dieser Erde“ waren in dieser Perspektive nicht mehr in der industrialisierten Ersten, sondern in der agrarischen Dritten Welt zu Hause.

2. Auch die kommunistischen Parteien hatten den revolutionären Klassenkampf zwar nicht aufgegeben, waren in den Augen der radikalen Linken aber diskreditiert, weil sie an der historischen Rolle des Proletariats festhielten und sich im *Kalten Krieg* der Sowjetunion als der Führungsmacht des stalinistischen, antidemokratischen „Ostblocks“ blind unterordneten. Seit der Oktoberrevolution von 1917 war die Sowjetunion in den Augen eines Teils der europäischen Linken nichts weniger als die welthistorische Alternative zum liberal-kapitalistischen Westen gewesen. Doch vor allem nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der Niederschlagung des Ungarnaufstands 1956 stand sie für viele nur noch für eine brutale Machtpolitik, die mit dem ursprünglichen Versprechen einer besseren Welt nichts mehr zu tun hatte. Ihren Status als utopischer Ort hatte sie in den Augen der radikalen Linken an die „Dritte Welt“ verloren. Diese war es, die nun die messianische Hoffnung auf einen „neuen Menschen“ beflügelte. In der „Dritten Welt“ sollte die als „Kolonialrevolution“ gedeutete Dekolonisierung einer gerechteren Zukunft der Menschheit den Weg bereiten.

3. Im französischen Fall bedeutete diese doppelte Abgrenzung gegenüber der alten Linken, dass die radikale Linke sich außerhalb und gegen die *Section Française de l'Internationale Ouvrière* (SFIO), aber auch außerhalb und gegen den *Parti Communiste Français* (PCF) herausbildete. In den Augen der radikalen Linken diskreditierten die alten Linksparteien sich durch ihre Dekolonisierungspolitik in Frankreich ganz besonders. Sowohl der Suez-Krieg 1956 als auch entscheidende Phasen des gegen den *Front de Libération Nationale* (FLN) geführten Algerienkrieges erfolgten unter politischer Mitverantwortung der sozialistischen Partei. Doch auch die Haltung der kommunistischen Partei im Algerienkrieg war mehr als ambivalent, und ein Bekenntnis zum algerischen Recht auf Unabhängigkeit ließ sie lange Jahre vermissen. Demgegenüber verstand die radikale Linke sich von Anfang an als radikal antikoloniale Linke. Mehr noch: Die meinem Dissertationsprojekt zu Grunde liegende These lautet, dass die in der französischen Metropole geführten Konflikte um die *Dekolonisierung* und die Entdeckung der „Dritten Welt“ den entscheidenden Impuls für die Genese einer radikalen Linken in Frankreich darstellten. Die Welt- und Selbstbilder, aber

auch die soziale Praxis dieser antikolonialen politischen Formation waren seit Ende der 1950er Jahre in vielfältiger Weise über das als „Dritte Welt“ imaginierte Gegenüber in den (ehemaligen) Kolonien vermittelt.

Diese Vermittlung erfolgte einerseits in den Köpfen der europäischen Intellektuellen und Aktivisten, die sich mit Begriff und Realität des Kolonialismus, der „Kolonialrevolution“ und der „Dritten Welt“ auseinandersetzten. Die Dritte Welt wurde zum vermeintlichen Neuland, das bereist und erforscht, vor allem aber neu *gedacht* werden konnte. Dabei öffnete sich die jüngst „entdeckte“ Dritte Welt als *terra incognita* den Sehnsüchten, Einschreibungen und projektiven Vereinnahmungen derjenigen Linken, die sie von Europa aus in ihr kulturelles, historisches und politisches Weltbild zu integrieren versuchten. Der Auf- und Umbau kognitiver Strukturen und sozialer Praktiken der französischen radikalen Linken erfolgte zugleich aber in einem transnationalen Handlungs- und Kommunikationsraum, in dem es Kontakte zwischen Individuen und Gruppen aus Erster und Dritter Welt gab. Durch die vielfältigen Interaktionen in diesem transnationalen Raum wurden kategoriale Abgrenzungen wie „Erste“ und „Dritte Welt“, „Afrika“ und „Europa“, „Frankreich“ und „Algerien“ einerseits reifiziert, andererseits aber hin und her geschoben, porös gemacht, dekonstruiert, hybridisiert.

Wie könnte die komplexe, über die Entdeckung der Dritten Welt vermittelte Genese der radikalen Linken zwischen Nachkriegskapitalismus, Dekolonisierung und Kaltem Krieg im Rahmen meiner Dissertationsarbeit beschrieben werden? Ich stelle mir eine multiperspektivisch erzählte Geschichte vor, deren einzelne Kapitel jeweils selbständige Themenbereiche hervorgehoben behandeln, dabei aber alle auf die übergeordnete Fragestellung bezogen bleiben. Für jedes Kapitel könnten dann eventuell je neue Unersuchungsebenen, Akteure, Ereignisse, Quellengruppen und Chronologien herangezogen und miteinander kombiniert werden. Welche das sein werden, steht derzeit noch nicht fest. Den Zeitrahmen der Untersuchung jedenfalls bilden die anderthalb Jahrzehnte von der Endphase des Algerienkriegs bis zum Ausgang des Vietnamkrieges. Beide Kolonialkriege wurden auf je spezifische Weise zu paradigmatischen Bezugsereignissen der antikolonialen radikalen Linken in Frankreich.

Verschiedene thematische Bereiche bieten sich an: So will ich etwa untersuchen, wie der linksradikale Diskurs über die als „Kolonialrevolution“ gedeutete Dekolonisierung die intellektuellen marxistischen Traditionen des Proletariats, des Klassenkampfes und der Weltrevolution umformte und im Bild der Dritten Welt neu zentrierte. Dabei ging es jedoch nicht nur um theoretische Neuorientierungen, sondern zugleich um einen stark affektiven Bezug zur Dritten Welt. Der erst nachträglich geprägte Begriff des *tiers-mondisme* bezeichnet diesen Zwischenbereich von Theorie, Ideologie und Mentalität und damit die historische Konjunktur *europäischer* Selbstbilder und politischer Praktiken in der Linken, die über die Idee und die Repräsentationen der Dritten Welt vermittelt waren. Die *tiers-mondistes* verbanden eine dependenztheoretische Sicht auf die „Unterentwicklung“ mit der Überzeugung, die ganze Welt könne zum Sozialismus geführt werden, wenn die verarmte, agrarische „Peripherie“ mit ihren antikolonialen Re-

volutionen den Anstoß dazu gebe. Dazu kam eine teils befremdliche Begeisterung für vermeintlich außer-, vor- oder antiwestliche Werte und für die Führerfiguren der nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

Einen zweiten Schwerpunkt könnte die Frage bilden, inwiefern sozialwissenschaftliche Diskurse über die Dritte Welt „politisiert“ waren und inwiefern sich andererseits antikoloniale Aktivisten an der Produktion eines spezifischen Wissens über die Dritte Welt beteiligten oder sich auf sozialwissenschaftliche Wissensbestände bezogen, um ihr politisches Engagement zu legitimieren.

Ein drittes Kapitel könnte sich der Frage widmen, inwiefern die „Entdeckung“ der Dritten Welt einen subversiven Angriff auf die binäre Diskursordnung des Ost-West-Konflikts darstellte und inwiefern die Verschränkung der Ost-West-mit der Nord-Süd-Problematik eine Dekonstruktion der Logik des Kalten Krieges zum Ziel hatte. Dabei geht es nicht nur um die wahrgenommene oder tatsächliche Rekonfiguration geopolitischer Räume im globalen Maßstab, also z.B. um das Verhältnis zwischen den Supermächten, Europa und der „blockfreien“ Dritten Welt. Ein bestimmter Blick auf den Kalten Krieg hatte vielmehr zugleich konkrete Funktionen für die Selbstausslegung der radikalen Linken innerhalb der französischen Politik. So entsprach der doppelten Abgrenzung von den USA und ihren Verbündeten einerseits, der Sowjetunion und dem „Ostblock“ andererseits innenpolitisch das Selbstbild einer auch im Feld der Linken unabhängigen „dritten Kraft“, die sich den polarisierenden Zwängen der vom globalen Konflikt strukturierten Politik *in Frankreich* zu entziehen versuchte.

Ein viertes und besonders interessantes Thema sind die historischen Bezugspunkte des antikolonialen Diskurses in Frankreich. Sie reichten von der Französischen Revolution und der Dreyfus-Affäre über die Volksfront-Regierung und den Spanischen Bürgerkrieg bis hin zur französischen *Résistance*, der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten und Hiroshima. Aus dieser Geschichte leitete die radikale Linke ihre Verpflichtung zu intellektuellem und praktischem revolutionärem Engagement ab: Auch in der Gegenwart der 1960er Jahre musste man sich demnach gegen die Gefahr des Faschismus zur Wehr setzen. Anstatt gemeinsam mit Nazi-Deutschland unterzugehen, war der Faschismus der Zwischenkriegszeit auch 1945 nur unvollständig besiegt worden. Tatsächlich glaubten die Linksradi-kalen, ihn jetzt im eigenen Lande wieder auferstehen zu sehen. Das Vorgehen der französischen Militärs in Algerien, die Machtübernahme de Gaulles 1958, der Terror der *Organisation de l'Armée Secrète* (OAS) wurden genauso mit der Herrschaft der deutschen Nationalsozialisten verglichen wie das Vorgehen der französischen Polizei gegen die revoltierenden Studenten im Mai 1968. Auch der von den Amerikanern in Vietnam geführte Krieg wurde seit Mitte der 1960er Jahre immer wieder mit der Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkriegs in Verbindung gebracht. Der stark affektive Bezug zum Schreckensbild des Nationalsozialismus und zum Ideal des Antifaschismus verband sich dabei mit der Theorie eines generischen Faschismusbegriffs. Wenn vor dem Hintergrund einer globalen Kapitalismuskritik nun auch der Kolonialismus als Faschismus verstanden wurde, dann konnten auch Anti-

kolonialismus und Antifaschismus in Eins gesetzt werden. Diese Operation erlaubte der radikalen Linken die Konstruktion einer widerständigen Identität. Dieses Selbstbild des Widerstandskämpfers blieb dabei einerseits auf gelebte Erfahrungen bezogen – viele Linksradikale hatten die Besetzung durch die Wehrmacht und den Widerstand gegen die Deutschen tatsächlich selbst miterlebt –, bediente sich andererseits aber auch beim Mythos der *Résistance*, der in Frankreich als gesamtgesellschaftlich relevante Ressource politischer Legitimation fungierte. So oder so wurden das Problem der Dekolonisierung und der Dritten Welt damit einem historischen Horizont und einem vergangenheitspolitischen Diskurs integriert, der viel mehr über die Geschichte von Krieg, Diktatur und Genozid in Europa verriet als über die Gegenwart der Dritten Welt, von der doch vordergründig die Rede war.

Ein fünftes und letztes Kapitel wird sich der physischen und intellektuellen Mobilität der französischen *tiers-mondistes* widmen. Im Kopf, in den Texten, aber auch im Handeln der radikalen Linken war die Welt groß und klein zugleich. Groß war sie, insofern tatsächlich nichts weniger als die ganze Welt als Raum politischer Analyse und politischen Handelns für relevant befunden wurde. Klein war sie, insofern man davon ausging, dass die Probleme der Welt im Zusammenhang zu denken waren und dass globale Zusammenhänge der Analyse und dem politischen Handeln *prinzipiell* zugänglich waren. Die radikale Linke der 1960er Jahre glaubte in einer Welt zu leben, die in bisher unbekanntem Ausmaß interdependent war. Entsprechend betrachtete sie auch die ganze Welt als ihr politisches Aktionsfeld. Das galt für ihre Selbstwahrnehmung – als Teil einer globalen Solidargemeinschaft mit Weltveränderungsanspruch –, für ihre Rhetorik des Internationalismus und der Weltrevolution. Das galt aber auch für Transfers und konkrete Interaktionen, die Menschen aus der Dritten und der Ersten Welt zusammenbrachten. Die gemeinsame Arbeit in Studentenverbänden, politischen Gruppen, in Lesezirkeln oder der Redaktion einer französischen Zeitschrift, aber auch der Sommerurlaub auf Kuba, die Arbeit im Vorbereitungskomitee der Trikontinental-Konferenz oder in der Einheit einer lateinamerikanischen Guerillatruppe eröffneten Diskurs- und Handlungsräume, in denen sich Vertreter verschiedener Nationen und „Welten“ begegneten. Zwar war das noch weitgehend ein Elitenphänomen politisierter Minderheiten. Trotzdem erzeugten der Prozess der Dekolonisierung und seine diskursive Repräsentation durch die radikale Linke eine Mobilität neuen Ausmaßes. Physische und intellektuelle Mobilität verbanden sich zu einem dezidiert „globalen“ Bewusstsein. Nimmt man beide Phänomene zusammen, so ist darin durchaus eine Art Globalisierung *avant la lettre* zu erkennen.

In diesem Sinne kann die geplante Dissertation hoffentlich nicht nur die Entstehung einer radikalen politischen Linken im historischen Kontext von Dekolonisierung und „Entdeckung“ der „Dritten Welt“ am französischen Fall exemplifizieren, sondern durch die Integration transnationaler Perspektiven auch einen kleinen Beitrag zur Geschichte der Globalisierung leisten.

## ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK DER SMAD 1945–1949. Konzeption eines Editionsprojektes

Viktor Knoll

Die geplante zweibändige russischsprachige Quellenedition zur Wirtschaftspolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland ist Bestandteil des von der Volkswagenstiftung finanzierten Kooperationsprojekts „Verfilmung, Digitalisierung, Indexierung und Herausgabe von SMAD-Dokumenten aus den Beständen des Staatsarchivs der Russischen Föderation (GARF)“, an dessen Umsetzung das Staatsarchiv der Russischen Föderation/Moskau, das Bundesarchiv/Koblenz, das Zentrum für Zeithistorische Forschung/Potsdam und die University of North Carolina/Chapel Hill beteiligt sind. Das Editionsvorhaben knüpft an mehrere Dokumentenpublikationen zu ausgewählten Aspekten der Tätigkeit der SMAD an, die in den letzten zwei Jahren in der vom GARF herausgegebenen Reihe „Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949“ in Moskau veröffentlicht wurden. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Titel:

- „Die Tätigkeit der SMAD zur Entmilitarisierung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ (herausgegeben von V.V. Zacharov), Moskau 2004. Thematisch befaßt sich der Band vornehmlich mit der Beseitigung des deutschen Rüstungspotentials, der Entnazifizierung sowie der Kontrolle der deutschen zivilen Industrie. Diese Dokumentation stützt sich zu einem wesentlichen Teil auf die Akten der Militärverwaltung der SMAD sowie der Länder- und Provinzverwaltungen der SMA.
- „Die Tätigkeit der sowjetischen Militärkommandanturen zur Beseitigung der Kriegsfolgen und zur Organisation des friedlichen Lebens in der SBZ“ (herausgegeben von V.V. Zacharov), Moskau 2005. Dieser Band dokumentiert die Tätigkeit der Bezirks-, Kreis- und Ortskommandanturen in den Bereichen Beschäftigungspolitik, Wirtschaft, Versorgung, Gesundheits- und Bildungswesen sowie Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Im Vordergrund steht dabei die lokale und regionale Verwaltungsebene der SMAD.
- „Die Politik der SMAD auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und der Bildung“ (herausgegeben von N.P. Timofeeva und Jan Foitzik), Moskau 2006. Inhaltliche Schwerpunkte bilden hier die Tätigkeit der SMAD zur Verwaltung und Kontrolle des deutschen Wissenschaftsbetriebes, die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der sowjetischen Besatzungsbehörden in der SBZ sowie die Rolle der Kultur als Instrument der Propaganda.

In Vorbereitung sind darüber hinaus Dokumentenbände zur Tätigkeit der deutschen Verwaltungen, zur Herausbildung und Entwicklung der Parteienlandschaft in der SBZ (Herausgeber: David Pike) sowie zur Tätigkeit der wissenschaftlich-technischen Büros der SMAD.

Die Einbindung des Editionsvorhabens in die russische Publikationsreihe ist für die konzeptionelle Anlage der geplanten Wirtschaftsbände in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Zum einen weist sie der Dokumentation den Charakter einer Fondsedition zu, die sich primär auf die im Russischen Staatsarchiv aufbewahrten SMAD-Bestände stützt. Dies vereinfacht zwar in gewisser Weise die Quellenauswahl, ist jedoch zugleich mit der Einschränkung verbunden, dass nur ein Teil der russischen Überlieferung in die Betrachtung einbezogen werden kann. Zum zweiten verpflichtet der allgemeine Editionsrahmen zur Rücksichtnahme gegenüber den bereits veröffentlichten und in Vorbereitung befindlichen Bänden, was eine Ab- bzw. Eingrenzung der zu behandelnden thematischen Schwerpunkte erforderlich macht.

Die Quellensammlung des GARF, die somit die Grundlage der Dokumentation zur Wirtschaftspolitik der SMAD bilden wird, weist einige Besonderheiten auf. Daher scheint es angebracht, etwas näher auf die in Frage kommenden Bestände einzugehen.

Mit der weitgehenden Deklassifizierung der SMAD-Bestände des GARF in den Jahren 1998–2002 ist für die historische Forschung ein gerade aufgrund seiner Komplexität sehr wichtiger Quellenfundus zur Geschichte der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland nutzbar geworden, der es erlaubt, Ziele, Prioritäten und Methoden der sowjetischen Besatzungspolitik in der SBZ umfassender und differenzierter als bislang möglich zu untersuchen. Seinen besonderen Reiz bezieht das Material vor allem daraus, dass es den Alltag der Besatzung erstmals auch aus der Sicht der Sieger transparent macht. Es bietet Innenansichten aus dem Leben eines komplizierten militärischen Verwaltungsapparates, der – in die Routine des Tagesgeschäfts eingebunden – vor der mithin schlicht unlösbaren Aufgabe stand, die Erwartungen der übergeordneten Instanzen in Moskau mit den konkreten Gegebenheiten und Bedürfnissen der praktischen Arbeit vor Ort in Einklang zu bringen. Zugleich lässt es erkennen, dass den sowjetischen Besatzungsorganen nicht zuletzt wegen der zahlreichen strukturellen und organisatorischen Defekte des SMAD-Apparates zumindest zeitweilig beträchtliche Handlungsspielräume erwachsen, die in durchaus unterschiedlicher Weise und Intensität genutzt wurden. Die Erschließung der GARF-Bestände schafft somit günstige Voraussetzungen für künftige Forschungen, deren Aufgabe darin bestehen wird, die russische und die deutsche Überlieferung zusammenzuführen und gegenüberzustellen. Auch wenn es sich bei den hier vorzustellenden Aktengruppen nur um einen Teil der SMAD-Überlieferung handelt, kann deren Auswertung wesentlich zu einem besseren Verständnis jener Entwicklungen beitragen, die der Gründung der DDR im Oktober 1949 vorausgingen.

Natürlich muss dabei berücksichtigt werden, dass die im GARF zur Benutzung freigegebenen SMAD-Bestände in erster Linie die Tätigkeit der mittleren Funktionsebene der sowjetischen Militäradministration, vertreten durch die Verwaltungen und Abteilungen des zentralen Apparates in Berlin-Karlshorst und die SMA-Verwaltungen der Länder und Provinzen, dokumentieren. Für die Analyse der sowjetischen Besatzungspolitik nicht minder bedeutsame Bestände werden in



anderen Archiven der Russischen Föderation aufbewahrt und sind größtenteils unzugänglich. So befinden sich die Akten des Obersten Chefs der SMAD, die unter anderem den chiffrierten Telegrammwechsel zwischen der Berliner Zentrale und den übergeordneten Stellen in Moskau beinhalten, im Zentralarchiv des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation. Ebenfalls in Podol'sk lagert der größte Teil der Überlieferung der Kommandanturen (so auch der von Berlin) sowie der dokumentarische Nachlass des Chefs Rückwärtige Dienste der Gruppe der sowjetischen Okkupationstruppen in Deutschland, dem unter anderem auch die Trophäenverwaltung unterstand. Eine nur schwer zu füllende Lücke hinterlässt der Fehlbestand an Akten der SMAD-Verwaltung für die SAG-Betriebe, die sich im Russischen Staatsarchiv für Wirtschaft befinden. Am schwersten wiegt jedoch der akute Mangel an zugänglichem Quellenmaterial zur Tätigkeit der obersten Entscheidungsgremien der UdSSR. Der wissenschaftlichen Öffentlichkeit bleibt folglich eine Quellengruppe vorenthalten, die es ermöglichen könnte, das Wirken der SMAD auch in die Zusammenhänge der deutschlandpolitischen Planungen der sowjetischen Führung einzubinden.

Bis zu einem gewissen Grade lassen sich die hier angedeuteten objektiven Auswahlprobleme durch einen Rückgriff auf die indirekte Überlieferung lindern. Besondere Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang der nach branchenspezifischen Gesichtspunkten geordnete Teilbestand des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD für Wirtschaftsfragen (Koval'), in dem zumindest ein Teil der operativen Korrespondenz mit den Moskauer Behörden Ablage gefunden hat. Die Akten der Abteilung für Wirtschaftsplanung, die in der Organisationsstruktur der SMAD eine wichtige koordinierende Rolle spielte, enthalten wiederum zahlreiche aufschlussreiche Dokumente zur Tätigkeit der einzelnen Gliederungen des Wirtschaftsapparates sowohl auf zentraler als auch auf regionaler und lokaler Ebene. Ungeachtet der Defizite, die das zu edierende Material insbesondere im Hinblick auf die oberste Entscheidungsebene aufweist, ist der Wert der im GARF zur Nutzung freigegebenen Bestände kaum zu überschätzen. Sie umfassen den eigentlichen Kernbereich der wirtschaftspolitisch relevanten Überlieferung der SMAD und bilden somit eine solide Grundlage für die Erforschung der sowjetischen Wirtschaftspolitik in der SBZ.

In Anbetracht der Besonderheiten, welche die allgemeine Quellenlage zur Wirtschaftspolitik der SMAD kennzeichnen, scheint es sinnvoll, für die geplanten Bände einen konzeptionellen Ansatz zu wählen, der in erster Linie darauf abzielt, die wichtigsten Tätigkeitsfelder der sowjetischen Militäradministration auf dem Gebiet der Wirtschaft zu markieren sowie Organisation und Arbeitsweise ihres Fachapparates darzustellen. Im Kontext dieser Problemstellung ist zugleich nach dem Gewicht der SMAD im Beziehungsgeflecht der deutschlandpolitisch relevanten institutionellen Handlungsträger sowie nach dem Verhältnis der sowjetischen Besatzungsmacht zu den deutschen Wirtschaftsorganen zu fragen.

Von den obengenannten Prämissen ausgehend, sollen folgende Bestände des GARF in die Dokumentenauswahl einbezogen werden:

<i>Findbuch</i>	<i>Bestand</i>	<i>Akten- einheiten</i>
<i>R-7317 (zentraler Apparat der SMAD)</i>		
Op. 4	Sekretariat des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD für Wirtschaftsfragen (Koval’)	102
Op. 7, 8	Stab der SMAD	115
Op. 9	Verwaltung für den Kommandanturdienst	5
Op. 24, 25	Verwaltung für die wirtschaftliche Entwaffnung	54
Op. 26	Verwaltung für Reparationen und Lieferungen	14
Op. 28, 29	Finanzverwaltung	258
Op. 30	Abteilung für Wirtschaftsplanung	47
Op. 32	Verwaltung für die metallurgische und chemische Industrie	11
Op. 33	Verwaltung für Maschinenbau und Elektroindustrie	48
Op. 34	Verwaltung für Kohleindustrie und Kraftwerke	3
Op. 35	Verwaltung für Leichtindustrie	29
Op. 36, 37	Landwirtschaftsverwaltung	105
Op. 38, 39	Transportverwaltung	129
Op. 44	Verwaltung für Handel und Versorgung	28
Op. 50, 51	Abteilung für Arbeitskräfte	70
Op. 62	Verwaltung für Außenhandel	3
<i>R-7077 (SMA Brandenburg)</i>		
Op. 1		44
Op. 2		17
<i>R-7103 (SMA Mecklenburg)</i>		
Op. 1		43
Op. 2		8
<i>R-7133 (SMA Sachsen-Anhalt)</i>		
Op. 1		28
Op. 2		18
<i>R-7184 (SMA Thüringen)</i>		
Op. 1		53
Op. 2		10
<i>R-7212 (SMA Sachsen)</i>		
Op. 1		60
Op. 2		3

Die Quellenbasis der Edition umfasst somit insgesamt rund 1.250 Akteneinheiten. Diese gruppieren sich um folgende thematische Schwerpunkte, die zugleich

die wesentlichsten Bereiche der wirtschaftlichen Tätigkeit der sowjetischen Militäradministration in Deutschland kennzeichnen:

- Reparationen,
- zivile deutsche Industrie,
- Landwirtschaft,
- Handel und Versorgung,
- Außen- und Interzonenhandel,
- Arbeitskräfte,
- Transportwesen,
- Finanzen.

Außerhalb der hier vorgestellten thematischen Schwerpunktsetzung bleibt die Tätigkeit der SMAD in den Gremien des Alliierten Kontrollrates, insbesondere im Wirtschaftsdirktorat und den diesem unterstellten Ausschüssen und Komitees. Eine nachgeordnete Behandlung dieses Themenkomplexes scheint vor allem deshalb angeraten, weil es sich um ein relativ selbständiges Politikfeld handelt, das in hohem Maße durch die Eigendynamik internationaler Faktoren bestimmt wurde. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass die Einbindung der SMAD in den alliierten Kontrollmechanismus nur bedingt Einfluss auf die sowjetische Besatzungspraxis hatte. Da die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ gleichwohl nicht außerhalb des Kontextes der interalliierten Beziehungen verstanden und dargestellt werden kann, wird auf diesen Aspekt vorzugsweise im Anmerkungsapparat der geplanten Bände einzugehen sein. Nicht näher eingegangen werden soll darüber hinaus auf Fragen der wirtschaftlichen Entwaffnung Deutschlands, die bereits in dem eingangs erwähnten Entmilitarisierungsband ausführlich behandelt wurden. Im Rahmen des Komplexes einmalige Entnahmen wird daher vor allem auf die Demontage der der Rüstungsproduktion vorgelagerten Industrien sowie der Betriebe mit nichtmilitärischem Produktionsprofil einzugehen sein, die von der sowjetischen Besatzungsmacht als „überschüssige Produktionskapazitäten“ ausgewiesen wurden.

### *Editionsprinzipien und Aufbau der Bände*

Mit der Orientierung auf eine Fondsedition ist die Festlegung verbunden, dass im Rahmen des Projektvorhabens vor allem solche Dokumente zur vollständigen oder teilweisen Wiedergabe gelangen, die zum Bestand des GARF gehören. Deutsche Quellen oder SMAD-Akten, die in anderen Archiven der Russischen Föderation aufbewahrt werden, bleiben bei der Auswahl unberücksichtigt, können jedoch zur Kommentierung herangezogen werden.

Die Spezifik des zu behandelnden Politikfeldes macht einen chronologischen Aufbau der Wirtschaftsbände erforderlich. Für die Wahl dieses Ordnungsprinzips war insbesondere die Überlegung maßgebend, dass sich die oben benannten thematischen Schwerpunkte kaum schlüssig separieren lassen, da letztlich alle Bereiche der wirtschaftlichen Tätigkeit der SMAD dem Primat der Reparationspolitik unterworfen waren. Der allgemeinen Zielstellung des Editionsprojekts

folgend, soll auf eine Trennung der Überlieferung nach Direktiven und Berichten verzichtet werden. Eine Untergliederung der zu edierenden Dokumente nach funktionalen Gesichtspunkten bietet zweifellos Vorteile, wenn es darum geht, die Organisationsstruktur der SMAD aufzudecken und die Effizienz ihrer Organe zu veranschaulichen. Doch bleibt bei diesem Ansatz der Komplex der politischen Entscheidungsfindung zwangsläufig außerhalb der Betrachtung. Indes lässt das bisher gesichtete Quellenmaterial erkennen, dass viele für die wirtschaftliche Entwicklung der SBZ wichtige Entscheidungen auf entsprechende Initiativen einzelner Verwaltungen bzw. Abteilungen der SMAD oder auch deutscher Stellen zurückgingen, wobei der Beschlussfassung in der Regel ein komplizierter Klärungsprozess vorausging, der dem Zweck diente, die mitunter divergierenden Interessen der beteiligten Institutionen in Moskau und vor Ort auszutarieren. Eine Analyse dieser Interessenkonflikte und ihrer praktischen Folgen für die Politik ermöglicht es, die Rolle der SMAD und ihrer Organe bei der Formulierung und Umsetzung der wirtschaftspolitischen Vorgaben der sowjetischen Führung präziser zu bestimmen. Daher sollte auch dieser Aspekt in den zu edierenden Dokumenten gebührend berücksichtigt werden.

Bei der Auswahl der Dokumente wird vor allem darauf zu achten sein, dass der Wirtschaftsapparat der SMAD möglichst komplex zur Darstellung gelangt. Ziel ist es, nicht nur die einzelnen Ebenen der Verwaltung im Bereich der Wirtschaft vorzustellen, sondern auch den Grad und den Umfang der Interaktion der vertikalen (zentraler Apparat – Kommandanturen) und horizontalen (Branchen- und Funktionalverwaltungen/Abteilungen) Strukturen der SMAD zu veranschaulichen. In Bezug auf wirtschaftspolitisch relevante Befehle, Weisungen und Anordnungen kann an bereits in den anderen Bänden der GARF-Reihe veröffentlichte Dokumente angeknüpft werden. Dafür erhalten Tätigkeits- bzw. Situationsberichte sowie Vorlagen und Stellungnahmen einzelner Gliederungen der SMAD breiteren Raum. Die daraus resultierende Erweiterung des Kommentarteils wird sich notwendigerweise auch im Umfang des Anmerkungsapparates widerspiegeln.

Der zu edierende Quellenkorpus soll in zwei Bänden vorgestellt werden. Der chronologische Rahmen des ersten Bandes, der einen Gesamtumfang von ca. 950 Seiten haben wird, umfasst den Zeitraum von 1945 bis 1947. Der zweite Band (ca. 900 Seiten) rückt die Jahre 1948–1949 in den Mittelpunkt der Betrachtung. Die zeitliche Abgrenzung der beiden Editionsteile würdigt das Jahr 1948 als eine wichtige deutschlandpolitische Zäsur, deren Relevanz sich sowohl aus der Entwicklung der interalliierten Beziehungen als auch aus dem Zusammenhang der politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse innerhalb der SBZ erschließt.

Die einzelnen Bände bestehen jeweils aus einer wissenschaftlichen Einleitung, die das vorzustellende Archivmaterial auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstandes kontextualisiert und quellenkritisch bewertet, einem ca. 300 Dokumente (pro Band) umfassenden Editionsteil, Anlagen, Anmerkungen sowie einem umfangreichen Hilfsapparat. Letzterer setzt sich aus einem Dokumenten-

verzeichnis, einem Personenverzeichnis (mit Kurzbiographien), einem geographischen Register und einem Abkürzungsverzeichnis zusammen. Die thematische Zuordnung der publizierten Dokumente erfolgt durch ein Sachregister. Die technische Kommentierung der Quellen findet sich in den Fußnoten wieder.

### *Inhaltliche Schwerpunkte*

Im ersten Band wird zunächst auf die Bildung und Konsolidierung der Wirtschaftsorgane der SMAD einzugehen sein. Dabei soll insbesondere dargestellt werden, welche Bedingungen die sowjetische Militäradministration zu Beginn ihrer Tätigkeit in Ostdeutschland vorfand und unter welchen Umständen sich die strukturelle Ausformung ihres Apparates vollzog. Zugleich soll veranschaulicht werden, in welcher Weise sich die unzureichende institutionelle Kohärenz der SMAD in den ersten Monaten ihrer Existenz sowie der akute Mangel an qualifiziertem Fachpersonal auf die Besatzungspraxis auswirkten. Bei der Vorstellung der eigentlichen Schwerpunkte der wirtschaftlichen Tätigkeit der SMAD wird vor allem der zentrale Stellenwert der Reparationspolitik zu dokumentieren sein. In diesem Zusammenhang soll allerdings weniger die Frage nach dem Umfang der durch die SBZ erbrachten Leistungen interessieren. Vielmehr gilt es, die Ziele des sowjetischen Reparationsprogramms zu fixieren und jene Faktoren zu bestimmen, die dessen praktische Umsetzung beeinflussten. Unter diesem Gesichtspunkt werden sowohl die Veränderungen in der sowjetischen Demontagepraxis als auch die allmähliche Verlagerung des Schwergewichts der Reparationen auf die Entnahmen aus der laufenden Produktion (einschließlich der Bildung der SAG-Betriebe) zu behandeln sein. Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande und in der Industrie, die mit der Sequestrierung des Besitzes der Nazi- und Kriegsverbrecher eingeleitet wurde, bildet einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt des ersten Bandes. Hier wird insbesondere zu zeigen sein, welche Erwartungen die sowjetische Militäradministration an die Durchführung der Bodenreform und an den Aufbau eines „volkseigenen Sektors“ in der Wirtschaft knüpfte und inwieweit die Maßnahmen zur materiellen und politischen „Absicherung“ der Ergebnisse dieser eigentumsrechtlichen Eingriffe bereits Konturen einer Sowjetisierungsabsicht erkennen lassen. Mit dem Komplex Handel und Versorgung, innerhalb dessen auch die Bereitstellungen für die sowjetischen Besatzungstruppen und die Versorgung der SMAD thematisiert werden soll, gelangt schließlich ein Tätigkeitsbereich zur Behandlung, der wohl am ehesten geeignet ist, den der sowjetischen Wirtschaftspolitik von Anfang an immanenten Interessenkonflikt zwischen dem verständlichen und legitimen Wunsch nach maximaler Entschädigung für die durch Deutschland verursachten immensen Zerstörungen einerseits und dem Bedürfnis nach einer mehr oder weniger stabilen und berechenbaren Entwicklung in der SBZ andererseits zu veranschaulichen. In diesem Kontext wird dokumentarisch nachzuweisen sein, dass die katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Folgen des „Hungerwinters“ 1946/47 wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung der sowjetischen Füh-

rung hatten, sowohl die Reparationspolitik als auch die Wirtschaftsplanung insgesamt stärker an den Möglichkeiten der deutschen Industrie und Landwirtschaft zu orientieren.

Innerhalb des zweiten Bandes, der die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaftspolitik in den Jahren 1948–1949 behandelt, soll vor allem auf zwei grundlegende Aspekte eingegangen werden, die die Existenzbedingungen in der SBZ in diesem Zeitabschnitt nachhaltig prägten: die fortwährende Prädominanz reparationspolitischer Interessen in der Tätigkeit der SMAD und die zunehmende Autarkisierung der ostdeutschen Wirtschaft auf der Grundlage einer zentralisierten Wirtschaftsplanung. In der Reparationspolitik bilden das Ende der Demontagen und die signifikante Ausweitung des Programms der Entnahmen aus der laufenden Produktion bei gleichzeitiger Umstrukturierung des Warenprofils (deutliche Erhöhung des Anteils von Erzeugnissen des Maschinen- und Schwermaschinenbaus zu Lasten von Massengebrauchsgütern und landwirtschaftlicher Produkte) markante Eckpunkte. Parallel dazu verliefen strukturelle Veränderungen im Wirtschaftsapparat der SMAD, die sich vor allem in einer Aufwertung und konflikträchtigen Verselbständigung der Verwaltung für die SAG-Betriebe manifestierten. Mit der Neugewichtung des sowjetischen Reparationsprogramms eng verbunden war der Beginn einer „Reindustrialisierung“ der SBZ. Dass sich diese im Zeichen einer fortschreitenden zonalen Desintegration vollzog, ist vor allem auf die dramatische Zuspitzung der interalliierten Beziehungen zurückzuführen, die mit dem Rückzug der UdSSR aus dem Kontrollrat und der Berlin-Krise 1948/49 einen ersten Höhepunkt erreichte. In welcher nachhaltiger Weise das Scheitern des Projekts einer deutschlandpolitischen Zusammenarbeit der Siegermächte die Ostintegration der SBZ-Wirtschaft beförderte, wird nicht zuletzt am Beispiel des Interzonenhandels deutlich, dessen weitgehender Zusammenbruch infolge der sowjetischen Blockademaßnahmen gegenüber den Westsektoren von Berlin und der darauf folgenden Gegenblockade der westlichen Alliierten eine massive Erweiterung der ostdeutschen Handelsbeziehungen zu den Ländern des sich formierenden „volksdemokratischen“ Blocks nach sich zog. Als wichtige Meilensteine auf dem Wege zur Herausbildung eines separaten ostdeutschen Wirtschaftsraums werden die Währungsreform und der im Frühjahr 1948 einsetzende massive Ausbau der zonalen ökonomischen und politischen Steuerungsmechanismen zu behandeln sein. In diesem Zusammenhang wird auch gezeigt, wie schwer sich die sowjetische Besatzungsmacht mit der partiellen Preisgabe der Planungshoheit in der SBZ tat. Neben deutschlandpolitischen Rücksichtnahmen stand dabei auch die Sorge um die Zukunft des Reparationsprogramms im Vordergrund.

### *Fazit*

Die Auswertung des zu edierenden Quellenmaterials verspricht eine beträchtliche Erweiterung des bisherigen Kenntnisstandes hinsichtlich der Ziele, Determinanten und Methoden der sowjetischen Wirtschaftspolitik in der SBZ. So wird

etwa deutlich, dass die Stalinsche Führung zumindest bis zum Frühjahr 1948 über kein stringentes deutschlandpolitisches Konzept verfügte. Ihr vorrangiges Interesse galt der Umsetzung des Reparationsprogramms, was die Entwicklung des Interzonenhandels ebenso zuließ wie den Ausbau der für den sowjetischen Bedarf produzierenden Betriebe. Eine Analyse der sowjetischen Besatzungspraxis zeigt zugleich, dass die SMAD in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit einen ausgeprägten Hang zum Pragmatismus entwickelte, wobei politische Rücksichtnahmen häufig hinter ökonomischen Sachzwängen zurückstanden. Das Instrumentarium der politischen Repression und ideologischen Mobilisierung bildete gleichwohl von Anfang an einen integralen Bestandteil der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Es gewann vor allem dann an Bedeutung, wenn – was häufig genug der Fall war – sich ökonomische Steuerungsmechanismen als unbrauchbar erwiesen. Nachweisen lässt sich anhand der heute zugänglichen Quellen schließlich auch der Einfluss institutioneller und struktureller Rivalitäten unter den im ökonomischen Bereich engagierten sowjetischen Organen auf die konkrete Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik in der SBZ. Die geplanten Bände können somit über den Rahmen wirtschaftshistorischer Fragestellungen hinaus auch zu einem besseren Verständnis der Motive und Funktionsmechanismen der sowjetischen Deutschlandpolitik insgesamt beitragen.

## BERICHTE AUS DEM PROJEKTBEREICH IV

### DIE KULTUREN DES POLITISCHEN. Formen und Repräsentationen politischer Integration im 20. Jahrhundert

Christoph Classen und Thomas Mergel

Im Projektbereich IV arbeiten seit Anfang 2006 neun Wissenschaftler (darunter zwei assoziierte Doktoranden) an Themen, die aus verschiedener Perspektive Muster politischer und gesellschaftlicher Integration, der Etablierung, Perpetuierung und Auflösung von politischer Macht und Herrschaft in politischen Systemen in Ost und West während des 20. Jahrhunderts untersuchen. Gemeinsames Ziel der im Projektbereich angesiedelten Arbeitsvorhaben ist es, über die gezielten Legitimationsstrategien der Herrschaftseliten und ihr weltanschauliches Identifikationsangebot hinaus Mechanismen politischer Integration zu analysieren, deren Wirkungen in tiefer liegenden mentalen, religiösen und allgemein kulturellen Prägungen begründet sind. Mehrere Projekte fragen daher bewusst über den normativen Gegensatz von Demokratie und Diktatur hinweg nach Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Interdependenzen von Herrschaftsintegration. Über das bisherige Spektrum hinaus ist das Forschungsfeld auf Vergleiche zwischen Demokratien westlichen Typs ausgeweitet worden, deren unterschiedliche nationale Traditionen und mögliche Konvergenzen analysiert werden. Angestrebt wird damit einen Beitrag zum Verständnis des Charakters und der Grenzen politischer Integration in verschiedenen Ländern und in diktatorisch sowie demokratisch verfassten politischen Systemen vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Für die Phase bis Ende 2007 hat sich der Projektbereich drei Schwerpunkte gesetzt: Ein erster Schwerpunkt fragt nach medialen Kulturen des Politischen in der Spannung zwischen den Erwartungen und Sehgewohnheiten der Bürger und Repräsentationsformen der Politik. In der Mediendemokratie ist Politik immer stärker nur in ihrer medialen Zurichtung erfahrbar, und die performativen Aspekte des Politischen treten stärker in den Vordergrund als die Dimension politischer Entscheidungen. Umgekehrt werden aber Dimensionen des Politischen auch in der Medienunterhaltung sichtbar, indem Rollen und Themen, die der Welt der Politik zugeordnet werden, zu Themen des Entertainment werden können. Politik und Entertainment wachsen insofern immer mehr zu „Politainment“ zusammen.<sup>1</sup> Diese Fragen werden in zwei Projekten verfolgt. Das Projekt von *Thomas Mergel* untersucht dabei in einem Vergleich zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich die nationalen Wahlkampfkulturen zwischen 1945 und

---

1 Andreas Dörner, *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt/Main 2001.



1990 mit der Fragestellung, in welcher Weise Prozesse der Amerikanisierung die nationalen Traditionen der Repräsentation von Politik verändert haben. Der Hintergrund sind aktuelle Diskussionen um eine Konvergenz der politischen Kulturen des Westens, die unter dem Begriff der Westernisierung in der Geschichtswissenschaft und unter dem der Modernisierung in der Politikwissenschaft diskutiert werden. Gegenüber diesen Thesen betont das Projekt die Beharrungskraft nationaler Codes des Politischen, die dazu führen, dass zwar die Instrumente moderner Wahlkampfkommunikation übernommen werden (Fernsehen, Politikberatung, Demoskopie, Imagepolitik); sie werden aber in den nationalen Kontexten in je verschiedener Weise genutzt, wozu nicht zuletzt auch unterschiedliche Strukturbedingungen des Parteien- und des Mediensystems beitragen. So führte das Verbot von Wahlkampfwerbung in der BBC in Großbritannien zu einer völlig anderen Präsentation der Politik in den elektronischen Medien als in Deutschland, wo Wahlkampfwerbung in der Struktur der öffentlich-rechtlichen Medien als Information verstanden wurde und deshalb kostenlos war. Britische Politiker mussten stattdessen ihr Augenmerk darauf richten, in den Nachrichten aufzutauchen, weshalb stärker als in anderen Ländern die Produktion von (Pseudo-)Ereignissen zum Kerngeschäft der britischen Wahlkampfpolitik gehörte. Ähnliche Unterschiede kann man in Bezug auf die politische Vergangenheit feststellen. In Deutschland prägte eine Semantik der Sachlichkeit den Wahlkampf, die der Polemik distanziert gegenüber stand und sich nicht zu letzt aus der Abgrenzung zu den Kommunikationsformen des Nationalsozialismus legitimierte. Damit hing eine gewissermaßen frugale Repräsentation der Politik zusammen, die Bilder und eine erlebnisorientierte Wahlkampftechnik eher zurückhaltend einsetzte, wortorientiert war und den Wahlkampf als einen Austausch von Argumenten verstand.<sup>2</sup> Eine solche vergangenheitspolitische Aufladung kannte man in Italien wiederum überhaupt nicht; hier war die *campagna in piazza* ein auf das Erlebnis der Masse abzielendes Ereignis, das durch eine Unzahl von Plakaten visuell untermalt wurde. Auch in Italien gab es bis 1983 keine Fernsehwerbung; sie wurde durch die Versammlungspolitik kompensiert.

Die Ergebnisse des Projekts, soweit sie sich bisher absehen lassen, negieren nicht den Einfluss amerikanischer Wahlkampfmethoden auf die jeweiligen Länder; wohl aber spezifizieren sie deren Praxis. Für alle Länder gilt, dass es eine gewisse Distanz gegenüber einem Wahlkampf gab, der mit Metaphern des Marktes für Politik so werben wollte, wie man für Konsumgüter warb. Eine stärkere Unabhängigkeit der politischen Milieus – was auch mit der größeren Bedeutung der Parteien und der stärkeren öffentlich-rechtlichen Rückbindung der Medien zu-

---

2 Vgl. Thomas Mergel, Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfs in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Bundesrepublik, Göttingen 2003, 29-53.

sammenhing – sorgte dafür, dass politisches Marketing und Marktwerbung unabhängig voneinander blieben.<sup>3</sup>

*Christoph Classen* untersucht die Darstellung von Politik und Politikern in fiktionalen Filmen, Fernsehbeiträgen und Texten zwischen 1950 und 1990 im Vergleich zwischen Deutschland und den USA. In der ersten Projektphase, die bis Ende 2007 terminiert ist, steht dabei die Fernsehkultur der Bundesrepublik im Mittelpunkt. Insbesondere anhand von Filmen und Fernsehserien fragt das Projekt nach den Vorstellungen von und den Erwartungen an Politik in der fiktionalen Verdichtung. Die Frage nach nationalen Sehweisen und Darstellungsformen ist dabei ebenso leitend wie die Frage nach transnationalen Angleichungs- und Übertragungsprozessen. Hat die amerikanische Film- und Fernsehkultur die deutschen medialen Repräsentationen auch dahingehend beeinflusst, dass sich dabei Bilder von der Politik änderten? Die bisherigen Ergebnisse lassen Skepsis angezeigt sein. Denn schon auf den ersten Blick zeigt sich, dass Politik (im Sinne von politischen Institutionen, Amtsträgern, Entscheidungsprozessen) in den USA ein häufig aufgegriffenes Thema ist, in Deutschland aber nicht. Dafür fällt auf, dass insbesondere in den Fernsehserien Rollen mit großem Erfolg installiert wurden, die teilfunktionale Äquivalente darstellen: Der Arzt, der Geistliche, und besonders der Kriminalkommissar, der Verfehlungen verfolgt und die Ordnung wiederherstellen soll. Beim Kriminalkommissar lassen sich seit den fünfziger Jahren höchst aufschlussreiche Wandlungen feststellen. Vom unbeirrbar und unbestechlichen Verfechter und Verkünder von Ordnung, wie dies der klassische „Kommissar“ Erik Ode verkörperte, blieb seit den siebziger Jahren nicht mehr viel. In der Gestalt von Horst Schimanski ikonisiert sich der Zweifel an der zu vertretenden Ordnung; demgemäß gerät der Kommissar immer mehr selber mit einer Ordnung in Konflikt, die starr und menschenfeindlich ist, während er – auch unter Zuhilfenahme illegaler Mittel – einer gewissermaßen höheren Ordnung zu ihrem Recht verhelfen soll – auf die Dauer aber erfolglos. Seit den siebziger Jahren weitete sich auch der Kreis der Kommissar-Rollen aus, etwa auf Frauen und Ausländer. Man kann diese vorläufigen Ergebnisse interpretieren als einerseits eine Vergesellschaftung politischer Diskurse, in denen die gesellschaftliche Öffnung mitvollzogen wird. Andererseits zeigen sich in der Figur des Kommissars auch enttäuschte Erwartungen an eine Politik, die die selbst gestellten Aufgaben nicht zu erfüllen vermag. Politikverdrossenheit äußerte sich auf dieser medialen Ebene schon lange, bevor der Begriff seit den achtziger Jahren en vogue wurde.

Ein zweiter Schwerpunkt des Projektbereichs fragt nach dem Verhältnis von politischer Legitimation und Lebenswelt. Hier geht es im Kern um Fragestellungen, die Diktatur und Demokratie miteinander vergleichen. *Árpád von Klimó* und *Klaus Große Kracht* untersuchen in parallelen Projekten das Verhältnis von

---

3 Vgl. hierzu demnächst: Thomas Mergel, *Americanization, European Styles or National Codes? The Culture of Election Campaigning in Western Europe, 1945-1990*, in: Zsuzsana Török/Balazs Trencsényi/Dietmar Müller (Hg.), *Reframing the European Pasts: National Discourses and Regional Comparisons*, Budapest 2007.

laienkatholischen Öffentlichkeiten und politischer Herrschaft. Während von Klimó Italien und Ungarn miteinander vergleicht, untersucht Große Kracht Deutschland, Frankreich und Polen. Er analysiert die Organisationsformen ebenso wie die gesellschaftlichen und politischen Ordnungsvorstellungen katholischer Gruppen, die sich zwischen 1945 und 1965 dem Geist der *Actio Catholica*, einer weltweiten päpstlichen Mobilisierungskampagne katholischer Laien, verpflichtet fühlten. Das Forschungsinteresse richtet sich auf eine vergleichende Transformationsgeschichte des Laienkatholizismus von einer liberalismuskritischen Konfessionsgruppe hin zu einem mehrheitsorientierten „Konsenskatholizismus“ in den westlichen Demokratien, von einer abgeschotteten Subkultur hin zu einer hegemonialen Oppositionskultur in Polen. Es geht dabei um die Spannung zwischen offiziellen politischen Kulturen und katholischen Lebenswelten unter den Bedingungen des Kalten Kriegs.<sup>4</sup>

In ähnlicher Weise fragt von Klimó nach dem Selbstverständnis katholischer Laien in den vom Ost-West-Konflikt besonders stark geprägten Gesellschaften Italiens und Ungarns. Am Beispiel der „Katholischen Aktion“ und kirchenkritischer Kleingruppen analysiert er deren Integration in das jeweilige politische System. Komplementär zu Große Krachts Thematik des Kalten Krieges sollen Gemeinsamkeiten im katholischen Selbstverständnis im Bezug auf Erfahrungen mit einer neuen, amerikanisch geprägten Konsumkultur über die Blockgrenzen hinweg analysiert werden. Darüber hinaus geht es um transnationale Verflechtungen der katholischen Diskurse im Hinblick auf normative Aspekte der katholischen Selbstbilder.<sup>5</sup> Diese beiden Projekte fragen mithin nach der Reichweite offizieller Inklusionsstrategien im Spiegel einer in Europa wichtigen, lebensweltlich prägenden Subkultur.

Um die Spannung zwischen offiziellen Legitimationsformen und systemkonformer Lebenswelt geht es in *Pavel Kolars* Projekt zur historischen Identitätsstiftung und Binnenlegitimität in den kommunistischen Arbeiterparteien der DDR, der Tschechoslowakei und Polens im Zeitraum 1953–1970. Es untersucht die Diskurse und Praktiken der örtlichen Kommissionen für Parteigeschichte und Agitprop-Abteilungen der regionalen Parteileitungen unter der Fragestellung, wie die zentral verordneten, sinnstiftenden ideologischen Vorgaben („sozialistische Meistererzählungen“) von den lokalen Geschichtspropagandisten wahrgenommen, aufgearbeitet und umgestaltet wurden. Die lokalen Denkwelten erweisen sich nämlich als durchaus sperrig gegenüber den parteiamtlichen Doktrinen; zwischen der kommunistischen Lebenswelt an der Peripherie und an der Basis

---

4 Vgl. als Fallstudie: Klaus Große Kracht, *Neudeutschland* und die katholische Publizistik. Konfessionelle Elitenbildung und kommunikative Netzwerke 1945-1955, in: Michel Grunewald (Hg.), *Das katholische Intellektuellenmilieu, seine Presse und seine Netzwerke (1871-1960)/Le milieu intellectuel catholique en Allemagne (1871-1960)*, sa presse, ses réseaux, Bern/Berlin/New York 2005, S. 483-505.

5 Árpád von Klimó, *Alltag und Mentalitäten des mondo cattolico*. Zu einigen neueren Forschungen über den italienischen Laienkatholizismus nach 1945, in: *Historisches Jahrbuch* (Görres Gesellschaft) 126/ 2006; ders., *Ungarn seit 1945*, Göttingen 2006.

einerseits, der Zentrale andererseits offenbaren sich recht verschiedene Vorstellungen davon, was als traditionstiftende Momente in Anspruch genommen werden soll und worin denn nun die kommunistische Wahrheit besteht.

Ebenso wie Kolar fragt auch *Christopher Görlich* nach der Tragfähigkeit von Ideologien in der Lebenswelt. Er untersucht den Urlaub in der DDR als einen im Doppelsinn „Urlaub vom Staat“: einerseits ist der Urlaub in der DDR vom Staat organisiert und soll, so jedenfalls die Vorstellungen der Partei, die sozialistische Gemeinschaft affirmieren und so den sozialistischen Staat stärken. In der Praxis jedoch nahmen die Bürger Urlaub vom Staat, ließen ihn zurück und versuchten, die freie Zeit so zu organisieren, wie sie wollten. Mit dem in der sozialistischen Gesellschaft besonders virulenten Eigensinn formten sie den Urlaub in einem individuellen (statt gemeinschaftlichen) Sinn, und sie zeigten sich dabei offen gegenüber den konsumgesellschaftlichen Implikationen, wie dies auch im Westen der Fall war. Im Urlaub öffnete sich eine Nische, die vom Staat nicht vernachlässigt werden konnte, und so zeigte sich mit der Zeit gewissermaßen eine Verwestlichung der Urlaubsformen, durchaus gegen die Intentionen der SED-Herrschaft. Es ist alles andere als ein Zufall, dass sich das Ende der DDR im Medium des Wunsches nach Reisefreiheit manifestierte.

Ein dritter Schwerpunkt beschäftigt sich mit Formen politischer Legitimation und Delegitimation im Bereich von Wissen und Wissenschaft. Hier sind drei Projekte angesiedelt: *Mario Keßler* untersucht die Geschichte der Kommunismusforschung in der Bundesrepublik als akademischer Disziplin und in ihrer Dimension als „Gegnerforschung“. Die im Mittelpunkt stehenden Kommunismusforscher Franz Borkenau, Arkadij Gurland, Richard Löwenthal und Ossip K. Flechtheim konnten ihrerseits auf eine intime Kenntnis des Kommunismus, teils aus eigener Erfahrung, zurückblicken; die Erfahrung der westlichen Demokratie war vielen aus der Emigration bekannt. Normative Wertbezüge im wissenschaftlichen Werk, die auf biographischen Erfahrungen zwischen der Weimarer Republik, dem Exil und Nachkriegsdeutschland beruhten, sind deshalb offenbar. Das Kommunismusbild der Bundesrepublik, das in hohem Maß auf solchen Forschungen beruhte, war mithin geprägt durch die Biographie von Menschen, die zwischen den Systemen und Weltanschauungen gependelt waren.<sup>6</sup>

Die Dissertation von *Tobias Schulz* untersucht am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin die Praxis von Forschung, Lehre und Ausbildung an einer sozialistischen Universität. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach der Durchherrschung des universitären Alltags an einer ideologisch formierten Staatsuniversität. Am Beispiel von drei Fachbereichen (Geschichtswissenschaft, Chemie und Marxismus-Leninismus), analysiert er, welche Formen von Wissenschaft Funktionalität in den Grenzen einer „beherrschten Normalwissenschaft“ an der Universität entwickelten. Komplementär dazu ist in mancher Hinsicht die Untersu-

---

6 Vgl. Mario Keßler, Warum scheiterte die Weimarer Republik? Arthur Rosenberg im englischen Exil, in: Ders. (Hg.), *Deutsche Historiker im Exil (1933-1945)*, Berlin 2005, S. 124-144; ders., *Zwischen Kommunismus und Antikommunismus: Franz Borkenau (1900-1957)*, in: ebd. S. 169-196.

chung des assoziierten Dissertationsprojekts von *Nikolai Wehrs*, das den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ zum Thema hat. Diese zunächst überparteiliche Vereinigung von Hochschullehrern kämpfte gegen die Umgestaltung der deutschen Universität im Gefolge der Reformen nach 1968; der Bund wandte sich gegen die allzu weitgehende Demokratisierung ebenso wie die Ideologisierung der Wissenschaft. Beide Projekte fragen also nach dem Einfluss der jeweiligen Gesellschaftsformation und deren Wandel auf das Selbstverständnis von Wissenschaft und ihren Diskursen vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz.

Die Frage nach den politischen Kulturen in Diktatur und Demokratie stellt sich in dem Projektbereich mithin als eine Frage, die versucht, systemübergreifend und -vergleichend Themen zu identifizieren, die in Ost und West zwar unterschiedlich behandelt werden mochten, die sich aber in beiden Systemen ähnlich stellten: Die unvollständige und immer prekäre Übersetzung politischer Grundsätze in Alltagswissen und lebensweltliches Handeln; die Spannung zwischen verfasster Herrschaft und zivilgesellschaftlichen Handlungsformen; die medialen Logiken, denen jede Repräsentation des Politischen in der Mediengesellschaft unterliegt und die fragen lässt, wie weit die Substanz des Politischen in der medialen Darstellungsform bleibt. Die im Vergleich zu früheren Projektphasen stärkere Konzentration auf die westlichen Demokratien zielt darauf, dass zukünftig Ost-West-Vergleiche bzw. Diktatur-Demokratie-Vergleiche explizit zum Thema gemacht werden sollen. Ähnlichkeiten ebenso wie Unterschiede in den politischen Kulturen der Systeme sollen dadurch schärfer hervortreten.

**POLITIK ALS FIKTION.**  
**Ordnungsvorstellungen in Filmen und Fernsehbeiträgen**  
**der Bundesrepublik 1950 bis 2000**

**Christoph Classen**

Seit einiger Zeit werden in der Politikwissenschaft wie auch in der Öffentlichkeit nicht nur allgemeine Phänomene wie die sogenannte „Politikverdrossenheit“ diskutiert. Zunehmend wird die konkretere Frage nach dem Einfluss der Medien auf politische Prozesse gestellt.<sup>1</sup> Fragen einer zunehmenden „Stimmungsabhängigkeit“ der Politik, nach ihrer mediengerechten bzw. unterhaltsamen Inszenierung und der möglichen Aushöhlung klassischer Institutionen werden besonders im Bereich der Kommunikations- und der Politikwissenschaften intensiv diskutiert. Im Zentrum stehen dabei zumeist die Selbstdarstellung von Politikern und die Vermittlung politischer Prozesse in Nachrichten und anderen Formaten; kurz: Es geht um die mediale Inszenierung realer politischer Prozesse – und dies zumeist in aktuellen Zusammenhängen.

Selten fällt dabei der Blick allerdings auf populäre, fiktionale Genres wie Spielfilme und unterhaltungsorientierte Fernsehserien, obgleich sich gerade solche unterhaltenden Formate besonderer Beliebtheit beim Publikum erfreuen. Zudem kann man vermuten, dass auch und gerade hier implizit und explizit Vorstellungen von Politik transportiert werden, sei es in Form negativer Stereotype oder in Bildern einer „guten Ordnung“ und vorbildlichen Handelns.<sup>2</sup> Hier setzt das Projekt an: Es möchte untersuchen, wie Politik und politisches Handeln in der Bundesrepublik in den vergangenen 50 Jahren in populären Spielfilmen und Fernsehserien dargestellt worden ist. Letztere werden dabei als „seismographische“ Quellen verstanden, die einerseits zeitgenössische Vorstellungen spiegeln, andererseits aber auch in die Gesellschaft zurückgewirkt haben und die jeweiligen Vorstellungen von und Erwartungen an Politik bekräftigt oder sogar erst erzeugt haben.

### *1. Politik und Unterhaltung*

Wer sich im deutschen Kontext mit Politikdarstellungen in Unterhaltungsformaten beschäftigt, sieht sich schnell mit einem ebenso interessanten wie ernüchternden Befund konfrontiert: Politik und Politiker kommen dort vor allem in den 1950er und 1960er Jahren allenfalls in historischen Kontexten vor. Bis heute wird Politik gern in dokumentarisch-fiktionalen Mischformen verhandelt, und jüngste Versuche, in Deutschland nach amerikanischem Vorbild auch den

---

1 Vgl. etwa Ulrich Sarcinelli (Hg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*, Bonn 1998.

2 Vgl. als Ausnahme: Andreas Dörner, *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt/Main 2001.

„Kernbereich“ von Politik fiktional-unterhaltenden Dramatisierungen zugänglich zu machen („Kanzleramt“, ZDF, 2005) können als gescheitert gelten. Es liegt nahe, diese auffällige Zurückhaltung in Deutschland einerseits auf die allgemeine gesellschaftliche Abwendung von Politik in der Folge des Nationalsozialismus zurückzuführen, andererseits aber auch auf ältere Traditionen des politischen Eskapismus.

Dieser Umstand macht es erforderlich, das Politische nicht nur dort aufzusuchen, wo es explizit wird, sondern auch nach impliziten, gewissermaßen subkutanen Politikvorstellungen zu suchen. Ausgangspunkt ist deshalb ein weiter Politikbegriff, der mit Karl Rohe unter „Politik“ die kommunikative Verständigung über Ordnung versteht, ohne die kein soziales Gefüge dauerhaft bestehen kann. „Ordnungsvorstellungen“ sind freilich ein weites Feld, das wiederum nach pragmatischen Kriterien eingegrenzt werden muss. Dementsprechend konzentriert sich das Vorhaben auf zwei Untersuchungsfelder: Zum einen die Darstellung gesellschaftsbezogener Konflikte und zum anderen die Inszenierung von „Problemlösungen“ und akutem Krisenmanagement. Damit ist es etwa möglich, den stereotyp im Heimatfilm vertretenen Konflikt zwischen rein materiell orientierten Interessen und einem Vertreter höherer, gemeinwohlorientierter Werte zum Gegenstand zu machen, auch wenn in die Auseinandersetzung keine Amtsträger einbezogen sind, es sich also um einen „depolitisierten“, scheinbar privaten Konflikt handelt. Ähnliches gilt für das Problem- bzw. Krisenmanagement: Hier wird davon ausgegangen, dass auch das Engagement eines Kriminalkommissars bei der Lösung eines Falles oder das beherzte und kompetente Eingreifen eines Arztes in einem Notfall als Modell politischen Handelns verstanden werden kann, in dem elementare Ordnungsvorstellungen nicht nur zum Ausdruck kommen, sondern auch maßgeblich mit geprägt werden.

## *2. Dimensionen und Fragestellungen*

Die übergreifenden Fragen der Analyse lassen sich anhand von vier Untersuchungsdimensionen bündeln: Erstens geht es um die Bedeutung und die Persistenz von politisch-kulturellen Traditionen sowie um die spezifischen historischen Voraussetzungen in Westdeutschland nach 1945. Ausgangspunkt ist die vielfach diagnostizierte, tief verwurzelte „harmonistische“ Tradition in der deutschen politischen Kultur, das „Unvermögen, im begrenzten und geregelten Konflikt ein Mittel produktiver Gesellschaftsgestaltung zu erblicken.“<sup>3</sup> Wie wirkten solche nationalen Traditionen nach und wie wurden sie ggf. überformt und verdrängt? Zu berücksichtigen ist hier ferner die spezifische Erfahrung des Krieges und des totalen Zusammenbruchs, die in den mentalen Orientierungen der Nachkriegsgesellschaft tiefe Spuren hinterlassen hat.

---

3 Vgl. Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 14. Aufl., München 1991.

Zweitens ist das Verhältnis zum allgemeinen gesellschaftlich-politischen Kontext der Bundesrepublik zu untersuchen. Welchen Wandlungen unterlagen die Darstellungen von Konflikten und ihrer Bewältigung zwischen den Jahren der „Kanzlerdemokratie“ (Baring), der Reformära der 60er Jahre einschließlich des utopischen Überschusses der Studentenbewegung bis hin zur konservativen Einhegung der 80er Jahre und der sich rasch abkühlenden Euphorie nach der Wiedervereinigung? Welche Rolle spielen die Konstellation der Teilung sowie die Konjunkturen des Kalten Krieges als Erfahrungshintergrund? Bildet sich die sukzessive Internalisierung demokratischer Normen wie Streitigkeit und Legitimität von Interessen, pragmatische Aushandlung und Kompromiss, rechtsstaatliche Einhegung etc. hier ab oder blieben die Vorstellungen eher idealistischen, respektive utopischen Idealen verpflichtet?

Drittens stellt sich die Frage nach kulturellen Transfers und Einflüssen. Unterscheidet man hier „Amerikanisierung“ im Sinne offenkundiger kultureller Einflüsse von „Westernisierung“ als Transfer westlicher, insbesondere amerikanischer politischer Ideen und Konzepte<sup>4</sup>, so wäre zu fragen, ob sich beispielsweise die Konfliktlösungsmuster tatsächlich „westernisiert“ haben, ob sich das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft und Individuum und Staat einschließlich der damit verbundenen Erwartungen wirklich amerikanischen Vorstellungen angeglichen haben. Wie wurden die strukturellen funktionalen Unterschiede des politischen Systems verarbeitet? Gab es jenseits offenkundiger oberflächlicher Merkmale eine Angleichung politisch-kulturelle Traditionen?

Schließlich ist viertens eine Dimension zu berücksichtigen, die sich mit „Medialisierungslogiken“ bezeichnen lässt und die teilweise eng mit der Frage nach „Amerikanisierung“ verbunden ist: Gemeint ist die Kommerzialisierung des Mediensektors und zunehmende Dominanz von Unterhaltungsformaten, die nicht nur Einflüsse auf die mediale Darstellung von Politik hat, sondern, wie eingangs angedeutet, auch auf den Politikbetrieb selbst und seine Institutionen zurückwirkt. Hier ist insbesondere von Interesse, inwiefern und in welchem Maße die Darstellung politischer Handlungszusammenhänge und die ihnen zugrunde liegenden Normen ihrerseits von medialen Dramatisierungszwängen, Stereotypisierungen etc. beeinflusst und geprägt wurden.

### *3. Zum Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik: Hypothesen*

Beobachter der aktuellen deutschen Fernsehlandschaft und speziell des Kriminal-Genres haben darauf aufmerksam gemacht, dass sich dort mittlerweile eine „Kultur des Ungehorsams“ etabliert hat, in der verbeamtete Kommissare sich regelmäßig über Regeln und Dienstvorschriften hinwegsetzen, die Anweisungen ihrer häufig als bürokratisch oder als übervorsichtig gezeichneten Vorgesetzten igno-

---

4 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.



rieren, um mit höchstem persönlichen Einsatz der Gerechtigkeit und dem Guten zum Sieg zu verhelfen.

Diese Idealisierung von zivilem Ungehorsam beleuchtet schlaglichtartig einen tief greifenden Wandel der politischen Kultur in Deutschland. Denn bleibt man im Sujet und betrachtet die Figur des deutschen Fernseh-Kommissars im Zeitverlauf, dann wird schnell deutlich, dass die Überschreitung von Kompetenzen, Regeln und Gesetzen der Figur lange fremd war. Weder kann man sich den „Kommissar“ (Eric Ode) als notorischen Rebellen vorstellen, noch seine Nachfolger „Derrick“ (Horst Tappert) oder den „Alten“ (Siegfried Lowitz). Ohne Zweifel reflektiert die Figur des Kommissars bis in die 1970er Jahre die etatistische nationale Tradition; es handelte sich um die unhinterfragbare Verkörperung des Gesetzes und des Gemeinwohles, um einen autoritären Sachwalter von Sicherheit und Ordnung. Erst danach deutet sich hier ein grundlegender Wandel an, den man als „anti-etatistische Wende“ bezeichnen kann, und der mit einer gewissen Verzögerung Anfang der 80er Jahre in der Person des Tatort-Kommissars „Schimanski“ (Götz George) dann auch das Kriminal-Genre erreicht; „Schimanski“ verkörpert praktisch die Negation aller legalistisch-bürokratischen Tradition: Nicht die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung durch die Überführung des Kriminellen ist hier noch Aufgabe des Kommissars, sondern im Gegenteil die Störung der Ordnung eines als korrupt dargestellten politisch-wirtschaftlichen Interessenkomplexes im Sinne eines höheren Gerechtigkeitsprinzips. Bezogen auf das Verhältnis von Individuum und Staat ist damit eine Umkehr des Wertehorizontes verbunden: Während ursprünglich, etwa im Heimatfilm der 1950er Jahre, die Unterordnung unter die Gemeinschaft auch den Königsweg zu individuellem Glück markierte, ist nun, pointiert formuliert, „Widerstand Pflicht“. Das staatsbürgerliche Ideal wandelt sich vom kleinsten Teil einer harmonisch gedachten Gemeinschaft hin zum individualistischen, zivilcouragierten Kämpfer, für den die öffentliche Ordnung mindestens ein Hindernis darstellt, wenn nicht selbst bekämpft werden muss.

Parallelen lassen sich auf dem Feld der Konfliktdarstellung zeigen. In den 1950er Jahren waren Konflikte, wo sie denn stattfanden, entweder innere Konflikte, die das Individuum mit sich selbst ausmachen musste, oder es waren illegitime Konflikte, die durch Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ bereinigt wurden. Beginnend in den 1960er Jahren lässt sich die Tendenz ausmachen, agonale Konflikte als normal darzustellen. Damit einher geht allerdings auch die zunehmende Tendenz, Gewalt als normales, wenn nicht legitimes Mittel der Konfliktlösung zu inszenieren.

Die beschriebenen Tendenzen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich keineswegs linear und kontinuierlich durchsetzen. Vielmehr scheinen sie sich in populären Mediendarstellungen gegenüber den politischen Zäsuren (wie z. B. der Studentenrevolte von 1968) einerseits mit einer gewissen Verzögerung niederzuschlagen, zum anderen existieren ältere und neuere Muster z. T. über lange Zeiten parallel. So repräsentiert beispielsweise die Kriminalserie „Derrick“ noch bis zu ihrer Einstellung 1998 eher das traditionelle Ideal eines patriarchalischen

Kommissars, der „Ruhe und Ordnung wiederherstellt“, während parallel längst andere, weibliche und eher zivilcouragierte Idealfiguren popularisiert wurden. Diese charakteristische „Ungleichzeitigkeit“ der Diskurse dürfte nicht zuletzt auf generationell unterschiedlich geprägte Publika verweisen.

Obwohl man insgesamt gleichwohl von einem massiven Wandel der politischen Kultur sprechen kann, der sowohl das Bild des Bürgers, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft als auch die Darstellung von Politikern bzw. deren Substitutionen erfasst hat, ist damit die Frage nach den transnationalen Einflüssen noch nicht beantwortet. Hypothetisch wird hier davon ausgegangen, dass nationale Traditionen und Erfahrungen hier jenseits oberflächlicher Phänomene von erheblicher Bedeutung sind. So stellt das harmonisch-utopische Konsensideal und die damit verbundene Ordnungsfixiertheit der 1950er Jahre nicht nur eine Verlängerung älterer politischer Traditionen dar, sondern ist vor allem auch als Reaktion auf die verstörende Erfahrung von Krieg und totalem Zusammenbruch zu verstehen. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang auch, ob die auffällige Zurückhaltung und zumindest partiell auch ablehnende Haltung gegenüber institutionalisierter Politik und Politikern in den populären Darstellungen nicht eine lang anhaltende nationale Tradition fortführt.

Insgesamt deutet sich an, dass der Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik zwischen nationalen Traditionen und Erfahrungen, transnationalen Einflüssen und Medialisierungslogiken durchaus ambivalente Wirkungen gezeitigt hat: So geht mit der zunehmenden Anerkennung von Gesellschaft als heterogen und notwendig konflikthaft keinesfalls auch immer die Anerkennung ziviler Mittel der Konfliktaustragung einher; das zivilcouragierte Ideal des Bürgers scheint zumindest dann problematisch, wenn damit die pauschale Ablehnung von Institutionen verbunden ist und die Frage nach der Legitimation der jeweiligen „höheren“ Werte nicht aufkommt. So möchte das Projekt aus seiner spezifischen Perspektive dazu beitragen, die etablierten Aufstiegs- oder Abstiegserzählungen über die Bundesrepublik kritisch zu hinterfragen und einer differenzierteren Sicht Vorschub zu leisten.<sup>5</sup>

---

5 Vgl. in diesem Sinne zuletzt: Andreas Rödder, Das „Modell Deutschland“ zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 3/2006, S. 345-363.

**KATHOLISCHE LAIEN IM KALTEN KRIEG.  
Vergleichende Studien zur „Katholischen Aktion“  
in Deutschland, Frankreich, Polen, Ungarn und Italien (1945–65/70)**

**Klaus Große Kracht und Árpád von Klimó**

Die Zeitgeschichtsforschung zu Religion und christlichen Kirchen hat bisher noch kaum blockübergreifende, vergleichende Themen bearbeitet.<sup>1</sup> Insbesondere die katholische Kirche mit ihrem ultramontanen Bezug auf das kirchliche Oberhaupt in Rom lädt zu vergleichenden Untersuchungen ein, basiert die Vorstellung von Katholizität doch auf einer einheitlichen, geschlossenen und überall gleichen Bestimmung des „Katholischen“.<sup>2</sup> In den beiden am ZZF derzeit durchgeführten Projekten wird „Katholizismus“ oder „Katholische Aktion“ aus diesem Grund nicht als festes, quasi gegebenes Milieu oder Organisationsstruktur aufgefasst, wie häufig üblich, sondern danach gefragt, wie unter sehr unterschiedlichen politischen, kulturellen und kirchengeschichtlichen Kontexten diese sehr von Umständen und Gegebenheiten abhängigen Konzepte in der Nachkriegszeit unter dem Eindruck des Kalten Krieges gefüllt wurden.

In dem Projekt „Neokonfessionalismus oder ‚zivile‘ Religion? Die ‚Katholische Aktion‘ in Deutschland im Vergleich mit Frankreich und Polen (1945–1965)“ werden am Beispiel katholischer Laiengruppierungen in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik die religiös-kulturellen Akzeptanzrahmen säkularisierter, rechtsstaatlicher Herrschaft untersucht. Analysiert werden die gesellschaftlichen und politischen Ordnungsvorstellungen katholischer Laien, die sich zwischen 1945 und etwa 1965 dem Geist der *Actio Catholica*, einer weltweiten päpstlichen Mobilisierungskampagne zur ‚Verchristlichung der Gesellschaft‘, verpflichtet fühlten. Was genau unter „Katholischer Aktion“ im Einzelnen verstanden wurde, blieb jedoch selbst in päpstlichen Verlautbarungen im Unklaren. So konnten unter dem Begriff sowohl Ideen eines ‚christlichen Sozialismus‘ als auch neo-integralistische Ideen einer ‚Königsherrschaft Christi‘ zirkulieren. Milieübergreifende gesellschaftspolitische Problemlagen (Lastenausgleich, betriebliche Mitbestimmung etc.) ließen sich mit dem Schlagwort ebenso in Verbindung bringen wie spezifisch konfessionelle Interessen (Bekennerschule, Gottesbezug in der Verfassung etc.). Auch in organisatorischer Hinsicht blieb der Begriff, der eine Alternative zum traditionellen Verbandska-

---

1 Eine der wenigen Ausnahmen bildet die Zeitschrift „Kirchliche Zeitgeschichte. Internationale Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft“, die seit 1988 erscheint. – Vgl. auch Dianne Kirby, Religion and the Cold War – An Introduction, in: dies. (Hg.), Religion and the Cold War, Houndsmills u. a. 2003, S. 1-23; David Martin, Integration und Fragmentierung. Religionsmuster in Europa, in: Transit. Europäische Revue 26 (2003), S. 120-143.

2 Über die Schwierigkeit, etwa Italien als „katholische Nation“ zu bestimmen: Andrea Riccardi, La nazione cattolica, in: Agostino Giovagnoli (Hg.), Interpretazioni della Repubblica, Bologna, 1998, S. 47-62.

tholizismus suggerierte, ohne jedoch konkrete Ordnungsvorgaben zu beinhalten, unklar und schillernd.

Das Projekt setzt deshalb an der lokalen Ebene an und untersucht exemplarisch zwei Umsetzungsversuche der Katholischen Aktion in Westdeutschland nach Kriegsende, die für die weitere Entwicklung des organisierten Laienkatholizismus der Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung waren: Die Frankfurter „Katholische Volksarbeit“ um Walter Dirks und die daraus hervorgegangene überregionale „Arbeitsgemeinschaft katholischer Laienwerke“ einerseits sowie andererseits das „Diözesankomitee der Katholikenausschüsse in der Erzdiözese Köln“, in dem das organisatorische Modell des späteren „Zentralkomitees der deutschen Katholiken“ (ZdK) erprobt wurde. Die beiden exemplarisch ausgewählten Gruppierungen unterscheiden sich vor allem in ihrem praktischen und kirchlichen Selbstverständnis: Während die Frankfurter Gruppe von der Idee eines ‚mündigen Laientums‘ getragen wurde und den Auftrag der *Actio Catholica* im Bereich der lokalen, städtischen, aber auch überregionalen (Zivil-)Gesellschaft verwirklichen wollte, strebte das ‚Kölner Modell‘ – wie es bereits zeitgenössisch genannt wurde – nach einem repräsentativen Zusammenschluss aller wichtigen Laienkräfte auf Diözesanebene im Sinne des Aufbaus einer organisierten Interessenvertretung, vergleichbar mit den großen gesellschaftlichen Verbänden und berufsständischen Korporationen. Das ‚Kölner Modell‘ gewann dabei, so lässt sich anhand der Quellen verfolgen, die Unterstützung des deutschen Episkopats, der den Aufgabenbereich der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Laienwerke“ einschränkte und mit dem 1952 gegründeten „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ das ‚Kölner Modell‘ auf die überdiözesane, gesamtgesellschaftliche Ebene übertrug.

Der auf den deutschen Umsetzungsversuchen der *Actio Catholica* liegende Fokus des Projektes wird durch vergleichende Blicke auf Frankreich und Polen konturiert, um so die politisch-weltanschaulichen Transformationsprozesse des deutschen Katholizismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in europäischer Perspektive wahrzunehmen. Der Vergleich mit der laizistisch-demokratischen französischen Republik und der – zumindest von 1948 bis 1956 – dezidiert antikirchlichen staatssozialistischen polnischen Volksrepublik soll die institutionellen politischen Rahmen rekonstruieren helfen, in denen sich die Umsetzungsversuche der Katholischen Aktion in den einzelnen Ländern jeweils entfaltet haben. Während in der Bundesrepublik aufgrund der „hinkenden Trennung von Staat und Kirche“ (U. Stutz) der katholischen Kirche von Seiten des Staates ein öffentliches Mandat durchaus zuerkannt wurde (etwa in der Besetzung von Rundfunkräten), war die katholische Kirche in Frankreich auf die Gesellschaft als Betätigungsfeld eingeschränkt, ohne über staatlich sanktionierte Einflussmöglichkeiten zu verfügen. In Polen wurde die Kirche hingegen ab 1948 auch aus der Gesellschaft in den privaten Bereich abgedrängt, was jedoch keineswegs auf eine Privatisierung der Religion hinauslief, die vielmehr in dezidiert Frontstellung zum Staat verharrte. Auf die politische Integration der Katholiken – und damit auf die Ausgestaltung der Katholischen Aktion in den drei

Ländern – hatten die unterschiedlichen Staatskirchensysteme zentralen Einfluss: Während in der französischen *action catholique* eine ‚missionarische‘, auf Wiedergewinnung verlorener gesellschaftlicher Bereiche zielende Haltung vorherrschte, war die Katholische Aktion in Westdeutschland vor allem defensiv auf den Erhalt traditioneller Machtbastionen ausgerichtet. In Polen hingegen dominierte eine integralistische Sicht unter den ehemaligen Aktivisten der *Akcja Katolicka*, die sich unter den neuen politischen Gegebenheiten, denen sie jegliche Legitimität absprachen, kaum regenerieren konnte.

Das Projekt beabsichtigt keinen symmetrischen Vergleich der drei Länder; im Mittelpunkt stehen vielmehr die Umsetzungsversuche der Katholischen Aktion in Deutschland, die jedoch im europäischen Kontext verortet werden sollen (hinsichtlich des polnischen Vergleichsfalls mit Unterstützung einer polnischen Kooperationspartnerin). Untersucht wird im Kern die Transformationsgeschichte des westdeutschen Laienkatholizismus von einer defensiven, liberalismuskritischen und milieugebundenen Konfessionsgruppe hin zu einem mehrheitsorientierten, zivilreligiösen ‚Konsenskatholizismus‘, in dem die konfessionelle Identität immer stärker hinter die Akzeptanz bürgerlich-liberaler Werte zurücktrat. So verlor gerade in Westdeutschland der Katholizismus seinen konfessionalistischen ‚Eigensinn‘, den er vor allem in Polen, in Teilen aber auch in Frankreich bis weit über das Zweite Vatikanische Konzil hinaus behielt. An die Stelle der erwarteten ‚Verchristlichung der Gesellschaft‘ trat vielmehr eine ‚Vergesellschaftung der Christen‘, und die ‚politische Form‘ des Katholizismus, die Carl Schmitt Mitte der 1920er Jahre noch so sehr bewundert hatte, war fünfzig Jahre später – zumindest in der Bundesrepublik – bis zur Unkenntlichkeit verblasst.

Das Projekt „Katholische Selbstverständigung unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie“ untersucht das Beispiel der Katholischen Aktion in Ungarn und Italien im Spannungsfeld von „Amerikanisierung“ und „Sowjetisierung“ (1945–1969). Während die kommunistische Diktatur in Ungarn die katholische Kirche zu marginalisieren versuchte (Sowjetisierung), hatte diese in Italien lange Zeit einen privilegierten Zugang zu den christdemokratischen Regierungen. 1964 handelte der Vatikan mit Ungarn eine Vereinbarung aus – zum ersten Mal mit einem staatssozialistischen Regime. Die Studie vergleicht die Veränderungen im Selbstverständnis katholischer Laien in beiden Ländern am Beispiel der „Katholischen Aktion“ und fragt nach deren Integration in das jeweilige politische System oder aber nach der Bewahrung eines katholischen Eigensinns. Die Studie fragt *zweitens* nach Gemeinsamkeiten im katholischen Selbstverständnis über die Blockgrenzen hinweg, insbesondere in Bezug auf Erfahrungen mit einer neuen Konsumkultur (Amerikanisierung), die beide Gesellschaften seit den 1960er Jahren nachhaltig veränderte. Transnationale Verflechtungen der katholischen Diskurse, die *dritte* Untersuchungsebene der Arbeit, werden im Hinblick auf normative Aspekte der katholischen Selbstbilder beleuchtet.

Während es zur *Azione Cattolica* bereits zahlreiche Arbeiten gibt, stützt sich das Projekt für den ungarischen Fall auf umfangreiche Archivrecherchen, besonders

im „Historischen Archiv der Ungarischen Staatssicherheitsdienste“ (Állambiztonsági Szolgálatok Történelmi Levéltára, ÁBTL). Die ungarische Stasi dokumentierte beispielsweise die umfangreiche – im sozialistischen Staat als „illegal“ betrachtete – Jugendarbeit der Priester- und Laienvereinigung Regnum Marianum. Die Priester der 1951 offiziell aufgelösten Kongregation begannen, nachdem sie über das ganze Land verstreut wurden, und dort teilweise als Pfarrer, teilweise auch als Arbeiter tätig waren, überall kleine Jugendgruppen ins Leben zu rufen, was sich als sehr erfolgreich erwies. Auch drei groß angelegte und medial inszenierte Prozesse gegen einige der aktiven ehemaligen Regnum-Patres und einiger engagierter Laien 1961, 1965 und 1971 erwiesen sich nicht als geeignetes Mittel, die Rekrutierungsarbeit entscheidend zu beeinträchtigen, wie die Vielzahl von Priestern unterstreicht, die aus den Jugendgruppen hervorgingen. Die Attraktivität dieser Jugendgruppen scheint sich aus einer komplexen Mischung unterschiedlicher Motive gespeist zu haben: Die meisten Jugendlichen kamen aus religiös geprägten Elternhäusern, viele hatten die sechs verbliebenen katholischen Knaben- und Mädchenschulen des Landes besucht.

Katholizität galt im kommunistischen Ungarn als „westlich“ und wurde gerade bei Angehörigen ehemals führender, nun als feindlich eingestufter Schichten argwöhnisch beobachtet: Problematisch wurde dieser Versuch der Marginalisierung aber dann, wenn ausgerechnet in katholischen Kleingruppen moderne, westliche Ideen und Werte diskutiert und gepflegt wurden – das war im Zusammenhang mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–65) und den Jahren danach der Fall –, die als modern galten: Antiautoritäre Ideen und Beziehungen, offener Dialog zwischen Priestern und Laien, Gesellschaftskritik (besonders gegen „Konsum“ und „Materialismus“), Entdeckung des Nord-Süd-Konfliktes, Orientierung am „Urchristentum“, das manchmal auch gewisse Ähnlichkeit mit modernen Strömungen der Popkultur aufwies (lange Haare, Sandalen, einfache Kleidung, Gitarren usw.). Dennoch konnten illegal oder halblegal (in Pfarreien) tätige Gruppen wie Regnum Marianum kein Ersatz für die zahllosen katholischen Vereine und Verbände sein, die 1946–48 von den kommunistischen Innenministern verboten worden waren. Bis 1946 waren etwa eine Million Ungarinnen und Ungarn noch in katholischen Organisationen und Verbänden organisiert, was fast einem Zehntel der Bevölkerung entsprach. Das Projekt untersucht aber weniger die quantitativen als vielmehr die qualitativen Veränderungen des ungarischen Katholizismus, der von einem eng an die Kirche gebundenen und von ihrer Hierarchie kontrollierten, geschlossenen Verband zu einem auch nach außen sehr viel offeneren und pluralen Netz von Bischöfen, Priestern und Laien wurde, was nur zu einem geringen Teil mit der Verfolgung durch staatliche Organe und durch Diskriminierung von aktiven Gläubigen zu erklären ist.

Der Vergleich mit Italien, wo es bis Ende der 1950er Jahre ebenfalls einen sehr breiten, sehr geschlossen antikommunistisch auftretenden Verbandskatholizismus unter dem Dach der „Katholischen Aktion“ gab, verweist vielmehr auf andere Ursachen für die Transformation des Katholizismus in Europa. Auch im

christdemokratisch regierten Italien schrumpfte in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Mitgliederzahl der *Azione Cattolica* von ca. 2,5 Millionen auf nur noch eine halbe Million dramatisch.<sup>3</sup> Auch dort machten sich seit Mitte der 1960er Jahre katholische Kleingruppen (später: „Basisgemeinden“) breit, die eine ganz neue, mit zeitgenössischen Elementen (Individualismus, zugleich: Gruppenbildung, antiautoritäre Strömungen, Hippie-Kultur) katholische Strömung repräsentierten und sich stark im Gegensatz zur „oberflächlichen“ Konsumgesellschaft definierten.

Schon in den 1950er Jahren hatten sich nicht nur innerhalb der Democrazia Cristiana, die sich von einer katholischen zu einer italienischen Partei entwickelte, erste Risse im scheinbar geschlossenen italienischen Katholizismus gezeigt. Während Italien wie auch Ungarn, wo Kardinal Mindszenty im Marienjahr 1947/48 hunderttausende Gläubige mobilisierte, die massenhafte Beteiligung an Veranstaltungen der Katholischen Aktion erlebte, ging das Engagement *in dieser Form* zurück. Es verlagerte sich auch in der italienischen Nachkriegsdemokratie in spontanere, intensivere, individualistischere Organisationsformen. Das Zweite Vatikanische Konzil legte den Grundstein für ein Wiedererstarken des Laienkatholizismus in vielfältigen Formen. Dies gilt sowohl für Ost- wie auch für Westeuropa. Warum und auf welche Weise dies geschah, bleibt Gegenstand der Forschung.

---

3 Vgl. Árpád von Klimó, Der Wandel des mondo cattolico (1945-1958). Neuere Forschungen zum italienischen Laienkatholizismus in der Nachkriegszeit, in: Historisches Jahrbuch (Görres Gesellschaft) 126/2006.

**URLAUB VOM STAAT.  
Zur Geschichte des Tourismus in der DDR**

**Christopher Görlich**

Das Doktorandenprojekt „Urlaub vom Staat. Zur Geschichte des Tourismus in der DDR“ untersucht den Urlaub der DDR-Bürger. Im Mittelpunkt des Vorhabens stehen die vom Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) organisierten, meist zweiwöchigen Aufenthalte in Ferienheimen. Der Feriendienst des FDGB war aber zu jedem Zeitpunkt weit davon entfernt, eine Monopolstellung bei der Vermittlung und Durchführung von Urlaubsreisen innezuhaben. Vielmehr lag der Anteil der unter Regie des Feriendienstes veranstalteten Reisen teilweise weit unter 50 Prozent.<sup>1</sup> Sein Angebot stand immer wieder in Bezug zu anderen Reiseformen (u. a. Ferien mit dem Reisebüro der DDR, Camping, „Privatreisen“), da die DDR-Bürger vor ihrer Reisescheidung die unterschiedlichen Formen gegeneinander abwogen und später am Urlaubsort stets mit den anderen Urlaubsarten konfrontiert wurden. Daher strebt das Projekt keine isolierte Betrachtung des Feriendienstes an. Es will vielmehr gespiegelt am Feriendienst den Tourismus in der DDR mit seinen unterschiedlichen Ausprägungen und ihren Interdependenzen untersuchen.

Ausgehend von den Ansätzen einer politischen Kulturgeschichte stellt das Projekt weniger die sozialgeschichtlichen Aspekte im Vordergrund. Der Urlaub wird vielmehr als alltagsweltliches Integrationsmuster aufgefasst und hinsichtlich seiner Bedeutung für die Stabilität politischer Herrschaft befragt. Gerade am Beispiel der DDR, wo der Staat nicht nur hinsichtlich der Organisation von Urlaub auch in den „schönsten Wochen des Jahres“ immer präsent blieb, bietet es sich an, den Urlaub in erster Linie als „Politikum“ zu betrachten – in dem Sinne, dass er in wesentlichen Teilen von der politischen Agenda bestimmt wurde.

„Politisierung“ ist daher ein zentraler Begriff für die hier vorgestellte Untersuchung. Der Begriff zielt dabei auf zwei Aspekte. Erstens soll mit diesem Begriff beschrieben werden, wie die DDR den Urlaub zum Gegenstand politischen Handelns machte – nicht nur regulativ auf den mannigfaltigen Gebieten von der Verkehrspolitik bis hin zur Gesundheitspolitik, sondern vor allem durch das Auftreten des Staates als Organisator der Urlaubsreise. Zweitens meint der Begriff „Politisierung“ über diese materiellen Eingriffe hinaus die Zuschreibungen von Bedeutungen und Symbolen sowie die Herausbildung von Diskursordnungen, die schließlich das Reden und Denken über den Urlaub sowie das politische Handeln im Bereich des Urlaubs bestimmten.

Die Politisierungsabsichten seitens des Staates gingen jedoch mit Depolitisierungstendenzen seitens der Urlauber einher. Denn die Bevölkerung versuchte im wachsenden Ausmaß, nicht nur dem Arbeitsalltag, sondern vor allem dem omni-

---

1 Vgl. hierzu die einschlägigen Aufstellungen in den Statistischen Jahrbüchern der DDR.



präsenen Staat, der allgegenwärtigen „Politik“ und ihrem Ordnungsanspruch wenigstens während der Urlaubszeit zu entkommen. Der Urlaub in der DDR wurde im doppelten Sinne „Urlaub vom Staat“.

Die hierin angelegte Spannung schuf Probleme und Konfliklinien, deren Lösung weder auf abgegrenzten Räumen (Nischen) noch allein auf Repression beruhte. Denn auch im Urlaub muss zwar die Parteiherrschaft der SED als Versuch ernst genommen werden, mit repressiver Machtentfaltung und ideologischer Indoktrination die gesellschaftlichen Beziehungen bis in die feinsten Verästelungen der Gesellschaft hinein grundlegend verändern und gestalten zu wollen. Aber es kann nicht *a priori* angenommen werden, dass die Intentionen der Mächtigen eins zu eins umgesetzt wurden. Vielmehr entstanden bei asymmetrischer Machtverteilung Prozesse der Aushandlung und der Kompromissfindung zwischen Bürgern und Staat, woraus schließlich die Spezifika des Urlaubs in der DDR resultierten.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von den ersten Urlaubsreisen, die schon unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder aufgenommen wurden, bis zum Zeitpunkt des Untergangs der DDR, als mit dem Staat auch die spezifischen Urlaubsformen verschwanden, die er hervorgebracht hatte. Dieser lange Untersuchungszeitraum ermöglicht es, die unterschiedlichen Ausprägungen des Urlaubs und ihre Veränderungen in der DDR zu erfassen. Die Bandbreite reicht dabei von den Ferien in der „stalinistischen“ Ära, die nur einer kleinen Zahl von DDR-Bürgern möglich waren und doch den Aufbruch zum Sozialismus zu verkünden schienen, bis zum realsozialistischen Massentourismus, der sich nur noch wenig von westlichen Erscheinungen des Tourismus unterschied.

Die Untersuchung gliedert sich in drei Teile. *Erstens* soll die Entwicklung der Urlaubsorganisation untersucht werden, *zweitens* soll danach gefragt werden, wie die DDR zum Urlaubsland geformt wurde und *drittens* wird analysiert, wie sich der Urlaub auf der Mikroebene ausgestaltete.

### *1. Entwicklung der Urlaubsorganisation*

Der erste Teil der Untersuchung legt den Schwerpunkt auf die Politisierung des Urlaubs durch organisatorische Eingriffe und Ordnungsmaßnahmen des Staates. Es wird danach gefragt, warum der Urlaub zum Gegenstand politisch-organisatorischen Handelns wurde, wie dieses Handeln ausgeprägt war und welchen Gesetzen es folgte, wie es kommuniziert wurde und welche – intendierten und unbeabsichtigten – Folgen es zeitigte.

Zunächst ist festzustellen, dass die Bemühungen um den Urlaub seitens der SED und des FDGB in wesentlichen Teilen eine Reaktion auf Strömungen der „Moderne“ waren. Zum einen hatte sich der Tourismus seit dem 19. Jahrhundert bereits erfolgreich etabliert, zum anderen begann der Siegeszug des fordistisch geprägten Massentourismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, so dass die

neuen Machthaber in der SBZ und der DDR sehr frühzeitig zum Handeln herausgefordert wurden.

Der massive Ausbau des Tourismuswesens der DDR würde gleichwohl missverstanden, wenn er nur als Reaktion auf allgemeine Entwicklungen der Zeit verstanden oder allein als durchaus erfolgreicher Versuch interpretiert würde, dem neuen Staat durch umfangreiche Bereitstellung von Urlaubsmöglichkeiten Legitimation zu verschaffen. Vielmehr standen alle Maßnahmen im Einklang mit der sozialistischen Weltanschauung, die bekanntlich die Dichotomie zwischen Arbeit und Reproduktion aufheben wollte. So lehnten die verantwortlichen Funktionäre die im westlichen Denken angelegte Teilung von Alltag und Urlaub ab. Sie fassten den Urlaub als integraler Bestandteil des Sozialismus auf. Arbeit, Freizeit und Urlaub wurden als Einheit gesehen, die sich nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklichen lasse, in der nicht nur die Produktionsmittel, sondern auch die „Reproduktionsmittel“ im Besitz der Werktätigen sind. Damit blieb der Urlaub quasi utopisch eingebunden in die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Dieses gewissermaßen harmonische und gleichsam utopische Verständnis vom Urlaub löste sich seit den sechziger Jahren jedoch kontinuierlich auf. Im zunehmenden Maße wurde der FDGB-Feriedienst zu einem Dienstleister – zu einem „sozialistischen Neckermann“<sup>2</sup>, dessen politischer Ordnungsanspruch weitgehend verschwand. Der Ruf nach Reisefreiheit wandte sich im Herbst 1989 schließlich nicht nur gegen die Mauer, sondern forderte auch die vollständige Freiheit der Reise vom Staat und verdeutlichte so das finale Scheitern der auf Aufhebung aller Antagonismen basierenden Urlaubsutopien.

## 2. Formung der DDR zum Urlaubsland

Der Ruf nach Reisefreiheit und die Reisewellen, die nach 1989 aus Ostdeutschland über Italien hereinbrachen, verweisen auf eine weitere zentrale Fragestellung, der im Projekt „Urlaub vom Staat“ besonderes Augenmerk zukommt. Es soll untersucht werden, warum die vielfältigen Versuche auf Dauer scheiterten, gleichwertige Urlaubsziele östlich des eisernen Vorhangs zu etablieren.

Damit wird die breite touristische Publizistik in der DDR zum Untersuchungsgegenstand. Denn sie versuchte, die Bürger „mit den Errungenschaften und Schönheiten unserer sozialistischen Heimat, der Deutschen Demokratischen Republik, und der befreundeten sozialistischen Länder vertraut [zu] machen.“<sup>3</sup> Die Analyse von Reiseführern, Reiseberichten und Prospekten stützt sich dabei auf das von Downs und Stea entwickelte Konzept der *mental maps*, der „kognitiven Kar-

---

2 So Hans-Hermann Hertle, Diskussionsbeitrag, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hg. v. Deutschen Bundestag, Bd. II/1, Baden-Baden 1995, S. 340.

3 So Gerhard Wenzel, Vorsitzender des Komitees für Touristik und Wandern (KTW) 1957 im Grußwort zum ersten Heft der Reisezeitschrift „Unterwegs“. Siehe Gerhard Wenzel, Liebe Freunde der Touristik und des Wanderns! In: *Unterwegs* 1 (1957), H. 1, S. 1.

ten“.<sup>4</sup> Eine „kognitive Karte“ stellt eine „strukturierte Abbildung eines Teils der räumlichen Umwelt“ dar und spiegelt die Welt und ihre geographische Ordnung so wieder, „wie ein Mensch, glaubt, dass sie ist“. Kognitive Karten müssen nicht korrekt sein. Vielmehr entsteht durch ihre Konstruktion eine „imaginäre Geographie“, in der sich bloße Landschaften und Städte zu sehens- und besuchenswerten Regionen, zu lohnenswerten Destinationen wandeln, an denen sich „kollektive Phantasien“ entfalten.<sup>5</sup>

Die zeitgenössischen Texte und Fotos transportieren eine Fülle von sehr typischen und typisierten Bildern und Stilisierungen, die zwar im Zeitverlauf immer wieder modifiziert, nicht aber grundlegend verändert wurden. Sie stellten den Kern dessen dar, was zu „kognitiven Karten“, „imaginären Geographien“ sowie „kollektiven Phantasien“ bezüglich des Reiselandes DDR werden sollte. Neben schwärmerischen Ausführungen zu Landschaften und den kulturellen Zeugnissen aus Geschichte und Gegenwart wurden vor allem die auch in anderen Kontexten herausgestrichenen Vorzüge des Sozialismus reproduziert. Auch in der touristischen Literatur wurde immer wieder der Bruch mit der Vergangenheit betont sowie die Abgrenzung vom Westen und die Zerteilung der Welt in Freund und Feind, neu und alt, gut und böse aufs Neue vollzogen.

Unweigerlich musste daher auch der Westen immer wieder zum Thema der touristischen Literatur werden, was sich zu einer wahren „Vergleichswut“ steigern konnte. Warschau wurde mit Amsterdam verglichen, Moskau musste sich mit Rom und Paris messen. So negativ der Westen in diesen Vergleichen auch abschnitt – er blieb auf diese Weise in den Köpfen der DDR-Bürger stets präsent und in der kollektiven Phantasie wirkungsmächtig.

### *3. Ausprägung des Urlaubs auf der Mikroebene*

Nach diesen eher makroperspektivisch angelegten Untersuchungen soll im dritten Teil der Arbeit die Mikroebene einbezogen und sollen konkrete Konflikte beleuchtet werden. Hierbei soll die bislang vorherrschende Interpretation des Urlauberverhaltens als Rückzug in vermeintlich unpolitische Nischen überwunden werden und die Beziehungen zwischen dem Staat und dem Urlauber im Rahmen des Konzeptes der „Herrschaft als sozialer Praxis“ analysiert werden.

Es werden hierbei drei Aspekte beachtet, die im Folgenden nur kurz angedeutet werden sollen: (1) die Verteilung der Urlaubsplätze, (2) das Verhalten von Urlaubern und Funktionären am Urlaubsort und schließlich (3) die Rezeption und „Verarbeitung“ des Urlaubs.

(1) Durch die Mängel der Planwirtschaft, vor allem aber fehlende Mechanismen, die zwischen Angebot und Nachfrage vermittelten, entstand eine permanente Un-

---

4 Vgl. Christoph Conrad (Hg.), *Mental Maps*, Göttingen 2002 (d. i. *Geschichte und Gesellschaft*, 28 (2002), H. 3).

5 Roger M. Downs/David Stea, *Kognitive Karten. Die Welt in unseren Köpfen*, hg. von Robert Geipel, übersetzt von Daniela und Erika Geipel, New York 1982, S. 23f.; Christoph Hennig, *Reiselust, Touristen, Tourismus und Urlaubskultur*, Frankfurt/Main 1999, S. 95.

terversorgung mit Urlaubsplätzen – nicht zuletzt, weil sich auch in der DDR die Entwicklung zum Massentourismus vollzog. In Einzelgewerkschaften, Betrieben, Städten und Dörfern bildete sich daher ein schwunghafter Handel heraus, der vom groß angelegten Schwarzmarkt für Ferienschecks bis zu vertraglich festgelegten Vereinbarungen reichen konnte – wie etwa die Bereitstellung von Ferienplatzkapazitäten seitens einzelner Ferienheime und Campingplätze gegen die Lieferung von Gemüse und Obst durch Kleingartenanlagen.

(2) Die Notwendigkeit der Kompromissfindung endete jedoch selten mit dem Erhalt des Ferienplatzes. Während der Staat dem Urlaub nicht zuletzt erzieherische Funktionen zuschrieb und die „kulturelle Betreuung“ der Urlauber dementsprechend gestaltete, entwickelten die Urlauber vielfältige Formen, sich diesen Einflüssen zu entziehen. Auch hinsichtlich des FKK-Badens, in der Frage, ob unverheiratete Paare zusammen ein Zimmer belegen durften und im Umgang mit Kindern, in denen die Verantwortlichen anfangs nur Störungen des Erholungswertes sahen, ohne die Bedürfnisse der Familien zu berücksichtigen, tauchten Konflikte auf, deren Lösung selten den Intentionen der politischen Führung entsprach.

(3) Letztlich beschäftigt sich das Projekt mit der Frage, wie der Urlaub in seiner spezifisch sozialistischen Form von den Urlaubern wahrgenommen wurde. Denn gerade für die Stabilität und Legitimität der DDR darf die Bedeutung eines *schönen* Urlaubs nicht außer Acht gelassen werden. Es reicht folglich nicht aus, Organisation, Konstruktionen und Konflikte zu analysieren und dabei ungeklärt zu lassen, warum sowohl in der zeitgenössischen Wahrnehmung als auch in der Erinnerung der DDR-Bürger eine durchaus positive Rezeption des Urlaubs erfolgte. An Hand von Eingaben, Briefen und Postkarten, die als Erzählungen aus dem Urlaub gelesen werden können, soll untersucht werden, wie auch die Bewertung des Urlaubs als Ausdruck „eigen-sinnigen“ Verhaltens zustande kam.

**„DAS RAD DER GESCHICHTE EIGNET SICH NICHT FÜR UNSERE STRABEN!“  
Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland  
Internationale Konferenz, Potsdam, 30. Juni – 1. Juli 2006**

**Matthias Schwartz**

Unter dem Titel „Das Rad der Geschichte eignet sich nicht für unsere Straßen!“ fand am 30. Juni und 1. Juli 2006 am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam eine Internationale Konferenz zu dem Thema „Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland“ statt. Ziel der Konferenz war es, so die Organisatoren *Lars Karl* und *Igor J. Polianski*, fünfzehn Jahre nach dem Ende der Sowjetunion erstmals ausgewählte Aspekte der pluralistischen, „stellenweise sehr heterogenen Erinnerungslandschaft“ in vergleichender Perspektive zu analysieren, um sich „der gesellschaftlichen Funktion von ‚Geschichte‘ im heutigen Russland“ zu nähern. Mit diesem Ansatz wollten sie einer manchmal recht eindimensionalen, auf die staatliche Geschichtspolitik fixierten Darstellung Russlands nicht nur in den deutschen Geschichtswissenschaften, sondern auch in der breiteren Öffentlichkeit entgegenwirken.

Dieses engagierte Selbstverständnis brachte der Direktor des ZZF, Martin Sabrow, in seinem Begrüßungsstatement mit den Worten zum Ausdruck, dass es angesichts einer neuartigen Welle von Erinnerungskultur Aufgabe der Zeitgeschichte sei, sowohl als begreifender Beobachter wie auch als eingreifender Akteur dabei zu sein, wenn sich der „Resonanzraum Europa“ in einer Welle nationaler Vergangenheitsbewältigungen verändere.

*Jutta Scherrer* (Centre Marc Bloch, Berlin/Haute École des Études en Sciences Sociales, Paris) nahm diese Einleitungsworte in ihrem Eröffnungsvortrag „Erinnern und Vergessen: Russlands Umgang mit Geschichte in einer europäischen Perspektive“ dankbar auf, indem sie darlegte, wie sich ihre Sicht auf Russland durch ihre langjährige Arbeit in Paris geändert habe. Denn habe sie aus deutscher Perspektive die von staatlicher Seite forcierte Konstruktion einer neuen nationalen Identität im postsowjetischen Russland äußerst kritisch gesehen, so hätte sie diese Einschätzung aufgrund ihrer französischen Erfahrung zurücknehmen müssen. Denn die essentialistische Frage „Wer sind wir?“ werde in Frankreich ebenso oft wie in Russland als schwere Identitätskrise diskutiert. Auch wenn man den Blick auf die USA oder nach Japan richte, finde man ähnliche Auseinandersetzungen, weswegen man davon abkommen müsse, Russlands Umgang mit der Geschichte einzig transitologisch aus der Umbruchsituation heraus zu erklären. Im zweiten Teil ihres Vortrags analysierte sie anhand der Ausarbeitung neuer Lehrbücher für die Universitäten die Besonderheiten staatlicher Geschichtspolitik in Russland. So sei in der Bildungspolitik seit 1992 die sog. „Kulturologie“ als Pflichtfach für alle Universitätsstudiengänge an die Stelle des ehemaligen Marxismus-Leninismus getreten: Wo dieser alles auf die Ökonomie zurückgeführt habe, sei jetzt umgekehrt alles eine Frage der Kultur, wobei insbesondere in

Bezug auf das vorrevolutionäre Russland und die russisch-orthodoxe Kirche ein stark verklärtes Bild gezeichnet werde. Insgesamt sei jedoch die russische Suche nach einer neuen Identität im internationalen Vergleich nichts Besonderes und lasse sich wie bei anderen Ländern auch mit dem Verlust der Stellung einer Supermacht und aus den Folgen der kapitalistischen Globalisierung erklären.

In der ersten Sektion der Tagung „Das postsowjetische Russland als gedächtnis-theoretische Herausforderung“ wurde diese Differenzierung der Einschätzung russischer Geschichtspolitik fortgesetzt. Der Soziologe *Andreas Langenohl* (Justus-Liebig Universität Giessen) hob in seinem Beitrag „Erinnerung als Modus intellektueller Selbstadressierung“ noch einmal die in ihrer Art einzigartige demokratische Kritiktradition im postsowjetischen Russland hervor, wie sie sich in den Auseinandersetzungen um die Vergangenheit seit der Glasnostzeit bis in die 1990er Jahre entwickelt habe. Die Ethnologin *Olga Kourilo* (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) zeigte hingegen am Beispiel der sowjetischen und postsowjetischen Denkmäler, wie der „Wandel der Erinnerungslandschaften im heutigen Russland: Zwischen sowjetischem und postsowjetischem Denken“ zu „hybriden Erinnerungsarten“ geführt hat, an denen generell eine Tendenz zur Nationalisierung und Konfessionalisierung des Erinnerns zu beobachten sei. Die Politologin und Sozialwissenschaftlerin *Elke Fein* (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) analysierte die postsowjetische Erinnerungskultur in Russland am Beispiel der Aktivitäten der Menschenrechtsvereinigung Memorial. Im Umgang staatlicher Institutionen mit dieser Organisation zeige sich, dass es von offizieller Seite noch an „Leitplanken der Erinnerung“ fehle, während die mediale Dominanz des Staates umgekehrt verhindere, dass eine Kooperation oder offene Konkurrenz zwischen verschiedenen Konzepten der Erinnerungspolitik stattfinden könne. Daher müsse man eher von einer Koexistenz verschiedener Milieus in einer noch „rudimentären Zivilgesellschaft“ reden.

In der zweiten Sektion „Geschichte als Fest“ widmete sich *Isabelle de Keghel* (Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen) dem Thema: „Der „Tag der nationalen Einheit“ in der Russländischen Föderation. Zum Abschied von der revolutionären Tradition im postsowjetischen Feiertagskanon“, indem sie die Problematik einer von staatlicher Seite initiierten Einführung eines neuen Festkalenders zuerst in der Jelzin- und dann in der Putin-Ära analysierte. Nachdem der Versuch gescheitert war, in der pluralisierten Erinnerungskultur der 1990er Jahre anstelle des Feiertags der Oktoberrevolution am 7. November einen „Tag der Harmonie und Versöhnung“ zu installieren, wurde unter Putin mit Unterstützung verschiedener staatlicher und regierungsnaher Institutionen der 4. November zum „Tag der nationalen Einheit“ erklärt, der unter Verweis auf die politisch instabile Übergangsphase zur Romanov-Dynastie Anfang des 17. Jahrhunderts „das Ende der Zeit der Wirren“ feiern sollte. Sowohl die sich hieran entzündende kritische Debatte als auch das Desinteresse des Großteils der Bevölkerung, der ihn einfach als arbeitsfreien Tag hinnahm, mache deutlich, dass der Staat sein Monopol auf die Erinnerungskultur verloren habe. In eine ähnliche Richtung ging auch die Argumentation von *Konstantin Tsimbaev* (Lomonosov-Universität,

Moskau), der anhand des Jubiläums als einer Sonderform des Festes zeigte, dass Feiertage als Inszenierung einer Gemeinsamkeit von herrschenden Kreisen und Bevölkerung ihre Bedeutung verloren hätten. Er stellte anhand der Masse von Jubiläumsfeierlichkeiten seit 1992 ein regelrechtes „Jubiläumsfieber“ fest, das jedoch meist nur unter Ausschluss der breiten Öffentlichkeit als „Selbstfest der Eliten“ funktioniere und als Krisensymptom der örtlichen Führungsschichten zu deuten sei, auch wenn bislang unklar bliebe, ob man es auch als politische Krise bewerten könne.

Die dritte Sektion des ersten Konferenztages widmete sich dann der „Geschichte als Fiktion und Utopie“ am Beispiel der populären Literatur und des avantgardistischen Filmes. *Matthias Schwartz* (Osteuropa-Institut, FU Berlin) analysierte in seinem Beitrag „Postimperiale Erinnerungsbilder. Zum Umgang mit der Geschichte in der russischen Populärkultur“, wie in den äußerst populären Genres der Pseudogeschichte, Kryptogeschichte und Alternativen Geschichte Narrationen und Topoi der sowjetischen Geschichtsschreibung und postsowjetischen Gegenwart aufgenommen werden. In der fiktionalen Enttabuisierung und fantastischen Mystifizierung der Geschichte äußere sich ein grundsätzlicher Zweifel an jeder Art staatlicher Geschichtspolitik. *Igor J. Polianski* (ZZF Potsdam) präsentierte in seinem daran anschließenden Beitrag „Eisbrecher der Erinnerung“ am konkreten Beispiel der Fernsehdokumentation „Lenin-Pilz“ von 1991 und des Spielfilms „Zwei Kapitäne 2“ von 1992 die erinnerungspolitische Relevanz solcher Alternativen Geschichtsschreibung und „Rückwärtsfantastik“. Beide Werke erzielten dank der Teilnahme des legendären Aktions- und Provokationskünstlers Sergej Kurechin seinerzeit erhebliche Breitenwirkung, indem sie sowohl die zentralen sowjetischen Mythen um Lenin und den Zweiten Weltkrieg als auch die antisowjetischen Enthüllungswerke der Glasnostzeit mit „satirischer Eindringlichkeit“ ad absurdum führten. Auf theoretischer Ebene umriss Polianski die spezifischen diskursiven Rahmenbedingungen der neurussischen Erinnerungskultur in den Kategorien der ästhetisch-künstlerischen Kommunikation und Simulakrisierung der Wissenschaft. Diese Bedingungen hätten zur Folge, dass nicht nur im öffentlichen Diskurs, sondern selbst an den Hochschulen und Akademien eine deutliche Wende hin zur historiosophischen Spekulation stattgefunden hat.

Den zweiten Konferenztag eröffnete die vierte Sektion „Kriegserinnerung als „Ver-Dichtung““, die sich verschiedenen Aspekten des gegenwärtigen Umgangs mit dem Zweiten Weltkrieg widmete. *Joachim Höslér* (Marburg) zog in seinem Beitrag „Der Große Vaterländische Krieg in der postsowjetischen Historiographie“ eine äußerst kritische Bilanz. Die anhaltende Heroisierung und identitätspolitische Vereinnahmung der eigenen Kriegsteilnahme führe zu einer Verdrängung vieler Themen (wie bspw. der Kriegsinvalidität), so dass die Ursachen des Krieges weiter unverstanden blieben und keine Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden könnten. Statt von kritischer Reflexion müsse man daher eher von einer „Vergessenskultur“ der durch die Herrschaftsinteressen der Eliten geprägten offiziellen Geschichtspolitik sprechen. *Peter Jahn*, bis vor kurzem

Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, zeichnete unter der Fragestellung „Wie viel Kontinuität, wie viel Wandel?“ hingegen ein vielschichtigeres Bild der Beschäftigung mit dem „Großen Vaterländischen Krieg in der russischen Erinnerungskultur“. Als einziger positiver Bezug in einer als „Misserfolg“ wahrgenommen russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts fülle das Thema immer noch ganze Buchläden, sei es in Form populärer Enthüllungsbücher, der vielen Werke zur Militärtechnik oder der großen Zahl an Übersetzungen westlicher Studien. Zentrale Themen der eigenen Aufarbeitung seien seit 1986 der Hitler-Stalin-Pakt, der Baltikum- und Finnlandkrieg, die hohen Kriegsverluste, die Kriegsvorbereitung, der Partisanenmythos und der stalinistische Terror gewesen. Äußerst strittig und wenig akzeptiert sei hingegen die Frage der Kollaboration. Zwar lasse sich eine gewisse Stagnation in den Wissenschaften und wenig Interesse an kritischer Reflexion seitens der Gesellschaft feststellen, gleichzeitig würden aber in den neuen Schul- und Universitätslehrbüchern viele strittige Themen zur Diskussion gestellt und selbst in der traditionell konservativen Form der Erinnerung, den Museen, seien positive Veränderungen festzustellen. Demgegenüber lenkte *Jörg Ganzenmüller* (Friedrich-Schiller-Universität Jena) in seinem Vortrag „Identitätsstiftung und Trauerarbeit: Die Belagerung Leningrads in der russischen Erinnerungskultur“ sein Augenmerk vor allem auf die Kontinuitäten der Erinnerungspolitik, die sich immer noch weitgehend in sowjetischen Bahnen bewege und durch eine Dominanz des Staates gekennzeichnet sei. So stände statt persönlichen Erinnerens weiterhin die heldenhafte Opferung für das Kollektiv im Zentrum der Trauerarbeit, während ein kritisches Hinterfragen der sowjetischen Erinnerungsrituale nicht stattfinde.

Die fünfte Sektion „Raum als historische Inszenierung“ befasste sich dann mit zwei Einzelstudien zum Baltikum und zum russischen Kosakentum. *Elena Zubkova* (RGGU, Moskau) setzte sich unter dem Titel „Baltikum oder Pribaltika?“ mit dem „russisch-baltischen Erinnerungskonflikt in Geschichte und Politik“ insbesondere um die Bewertung des Hitler-Stalin-Paktes, der Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion sowie der deutschen Besatzungszeit auseinander. Dieser Konflikt werde von beiden Seite für politische Zwecke benutzt, wobei bei der jüngsten Auseinandersetzung zum 60. Jahrestag des Kriegsendes die Initiative zum Streit allerdings vom Baltikum ausgegangen sei. Die Folge sei, dass laut einer repräsentativen russischen Umfrage von 2006 Estland, Litauen und Estland neben Georgien und den USA zu den Hauptfeinden Russlands gezählt werden, während man Belarus, Kasachstan, China, Deutschland und Indien zu den besten Freunden rechne. Allerdings habe auch Putin bisher keine moralische Entschuldigung für die eigenen Verbrechen im Baltikum geäußert. *Lars Karl* (ZZF Potsdam) widmete sich hingegen in seinem Beitrag „Bauernkrieger unter dem Doppeladler: Die Wiedergeburt des Kosakentums und regionale Erinnerungskultur in Südrussland“ einem bislang von der Geschichtswissenschaft kaum beachteten Thema. Denn bei dem traditionell an den südlichen Randgebieten Russlands angesiedelten Kosakentum handele es sich keineswegs bloß um reine Folkloregruppen, sondern um eine relevante „Volksbewegung“, die heute



bei der Grenzsicherung Russlands als eigenständige politische Kraft eine wichtige Rolle spielen. Dies habe auch die Putinadministration anerkannt, als sie infolge des Geiseldramas von Beslan ein eigenständiges Kosakengesetz erlassen habe.

Die beiden Beiträge der letzten Sektion der Tagung „Exklaven der Erinnerung – Kaliningrad“ befassten sich abschließend noch einmal mit dem Spannungsfeld zwischen staatlicher politischer Vereinnahmung der Geschichte und individuellen Aneignungen der Erinnerung durch die Bevölkerung. So zeigte *Corinna Jentzsch* (Deutsches Kulturforum Östliches Europa, Potsdam) anhand des 750-jährigen Stadtjubiläums in Kaliningrad, wie man von Moskau aus versuchte, die Identitätskrise des innerhalb der EU liegenden Kaliningrader Gebiets durch das Jubiläum zu überwinden und es als russische Region neu zu verorten. Diese Erinnerungspolitik sei zwar auf den Platz des Sieges und die neu erbaute russisch-orthodoxe Kathedrale zentriert gewesen, habe sich aber im Gegensatz zur sowjetischen Geschichtspolitik auch die Zeit vor 1945 in ganz unterschiedlicher Weise angeeignet. Dies habe sich etwa in Form von sammelwütigen Hobbyhistorikern, kommerziellem Branding oder der Touristenwerbung für die „grüne europäische Stadt“ Russlands artikuliert. Ergänzend hierzu zeichnete *Per Brodersen* (Zeit-Stiftung, Berlin) die Genese des Erinnerungskonflikts Königsberg/Kaliningrad seit 1945 nach. So sei die Königsberger Vergangenheit in der offiziellen Selbstdarstellung der Stadt noch bis Mitte der 1960er Jahre in der Konkurrenz zwischen neuer (sowjetischer) Architektur und alten (deutschen) Ruinen immer präsent geblieben. Erst nach der Sprengung des Schlosses sei Königsberg in den Siebzigern aus den offiziellen Ansichten Kaliningrads völlig verschwunden. Gleichzeitig habe das „deutsche Erbe in der sowjetischen Stadt“ und die westliche „Exotik der Region“ – ähnlich wie das Baltikum als Tor nach Europa – seit den Sechzigern inoffiziell eine zunehmende Anziehungskraft und Attraktivität auf zentralrussische Touristen ausgeübt.

In der Abschlussdiskussion hob man nochmals die Dringlichkeit eines Vergleichs der russischen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nicht nur mit Deutschland und anderen Staaten Osteuropas, sondern auch mit den übrigen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs hervor. Zugleich wurde zu bedenken gegeben, dass man dabei immer mit reflektieren müsse, dass es sich bei dem eigenen theoretischen Instrumentarium um auf westlichen Erinnerungslandschaften gewachsene Begriffe handele, die nicht immer ohne Weiteres in eine andere Sprache und einen anderen Kontext zu übersetzen seien. Diese Ansprüche konnten in den Beiträgen – bis auf Ausnahmen – naturgemäß nur in Ansätzen realisiert werden, machten aber noch mal deutlich, dass die Forderung nach einer engagierten Geschichtswissenschaft immer auch die Gefahr in sich birgt, die eigene Bedeutung zu überhöhen und letztlich einer EU-zentrierten oder gar Deutschland-zentrierten Sicht verhaftet zu bleiben, anstatt eine transnationale Perspektive nationaler Erinnerungskulturen zu entwickeln. So wurde in Bezug auf die vielfach artikuliert Kritik an der russischen Geschichtspolitik angemerkt, dass man auch sehen müsse, auf „wie dünnem Eis“ die eigene ‚kritische‘ Erinnerungskultur stehe – hierzu brauche man sich nur einmal die auf die deutsche

Geschichte bezogenen Bestseller in den Bahnhofsbuchhandlungen genauer anzuschauen.

Insgesamt boten die Tagungsbeiträge einen umfassenden, äußerst differenzierten und vielschichtigen Einblick in die aktuelle russische Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, der eine Vielzahl an neuen interdisziplinären, komparatistischen und transnationalen Forschungsperspektiven eröffnet. Daher bleibt zu hoffen, dass die von den Organisatoren angestrebte Publikation sich tatsächlich zeitnah umsetzen lässt.

**UNDERGROUND PUBLISHING AND THE PUBLIC SPHERE.  
Comparative and Transnational Perspectives  
Internationale Konferenz, Berlin, 27.–29. Juli 2006**

**Steffen Hennicke, Paulina Gulińska-Jurgiel und Thomas Lindenberger**

Frühmoderne Monarchien in Europa wie autoritäre Regime des 19. und 20. Jahrhunderts strebten nach einer weitgehenden Kontrolle der Öffentlichkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, bedienten sie sich der Zensur und setzten die Agenturen ihrer politischen Polizei gegen die jeweilige Opposition und andere nonkonformistische Gruppen ein, die sich mit einer staatlichen Kontrolle der Öffentlichkeit nicht abfinden wollten. Die Tagung „Underground Publishing and the Public Sphere: Comparative and Transnational Perspectives“ ging von der Überlegung aus, dass in den ständischen Monarchien des frühmodernen Europas, in modernen Diktaturen ebenso wie in anderen Formen autoritärer oder suppressiver Herrschaft (z.B. Apartheid in Südafrika) jeweils spezifische Formen von Untergrundliteratur entstanden, und dass dieser Untergrundliteratur und dem sie umspannenden Gewebe von Diskursen und Netzwerken eine weit über die geringe Auflagenzahlen hinausgehende Bedeutung zukam.

Nicht zuletzt angestoßen durch die internationale Rezeption der von Jürgen Habermas' klassischer Studie über den *Strukturwandel der Öffentlichkeit* hat sich die Untersuchung dieses Phänomens mittlerweile weit über den klassischen Topos von Zensur und Untergrundliteratur im vorrevolutionären Frankreich (siehe die grundlegenden Studien von Roger Chartier und Robert Darnton) hinaus entwickelt. Davon zeugte das reichhaltige Programm dieser gemeinsam vom Wissenschaftszentrum Berlin, der Universität Zürich und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (*Jan C. Behrends, Franz Mauelshagen, Thomas Lindenberger*) organisierten Tagung, deren zeiträumliches Spektrum von der frühen Neuzeit außerhalb Frankreichs über das zaristische Russland und seine Peripherie bis hin zu den kommunistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts und verschiedenen autoritären Staaten der kapitalistischen Welt reichte. Die bisweilen verwirrende Vielfalt der Themen, Zeiten und Räume zeigte an, dass es hier vorrangig um erste Versuche ging, dieses Phänomen in einer international vergleichenden Perspektive zu diskutieren und lieber dem Einzelfall in seiner je historischen Eigenart Gerechtigkeit zu Teil werden zu lassen, als ihre Unterschiede durch vorschnelle Synthesen einzuebnen.

Den Auftakt bildeten zwei Sektionen zum vorrevolutionären Europa. *Philipp Soergel* (Maryland) referierte zu „Modes of Censorship“ und die Ausbreitung inoffizieller Publikationen in England seit dem 16. Jahrhundert. Anhand der englischen Rechtspraxis argumentierte er gegen die konventionelle Auffassung einer in erster Linie aus der katholischen Inquisition herrührenden und daher spezifisch katholischen Praxis von Zensur und Untergrundliteratur. *Brendan Dooley* (Bremen) behandelte den „information underground“ im frühneuzeitli-

chen Italien, der sich mit den ausgedehnten Netzwerken von Kaufleuten und Handelsreisenden entwickelte. Untergründiger Austausch von Informationen entwickelte sich demnach zusammen mit der Verdichtung der geschäftlichen Korrespondenz, deren Gegenstände, angetrieben durch Gewinnstreben und Neugierde, immer über die im engeren Sinne kaufmännischen Belange hinausgingen. *Brian Cowan* (McGill) stellte am Beispiel des radikalen Politikers und Verlegers John Tutchin einen misslungenen Fall dar, sich im England des frühen 18. Jahrhunderts als gesellschaftlich anerkannter Protagonist einer unabhängigen Öffentlichkeit zu etablieren. Angesichts der (oftmals auch physischen) Brutalität, mit der Tutchin und seine Gegner ihre Händel öffentlich austrugen, ließe sich dieser Fall auch, so Cowan, als Beispiel für eine scheiternde „Zivilisierung“ bürgerlicher Verkehrsformen (etwa im Sinne Elias oder auch des Habermas'schen Strukturwandel der Öffentlichkeit) lesen. *Alfred Messerli* (Zürich) präsentierte die Ergebnisse einer mikrohistorischen Studie über einen schweizerischen Kolporteur im späten 18. Jahrhundert, der nach einer mehrmonatigen Vertriebsreise in Bern mitsamt seiner aus revolutionären Broschüren, Flugschriften und Porträts bestehenden Handelsware von den Behörden aufgegriffen worden war. Bemerkenswert waren vor allem die keineswegs klandestinen, sondern immer auf Duldung durch die lokalen Autoritäten bedachten Werbestrategien dieses Kolporteurs sowie die Bedeutungslosigkeit der Konfessionsunterschiede für seinen Geschäftserfolg.

Ein zweiter Block von Sektionen widmete sich der Zensurpraxis in der Peripherie des russischen Zarenreiches im 19. und frühen 20. Jahrhundert. *Jyrki Hakapää* (Helsinki) präsentierte Untersuchungsergebnisse zur Kontrolle des Buchhandels im zur russischen Reich gehörenden Großfürstentum Finnland. Daran waren sowohl Zensurbehörden in der russischen Metropole wie auch Vertreter der (schwedisch sprechenden) Elite in Finnland mit je eigenen Motiven beteiligt: Die Unterbindung politisch unerwünschter Informationen stellte dabei nur ein Motiv dar neben der volkspädagogischen Absicht, nur moralisch und religiöse unbedenkliche Werke einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Daneben florierte ein Buchhandel mit erlaubter wie verbotener Literatur, der von eben jener Bildungselite toleriert und in Anspruch genommen wurde, die selbst an der Zensurpraxis beteiligt war. *Ilkka Mäkinen* (Tampere) lieferte dann einen Beitrag zur Geschichte der Zensur in Finnland, die sich auf die breite, zum Teil noch illiterate Bevölkerung bezog. Zwar gelang es der Zensur, diese potentiellen Leser weitgehend von den Einflüssen der europäischen politischen Gedankenwelt abzuschirmen, zugleich entwickelte sich aber in ihrem Innern eine von Erweckungsbewegungen getragene Gegenöffentlichkeit. *Arvydas Pacevicius* (Vilnius) beleuchtete die Zensurverhältnisse im ebenfalls zum russischen Zarenreich gehörigen Litauen des 19. Jahrhunderts. Hier spielte auf Grund der konfessionellen Verhältnisse die katholische Kirche und – aus russischer Sicht – der Einfluss der polnischen Elite eine zentrale Rolle. Repressive und präventive Zensur zielten nicht nur auf die Unterdrückung revolutionärer Schriften, sondern förderten zugleich eine Verselbständigung der litauischen Schriftkultur bis hin

zur Einführung des russischen Alphabets. *Ausra Navickiene* (Vilnius) beschrieb dann den Schmuggel illegaler litauischer Literatur, für den besonders der Austausch mit dem zum liberaleren Preußen gehörenden Kleinlitauen von Bedeutung war. Dieser von Handelsreisenden aller Art nebenbei betriebene Buchimport trug erheblich zur Herausbildung der litauischen Nationalkultur bei.

Den zentralen Themenblock der Konferenz stellten die Sektionen über den literarischen und politischen Untergrund in kommunistischen Diktaturen dar. Mehrere Papiere vertieften einzelne Aspekte der Geschichte des sowjetischen Samizdat: *Aile Möldre* (Tallinn) skizzierte zwei Richtungen – die politische und die literarische – von Samizdat-Publikationen in Estland. Sie wies auf eine zeitliche Lücke in der literarischen oppositionellen Tätigkeit hin, die nach der Niederschlagung des aktiven Kampfes gegen die sowjetische Herrschaft in der Nachkriegszeit fast zwei Jahrzehnte lang dauerte. Erst die 1970er Jahre brachten die Entwicklung des estnischen Samizdats. A. Juskevich und S. Soldatov gründeten etliche Oppositionszeitschriften nicht nur in estnischer, sondern auch in russischer Sprache, um den Kontakt mit den sowjetischen Dissidenten zu initiieren und ein transnationales Oppositionsnetzwerk zu etablieren. Diese Publikationen konzentrierten sich vor allem auf die Verbreitung von Informationen und die Erweiterung kollektiver Autonomie. Da die Autoren aus konspirativen Gründen kaum die Möglichkeit hatten, breitere Kreise der Gesellschaft für ihre Ideen zu gewinnen, wurden die Texte, was für alle Länder des ehemaligen Ostblocks charakteristisch war, über einen anderen Kanal, nämlich den Westen, kolportiert. Der Schmuggel hatte nicht nur das Ziel, die westlichen Regierungen mit Hilfe der estnischen Organisationen im Ausland für den politischen Einsatz zugunsten der baltischen Länder zu motivieren, sondern wirkte sich auch stimulierend und motivierend auf die Oppositionellen im Lande aus. Anschließend sprach *Stanislav Savitsky* (St. Petersburg) über die Kontinuitäten einer oppositionellen Publikationstätigkeit während des Bestehens der Sowjetunion. Dabei hob er nicht nur die politische Bedeutung des Samizdats, sondern auch seine befreiende Rolle bei der Herauskristallisierung eines modernen Konzepts der russischen Geschichte sowie der russischen Identität hervor. *Julie Draskoczy* (Pittsburgh) thematisierte in ihrem Vortrag einen anderen, ebenfalls in der heterogenen Welt der sowjetischen Untergrundliteratur anzutreffenden und noch immer unterbelichteten Aspekt der Samizdat-Kultur in der Sowjetunion, nämlich den Antisemitismus. Wenn es auch durchaus zu positiven Aussagen über die Juden kam, lässt sich eine Reihe negativer und feindlicher Äußerungen nicht ausklammern. Die antisemitischen Diskurse hatten unterschiedliche Gründe. Einerseits fungierte Samizdat als ein Ort, an dem über die Zukunft des Landes sowie der russischen Nation diskutiert wurde. Die Nation konstituierte sich aber in der Abgrenzung zu den anderen Minderheiten (in der Sowjetunion nicht nur von der jüdischen, sondern auch von der ukrainischen, georgischen oder baltischen Minderheit). Einen bedeutenden Beitrag zu ihrer Entwicklung leistete auch die Religion, was zusätzlich noch die Kluft zwischen Russen und Juden verstärkte. Auch die russische Ideengeschichte lieferte genügend Beispiele für den Einsatz und die Instrumentalisierung des antise-

mitischen Diskurses. Darüber hinaus aber – und das gilt als das größte Paradoxon des Samizdats, welcher sich vom Prinzip her für die demokratischen Werte einsetzte – trug zum Antisemitismus die Auseinandersetzung mit Stalin nach dessen Tod bei. Auch wenn hier durchaus eine Auseinandersetzung mit dem dunklen Erbe des Stalinismus vorkam, wurden gleichzeitig manche der Stalinischen antisemitischen Argumente revitalisiert. *Wolfgang Eichwede* (Bremen) schloss den der Sowjetunion gewidmeten Teil der Konferenz mit dem Vortrag „Biographies in dissent: the decision to publish in Samizdat“ ab, welcher auf den im Archiv der Forschungsstelle Osteuropas gesammelten Interviews mit den Samizdat-Autoren basierte. In dem Vortrag fand nicht nur die klassische Variante von Samizdat-Publikationen ihren Niederschlag. Eichwede sprach auch über dessen Vorformen, die auf einer mündlichen Überlieferung der verbotenen Werke basierten, die sonst keineswegs einem breiten Publikum zugänglich gewesen wären und ein breiteres Publikum nur durch die Weitergabe vom Mund zu Mund erreichten.

Die Entscheidung, im Untergrund zu publizieren, wurde oftmals nicht aus einem Entschluss zur oppositionellen Tätigkeit heraus getroffen. Die Autoren versuchten durchaus ihre Texte in den staatlichen Verlagen zu veröffentlichen, signalisierten dabei auch oft die Bereitschaft, die Texte umzuarbeiten und gingen so das Risiko ein, sie inhaltlich verstümmeln zu lassen. Nicht selten verlegten sie ihre Texte erst dann selbst und illegal, wenn es anders nicht mehr ging. In diesem Kontext wurden auch die Verbindungen zwischen der offiziell limitierten Kultur und dem Untergrund betont, mit dem Hinweis, dass 80 Prozent der Mitglieder des Bunds der Sowjetischen Schriftsteller in irgendeiner Form mit dem Samizdat zusammenarbeiteten. So handelte es sich hierbei nicht nur um eine Sphäre, die durch das sich der staatlichen Kontrolle Entziehen den Kampf gegen das kommunistische System aufnahm, sondern auch um ein Laboratorium allgemeiner gesellschaftlicher Diskussionen.

Die nächste Sektion eröffnete eine Reihe von Vorträgen, die sich dem Samizdat in den Ländern Ostmitteleuropas unter dem Kommunismus zuwandten. *Stefana Lamasanu* (Montreal) analysierte einen Sonderfall von Samizdat am Beispiel von Rumänien. In dem Land, in dem das Regime die heftigsten Formen der Niederschlagung und Kontrolle jeglicher oppositioneller Tätigkeit im Ostblock entwickelte, durfte sich eine klassische Samizdat-Kultur nicht etablieren. Aus diesem Grund handelte die rumänische Opposition auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Die eine stellten die Werke der Dichter und Schriftsteller (Constantin Noica, Ana Blandiana) dar, die sich durch allegorische, symbolisch kodierte und dadurch nur für die Eingeweihten verständliche Sprache dem Regime zu entziehen versuchten. Die andere Seite bildeten die Initiativen der rumänischen Exilanten (Paul Goma, Monica Lovinescu). Da jedoch die Zirkulation der Texte innerhalb des Landes so gut wie unmöglich war, erreichten sie die breiteren Kreise der rumänischen Gesellschaft hauptsächlich durch eine mündliche Überlieferung und nur selten in Form von Kopien. Nur Radiosendern gelang es, die dicht gesperrten Grenzen zu überschreiten. Radio Free Europe, welches den Werken rumänischer

Dissidenten zu Verbreitung verhalf, trug erheblich dazu bei, eine Brücke zwischen den Oppositionellen in Rumänien und den Exilanten zu gründen und aufrechtzuerhalten. *Anna Niedźwiedz* (Krakau) beschrieb in ihrem Vortrag über „Religious and National Symbols in the Underground Iconography and Literature of Martial Law in Poland (1981–1983)“, wie unterdrückte oder inhaftierte Mitglieder der *Solidarność* illegale politische Folklore, Ikonographie und Literatur auf einfachen Mitteln wie Briefmarken, Anstecker oder Flugblätter produzierten. Anhand zahlreicher Illustrationen zeigte der Vortrag, wie sich dabei eine eigene kodierte Widerstandssprache entwickelte, die in ihren beiden Extremen entweder durch schwarzen Humor oder forciertes Pathos geprägt war. „Eine vergleichende und beziehungswissenschaftliche Analyse am Beispiel von Leipzig und Wrocław“ unternahm *Christian Lotz* (Leipzig), der in einem aktuellen Forschungsprojekt an der Universität Leipzig über den „Samizdat in der DDR und in Polen“ forscht. Das Referat ging der Frage nach, welche inhaltlichen und strukturellen Gemeinsamkeiten sowie Wechselbeziehungen zwischen dem polnischen und dem ostdeutschen Samizdat existierten. Inhaltlich fielen dabei eine gemeinsame Orientierung an Themen wie Frieden, Menschen- und Bürgerrechte ins Auge, gleichwohl auf der polnischen Seite die Nation eine zentralere Rolle spielte. Anhand empirischer Erhebungen von Zeitschriften machte Lotz Aussagen über die Verbreitung von Samizdat, wobei Anzahl, Umfang und Auflage auf polnischer Seite fünf- bis achtfach so groß waren wie auf ostdeutscher Seite. Beziehungsgeschichtlich scheint die polnische „Zweite Öffentlichkeit“ der 1970er Jahre Vorbild für das ostdeutsche Pendant der 1980er Jahre gewesen zu sein. *Christian Domnitz* (Potsdam) erweiterte anschließend in seinem Vortrag über „The Ascent of ‚Europe‘. Underground Narratives Entering Public Spheres of Socialism“ den Fokus auf die häufig vernachlässigte „offizielle Seite.“ Es zeigte sich, dass spezifische Themen und Diskurse des Untergrund-Samizdat, wie zum Beispiel Diskurse über Europa, in die Sphäre der offiziellen Presse gelangten. Das Auftauchen dieser Untergrundthemen in der offiziellen Presse war Indikator für das Aufbrechen des Meinungsmonopols wie auch der Transformation der staatssozialistischen Öffentlichkeit, in der in den späten 1980er Jahren nun in einem öffentlich und nicht mehr offiziell zu nennenden Rahmen über Entwürfe eines zukünftigen Europas diskutiert wurde.

Den Abschluss des Themenblocks über Samizdat bildete der Vortrag von *Dietrich Beyrau* (Tübingen) über „Arkansphären und Öffentlichkeiten in der sowjetischen Gesellschaft nach 1953“. Beyrau skizzierte eine Typologie der sowjetischen Gesellschaft, um so einen Vergleich dieser mit den frühmodernen europäischen Gesellschaften und mit den modernen westeuropäischen bürgerlichen Öffentlichkeit anzuregen. Vor dem Hintergrund der vier Hauptinterpretationsrichtungen der Geschichte der Sowjetunion – die Sowjetunion als Kontinuität der russischen Geschichte, Modernisierung der sowjetischen Gesellschaft, die Sowjetunion als Teil der Moderne oder Alternative dazu, kulturelles Totalitarismusparadigma – trug Beyrau eine Kategorisierung der verschiedenen Öffentlichkeiten in der Sowjetunion vor. Festzuhalten bleibt, wie sich nach dem Tod Sta-

lins langsam eine „private sphere“, beispielsweise in den Plattenbauten entwickelte, schließlich eine große Anzahl von Subkulturen, deren Kontrolle zunehmend erfolglos blieb. Glasnost schließlich invertierte gleichsam die Öffentlichkeit, indem das, was zunächst nur im privaten Bereich im Geheimen geäußert worden war, nun in die offizielle Öffentlichkeit drang, dagegen alles zuvor Offizielle stigmatisiert wurde.

Die beiden letzten Themenblöcke der Konferenz öffneten den Blick auf die Untergrundliteratur für globale Dimensionen. Einen zeitlich weiten Bogen schlug der Vortrag „Tamizdat: Independent Media Crossing Borders from Ancien Régime to Today's Europe“ von *Friederike Kind* (Potsdam) und *Jessie Labov* (Stanford). In einem vergleichenden Ansatz wurden die beiden Phänomene Samizdat – als Untergrundpublikation in der Sowjetunion – und Tamizdat – als im Ausland aufgelegte Untergrundliteratur – in Beziehung gesetzt. Die Muster von Tamizdat fanden sich bereits zur Zeit des Ancien Régimes, als verbotene Literatur im großen Stile über die Grenze in das vorrevolutionäre Frankreich geschmuggelt wurde. Während des Kalten Krieges trug Tamizdat zur Annäherung der intellektuellen und der Gesellschaften dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs bei, indem er einen „gemeinsamen Markt des Geistes“ zwischen Ost und West schuf und sowohl gemeinsame kulturelle Kontakte als auch eine nicht-offizielle Gegenkultur förderte. Insbesondere in gesellschaftlicher Perspektive konnten transnationale Verlags- und Rundfunkprojekte die verschiedenen intellektuellen Gemeinschaften Europas in einer neuen transnationalen diskursiven Sphäre zusammenbringen.

Mit dem chinesischen Kulturraum und der Struktur der chinesischen Öffentlichkeit beschäftigte sich *Lorenz Bichler* (Heidelberg), der einige Ideen zu den „Dimensions of Chinese Underground Publishing“ vortrug. In Zusammenhang mit dem für die europäische Geschichtswissenschaft ungewöhnlichen Raum China wies Bichler daraufhin, dass es die Tendenz gebe, Erfolg in der Geschichte mit Erfolg in der Historiografie gleichzusetzen. Samizdat in anderen Erdteilen werde häufig vernachlässigt, da dort der Erfolg von Samizdat bezüglich des Zusammenbruchs totalitärer Herrschaftssysteme weniger offensichtlich erscheint, als in Mittel- und Osteuropa. Auch *Liliana Ruth Feierstein* (Buenos Aires) verließ thematisch Europa in ihrem Vortrag über „Marranos under the Southern Cross: The Jewish Resistance Press During the Military Dictatorship in Argentina (1976–1983)“. Am Beispiel der Zeitschrift „Nueva Presencia“ (1978–1987), ein von der jüdischen Gemeinde in Argentinien gegründetes Widerstandsblatt, gab sie einen Einblick in die verschiedenen literarischen und journalistischen Methoden und Strategien, mit denen die Zensur der Militärdiktatur umgangen werden sollte. Dazu gehörten beispielsweise die Fabrikation von vorgeblichen Polemiken zwischen verschiedenen Gemeinden, die aber letztlich Spiegelbild der nationalen Situation waren, oder vermehrte Beiträge von Gastautoren, die thematisch zunächst nichts mit dem ursprünglichen Zweck der Zeitschrift zu tun hatten. Dem Blatt kam dabei die Vorsicht der Militärregierung zugute, die aus Sorge vor



möglichen Reaktionen einflussreicher jüdischer Gemeinden außerhalb Argentiniens eine kompromisslose Konfrontation vermied.

Im zweiten Themenblock richtete *Stephan Keller* (Zürich) unter der Überschrift „(Buch-)Zensur und Untergrundliteratur in der Schweiz 1939–1945“ wiederum den Blick auf die „offizielle“ Seite. Die dem Vortrag zugrunde liegende These lautete, dass die Schweiz zwischen 1939 und 1945 integraler Bestandteil der deutschsprachigen Öffentlichkeit war und die in der neutralen Schweiz aus Angst vor Unruhen ausgeübte Zensur erst eine Untergrundliteratur entstehen ließ. Dabei bewegte sich die Rechtfertigung zur Zensur zwischen der Forderung nach einer Gesinnungsneutralität, d.h. Unterdrückung von NS-Kritik, instrumenteller Notrechtsmaßnahmen gegen die Presse sowie zwischen Liberalismus und autoritärer Staatsräson im Bereich der Medienpolitik, immer mit dem Ziel, durch Aufgabe „kleinerer“ Freiheiten, die „große“ Freiheit zu wahren. Die derart eingeschränkte Meinungsfreiheit ließ in der Folge eine Untergrundliteratur entstehen, die Keller in antinazistischem Schrifttum, antidemokratischen, pronazistischen Schriften sowie Schriften der Emigration klassifizierte.

Die letzten beiden Vorträge befassten sich mit Untergrundliteratur gegen das Apartheid-Regime in Südafrika und legten den Schwerpunkt auf Machtstrukturen innerhalb der Produktionsseite von Untergrundliteratur. *Rudi Venter* (Pretoria) behandelte die oppositionellen Printmedien in Südafrika in den 1970er und 1980er Jahren. Die institutionelle Speerspitze unabhängiger Anti-Apartheid Medien waren in dieser Zeit das Verlagshaus „Taurus“ und das afrikaanse Wochenblatt „Vrye Weekblad“. *Francis Galloway* (Pretoria) nahm sich im Anschluss in ihrem Vortrag über „Publishing the Dissident Voice in Apartheid South Africa“ des konkreten Beispiels der „Publishing History of Breyten Breytenbach“ an. In den 1960er Jahren stand Breytenbach an der Spitze einer literarischen Bewegung, die begann, grundlegend mit literarischen, moralischen und politischen Konvention des Establishments zu brechen. Fast zufällig, als seiner vietnamesischen Ehefrau die Einreise nach Südafrika aufgrund des Gesetzes gegen gemischte Ehen verweigert worden war, wurde Breytenbach ein Sprachrohr der Bewegung gegen das Apartheid-Regime in Südafrika. Nach sieben Jahren Gefängnis dominierten seine Schriften in den 1980er Jahren die literarische Szene in Südafrika, veröffentlicht im Verlagshaus Taurus.

Es war nicht leicht, das umfangreiche Tagungsprogramm in einer gemeinsamen Abschlussdiskussion zusammenzufassen. Deutlich war die Vielfalt der möglichen Varianten von „underground publishing“ zu Tage getreten. Dies zeigte auch der resümierende Definitionsversuch von *Thomas Lindenberger*, der Untergrundpublizistik umschrieb als eine illegale Tätigkeit, die sich in der Regel an eine kleine, mit persönlichen Beziehungen verbundene Gruppe von Lesern, in bestimmten Situationen aber auch an ein anonymes Massenpublikum richtet, wobei der Raum des Untergründigen unscharfe Grenzen aufweist und sich mit anderen Sphären – durchaus auch der „offiziellen“ Sphäre – überschneiden kann. In jedem Fall berührt diese Tätigkeit die hegemonialen Verhältnisse in einer gegebenen Gesellschaft. Die Konferenz zeigte dabei durchaus ebenso auf, wie

disparat die historischen Kontexte waren, in denen Untergrundliteratur eine herausragende Rolle spielte.

Viele der Konferenzbeiträge stellten die Bedeutung der ästhetischen, formalen und technischen Dimension der Untergrunderzeugnisse heraus. Sie ist nicht lediglich als Beiwerk oder Instrument rein politischer Informationen zu sehen, sondern hatte auch eine eigene repräsentative Funktion, die im Verhältnis von schreibenden und verlegenden Produzenten und Lesern codiert und dekodiert werden musste. Gemäß der Schwerpunktsetzung der Konferenz auf die Produktionsseite kam die Rezeptionsseite und auch die Frage nach der konkreten Wirkung von Untergrundliteratur zu kurz. Fragen nach der Lesefähigkeit der Rezipienten und nach den sozialen Praktiken der Aneignung und Verwendung von Untergrundliteratur, aber auch der Wirkung von Zensur und Verfolgung standen eher im Hintergrund.

Nicht zuletzt wurde die im Zusammenhang mit Diskussionen über Öffentlichkeit immer wiederkehrende und nach wie vor nicht abschließend geklärte Frage aufgeworfen, ob und wie das Habermas'sche Konzept der „public sphere“ bzw. der Öffentlichkeit sich für Beschreibungen außerhalb des Horizonts „bürgerlicher Öffentlichkeit“ eigne. Zwar sei die Frage nach einer systematischen Genealogie von „Untergrund“, so *Jan Behrends* in seinem Schlußwort, mehr oder weniger unvermeidbar in den Details der zahlreichen vorgestellten Varianten abhanden gekommen. Zugleich bedürfe es jedoch einer solchen, die Vielfalt der zeiträumlichen Varianten erschließende transnationale Perspektive, um zukünftige Forschungen zu einer umfassenden Geschichte der Öffentlichkeiten im Untergrund anzustoßen.

**FROM SAMIZDAT TO TAMIZDAT**  
**DISSIDENT MEDIA CROSSING BORDERS BEFORE AND AFTER 1989**  
**International Conference, Vienna, 12-15 September, 2006**

**Agnieszka Wierzcholska**

The conference, organized by the Institut für die Wissenschaften vom Menschen (Vienna) in co-operation with the Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam) and supported by the Volkswagen Stiftung, dealt, as the title indicates, with the topic of dissident media crossing borders before and after 1989.<sup>1</sup> Now, one could have in mind the obvious – crossing geographical borders. Of course, this was a major discussion point of the conference. It focused on transnational contacts and the flow of ideas between the different Central East European countries before 1989, and also crossing borders to the West and back.

Yet, throughout the conference other “borders” emerged. One could argue that one of the central points of the conference was the question of samizdat crossing the borders of time. Especially the notion of samizdat after 1989 was broadly discussed. How can it be compared to the Internet? Why do some Internet blogs today refer to themselves as a form of samizdat? Consequently, the question of the legacy of samizdat today was raised and the way it could be an example for dissent movements elsewhere in the world. Here, the notion of the flow of ideas crossing borders takes a larger turn.

Finally, the conference itself opened up borders between the different disciplines that are researching on samizdat. The members of the conference represented a variety of disciplines: History, Political Science, Literature, Fine Arts, Sociology, Anthropology, and Gender Studies. Thus, new approaches and methods in research were presented in the panels. This resulted in extremely fruitful discussions. This way, the conference advanced a lively exchange of ideas and showed new paths of research on the subject.

In the opening session activists of the dissident movement in Central East European countries and the Soviet Union and their supporters in the United States discussed their experiences. This session brought up many important questions that appeared to be the crux of the research on this subject. They were later discussed throughout the conference by the researchers – in a constant dialogue with the contemporary witnesses. I will try to summarize the conference along the reoccurring issues that were discussed throughout the conference.

---

1 Organizers: Friederike Kind-Kovács (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Jessie Labov (Stanford University, California) and Camelia Crăciun (Department of History, Central European University, Budapest). - Cooperative Partners: Irena Grudzińska-Gross (Institute for Human Sciences, Boston); Thomas Lindenberger (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam); Klaus Nellen/János Kovács (Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Vienna); Marsha Siefert (Department of History, Central European University, Budapest); Olga Zaslavskaya (OSA Archivum, Budapest).

First of all, a discussion evolved around the definition of the terms samizdat, tamizdat and dissident. *Jiřina Šiklová* argued that the activists themselves didn't use those terms, and *Eugeniusz Smolar* added that in the Polish case it would be more appropriate to use the term "published outside censorship", since other forms of underground publications had a greater importance. Smolar also stressed that the term dissident was inappropriate and already abused and preferred to talk about opposition instead. A discussion evolved on the coinage of these terms, when they were first used and what could be defined as such. These questions could not be solved but remained discussed throughout the conference.

Networks of samizdat production were the next issue discussed. Producing samizdat created "a circle of hope", as Smolar put it, which would work on the basis of loyalty to a circle of friends. *Miklós Haraszti*, co-founder of the Hungarian Democratic Opposition Movement and editor of the samizdat periodical "Besz lo", pointed out that these circles of friends allowed a semi-freedom in a "system of lies". Samizdat thus created a "bookish" society that eventually wanted to reclaim culture from this system.

These networks operated not only within a country but also across borders – this becoming a major topic of the conference. On the first level it was the communication of oppositionists crossing borders of East European countries. Smolar recalled the meetings of Polish and Czech dissidents, and the invention of the "ramka" in Poland (a silkscreen technique accelerating samizdat production), that eventually was spread to other East European countries. The second level was the communication beyond the iron curtain, the everlasting exchange between samizdat and tamizdat, the latter also in form of broadcasting underground literature by Radio Free Europe and others. Smolar argued that the title of the conference could be as well reversed: "From Tamizdat to Samizdat", which signifies that a circulating flow of ideas existed to the West and back to the dissident movement in the East.

Following the roundtable of the witnesses and activists, the scientific panels were divided into three theme-units: 1. The historical and political aspects of Samizdat and Tamizdat; 2. New approaches in research: Samizdat as a cultural phenomenon, and 3. Samizdat after 1989 and its legacies today.

### *1. The Historical and Political Aspects of Samizdat and Tamizdat*

The first panel set an end to the legacy of memory. *Christian Lotz* required a scientific and critical approach towards samizdat, especially when most researchers look up to the work and courage of dissident writers. He thus commented *Muriel Blaive's* paper on the narratives of a myth, created by the overestimation of Czech samizdat writing in the West. He adds that the lack of scientific foundations tends easily to be filled up with memory. *Barbara Falk* took up this point stressing that witnesses should cooperate with the scholars in gathering information and interpreting them and not drift off "too romantically" in their memories.

In this historical-political section of the conference the scholars presented papers on Samizdat in Romania, the GDR and Czechoslovakia and the Soviet Union and debated on the transnational contacts within Central Eastern Europe. *Cristina Petrescu* shows how Romanians were influenced by the practice of Central East European dissidents and explains under what conditions Romanian samizdat could evolve and why so late. However, *Andras Kanyali* argues that the first samizdat in Romania was that of the Hungarian minority which brought about problems in the relations of these two nations since it was, as Petrescu admits, regarded critically by the Romanians as a form of national separation, when a common enemy should have been fought. *Petschman* also addresses the difficulties of transnational contacts adding that the GDR samizdat had a very Marxist language. Therefore it could not be liked by dissidents in Poland for example. Despite the difficulties these transnational contacts did exist within the Central East European countries and beyond the Iron curtain. *Falk* underlines that the circles of support for samizdat were transnational and multidirectional and she raised the question of how samizdat could create a public sphere or a form of “global civil society”. She adds that samizdat can be very well compared to the Internet in this context. *Ivan Tolstoi* argues that this public sphere allowed the creation of a canon of dissident literature by broadcasts on Radio Liberty. *Yurii Nechiperenko* adds the notion of a samizdat market – obeying its own rules, against authorities, avoiding censorship, and creating its own myth. Finally, *Wolfgang Eichwede* proposed an overall placement of the culture of samizdat and tamizdat within the historical context, stressing that both forms of publications were successful to find an economical niche.

As *Vladimir Tolz* presented his new approach of the Kremlin Tamizdat the question of definitions was raised anew. Can forbidden foreign literature when translated and made accessible to the Soviet elite still be called tamizdat? Finally *Olga Zaslavskaya* demanded a differentiated regard on the phenomenon of samizdat and its sociological and cultural aspects. In this context the historiographical methods were discussed by archivists: How can Samizdat be used as a primary source and what to do with falsifications? These discussions reveal open construction sights within the historiographical field of research.

## 2. *New Approaches in Research: Samizdat as a Cultural Phenomenon*

The panels of the 2nd day of the conference aimed at widening the notion of samizdat. New approaches of literary and aesthetic critique were brought forward. Due to his analysis of aesthetic means *Nikola Dedic* found out that Yugoslavian underground magazines referred to a tradition of the 1920s and the movement of Dadaism. *Brian Horne* presented the importance of background-noises on tapes circulating in the underground. Although the lyrics were not forbidden, the quality of the tapes made them sound raw and unofficial. These noises reinforced the notion of the circle of friends and underground networks against the regime, since in the background one could hear the noises of people

listening in their apartments to these songs. Therein Horne showed that the aesthetical value of samizdat is important for understanding the phenomenon. In these new approaches different forms of media were analyzed as samizdat: *Lovejoy* talked about underground video documentary, *Juliusz Tyszka* about student theatre creating a politically conscious, physical public sphere, and *Wolfgang Schlott* analyzed cartoons. Finally, the last panel brought together various forms and genres: samizdat as broadcast, samizdat as music, samizdat as film, samizdat as culture. Here, the question of definition reappeared. How far can one go in expanding the notion of samizdat? *Maya Nadkarni*, for example, left behind the samizdat as such but rather asked herself to what extent state film productions in Hungary had a *samizdat function*. What she meant was the self-perception of Hungarian filmmakers. To what extent did they understand “their own artistic practice as resistant”. And did the audience recognize it? Although these films were state funded, they could transport a subversive message, or at least be understood as such – by the makers or by the audience. They had thus a samizdat function. This notion was challenged by some conference members such as *Antoni Liehm*, who argued for a more restricted definition of samizdat. Those new approaches underline that samizdat is a medium and should be analyzed as such. *Ann Komaromi* and *Falk* argued that samizdat should be regarded using criteria of media scientists such as Marshall McLuhan and that samizdat should be integrated in the context of (pre and post) Gutenberg era. This way, samizdat would show similarities to the media of today – for example the decentralized Internet – communication. Also, *Ann Komaromi* and *Christian Lotz* ask for a broader contextualization of Samizdat in historical narratives in order to give up local peculiarity. An attempt was made by the speech of *Jiřina Šiklová* on gender and samizdat. She described the specific role of women in the samizdat production and their (difficult) relationships with Western feminists. One can conclude that these new approaches and the discussions around them proved to be indispensable in understanding the phenomenon of samizdat.

### 3. *Samizdat after 1989 and its Legacies Today*

The panels of the third day of the conference dealt with samizdat as a model for the post 1989 world. *Henrike Schmidt* showed that samizdat is a model for a new digital internet world. Russian Web pages refer to themselves as “Samizdat 2” and put themselves in a samizdat tradition. She warns though that these are not the voices that we want to hear. They are right wing; they reject the civil rights movement, and fight against copyright. She proposes thus not to call them “samizdat”. Yet, she argues that it is important to look at the discourse since samizdat is clearly being referred to.

*Falk* presented a slightly provocative paper with the subtitle: “Why the Palestinians Ought to Read Michnik and How Iran could be Next Poland”. She argues that the flow of ideas can take a greater turn and that the opposition in the Middle

East today can learn something from East European dissidents before 1989. Now *Wojciech Orliński* from Poland adds that the recent theatre festival in Teheran made him think, „They are like us twenty years ago“ and he showed similarities to what *Juliusz Tyszka* described with his paper on student theatre in Poland.

In this context the conference widened its discussion to the theme of freedom of press today. The representative on the Freedom of Media in the OECD *Miklós Haraszti* talked about today's challenges in the freedom of press and how the OECD reacts to its violations. Thereafter *Martin Hala* discussed Internet-censorship in China, *Albrecht Hofheinz* the Internet use in the Arab world and *Masha Gessen* focused on Russia. They all tried to answer the question to what extent opposition can use the Internet as a communication platform. The main point of discussion was whether the Internet is an effective medium to trigger an oppositional movement. Two paths of argumentation evolved: On one hand, Gessen argued that the Internet is not a mass medium and therefore cannot mobilize opposition in the way television can. On the other hand Hofheinz pointed out the use itself of the decentralized and pluralistic Internet can change the attitude towards authority.

With the new approaches and methods presented, the conference was successful in widening the notion of samizdat and the different possibilities to understand the phenomenon. On one hand, it showed open construction sights within research, on the other it expanded the fields of research through the open discussion between the various disciplines presented. Thus, it enhanced a fruitful exchange of ideas among the scholars.

For more information see:

[http://www.samizdatportal.org/conferences/2006\\_09/organizers/](http://www.samizdatportal.org/conferences/2006_09/organizers/)

**DIE UNGARISCHE REVOLUTION 1956: KONTEXT – WIRKUNG – MYTHOS**  
**Internationale wissenschaftliche Konferenz, Berlin, 4.–6. Oktober 2006**

**Carsten Dippel**

Im Morgengrauen des 4. November 1956 rollten sowjetische Panzer zum zweiten Mal nach Budapest. Dreizehn Tage lang hatten die ungarischen Revolutionäre siegestrunken von einer besseren Zukunft geträumt, bis ihre Hoffnung auf Freiheit durch Moskaus harte Hand jäh zerstört wurde. Tausende verloren ihr Leben, Hunderttausende emigrierten und eine massive Repressionswelle erfasste unter dem Kádár-Regime das ganze Land. Die ungarische Revolution von 1956 zählt zu den einschneidendsten Ereignissen im Nachkriegseuropa und reiht sich ein in die Geschichte der gewaltsam niedergeschlagenen Massenproteste im Ostblock, die vom 17. Juni 1953, über den Prager Frühling 1968 bis zu den Unruhen nach der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* in Polen 1980/81 reichten und die erst 1989/90 mit dem Zusammenbruch des Kommunismus einen Erfolg davontrugen. Bis heute führt die Frage nach dem Stellenwert des Ungarn-Aufstandes in der europäischen Erinnerungskultur zu heftigen Kontroversen.

Die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Aufstandes wurden von zahlreichen Veranstaltungen und Tagungen begleitet. Zur zentralen internationalen wissenschaftlichen Konferenz luden vom 4.–6. Oktober 2006 das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Collegium Hungaricum Berlin sowie in Kooperation mit Bipolar deutsch-ungarische Kulturprojekte ein internationales Fachpublikum nach Berlin ein.

Eröffnet wurde die Konferenz mit einer abendlichen Podiumsdiskussion in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Zur visuellen Einstimmung wurden Ausschnitte eines US-amerikanischen Dokumentarfilms aus dem Jahre 1958 gezeigt, der in dramatischen Bildern die Tragödie zu fassen suchte und mit seiner Botschaft vom heroisch kämpfenden, doch tragisch gescheiterten Volk der Ungarn selbst ein beredtes Zeitdokument darstellte. *Martin Sabrow*, als Direktor des ZZF zugleich Gastgeber der Konferenz, steckte in seiner Eröffnungsrede entlang des Mottos „Kontext – Wirkung – Mythen“ den konzeptionellen Rahmen für die wissenschaftliche Tagung ab, bei der die politikgeschichtliche Perspektive auf die Ereignisse durch sozial- und kulturwissenschaftliche Ansätze erweitert werden sollte. Neben dem aktuellen Stand der Forschung wollte man neue Ergebnisse zur Rezeptions- und Wirkungsgeschichte des Aufstandes vorstellen. Dazu galt es auch, den Kontext der Revolution und die Wechselwirkungen der verschiedenen Krisensituationen im Ostblock auszu-leuchten. Entscheidend sei nicht zuletzt die Frage, welchen Platz der Aufstand in der europäischen Erinnerungslandschaft einnehme.



Über die „Schwierigkeiten Revolutionen zu erinnern“ diskutierten anschließend, moderiert von der Feuilletonredakteurin der Süddeutschen Zeitung, *Franziska Augstein*, der Publizist *Gerd Koenen*, der nach dem Aufstand nach Frankreich emigrierte Journalist und Soziologe *Péter Kende* sowie der Polityka-Redakteur und Publizist *Adam Krzeminski*, zugleich Vorsitzender der deutsch-polnischen Gesellschaft. *Kende* wies auf die Gespaltenheit der ungarischen Gesellschaft hin, die bis in die heutige Zeit anhalte, wie die jüngsten Ereignisse in Budapest eindrücklich dokumentierten. Doch schon in den Tagen des Aufstandes habe es keine einheitliche, identische Ziele verfolgende Volksbewegung gegeben. „Es waren“, erinnerte sich der Augenzeuge *Kende*, „so viele Revolutionen wie Leute auf der Straße“. *Krzeminski* unterstrich aus polnischer Perspektive die enge Beziehung zwischen den Ereignissen in Posen und Budapest. Polen habe Signalwirkung besessen, weil man dort gezeigt habe, dass – nach der Abrechnung Chruschtschows mit Stalin – Veränderungen möglich sind. Die Aufstandsbewegungen im Kommunismus sieht *Krzeminski* daher in Form einer mehrfach gerisenen Kette miteinander verknüpft. Für die westliche Linke sei der Aufstand in Ungarn hingegen eine „gespaltene Geschichte“ gewesen, bemerkte *Koenen*. Für manche ein Schock, für andere ein Grund, sich vom grauen Ostblock ab- und der ‚Sonne der Revolution‘ in China und Cuba zuzuwenden. Im Grunde habe sich die Haltung der Linken nicht wesentlich von der der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft unterschieden, die zu sehr mit sich selbst beschäftigt gewesen sei, als dass sie viel Sympathie für Aufständische hinter dem Eisernen Vorhang hätte hegen können.

Am ersten Plenumstag in der Französischen Friedrichstadtkirche leuchteten zum Einstieg *János M. Rainer*, Direktor des Budapester 56er Instituts und *Wolfgang Eichwede* (Bremen) den Kontext der gescheiterten Revolution aus. *Rainer* zeichnete in seinem Beitrag zur Historiographie der Revolution nach 1989 ein leicht pessimistisches Bild. Die Erinnerung an 1956 habe zwar eine Schlüsselrolle im Systemwechsel von 1989 eingenommen und vor allem den Akteuren dieses Epochenumbruchs als Legitimationsgrundlage gedient. Der Streit um die Bewertung der Revolution spalte Ungarn jedoch bis heute. *Rainer* sieht die Hauptproblematik von 1956 in der Verortung des historischen Ereignisses selbst und stellt die zentrale Frage nach dem Wesen des Aufstandes. Obwohl er die „radikalste Rebellion gegen das Sowjet-System überhaupt“ gewesen sei, wäre auf längere Sicht der Radikalismus der ungarischen Gesellschaft demobilisiert worden. Letztlich habe das Kádár-Regime nicht nur die Idee der sozialistischen Utopie eines dritten Weges zerstört, sondern die „moralische Wiedergeburt der ungarischen Gesellschaft unter sich begraben“. Die „Ungarische Revolution blieb für immer“, so sein Fazit, „eine offene Geschichte, mit der jeder sein eigenes Weltbild rechtfertigen konnte“.

*Wolfgang Eichwede* fragte anschließend nach den Handlungsmotiven der beiden Supermächte im Herbst 1956, nicht zuletzt im Kontext des Suez-Krieges. Die amerikanische Position bringt für ihn die achselzuckende Frage Eisenhowers auf den Punkt: What can we do? Osteuropa sollte destabilisiert werden, aber ohne

ein allzu großes Risiko einzugehen. Ohne Zweifel waren durch die Demontage Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU gewaltige Veränderungen im Gang, doch auch das Konzept einer liberation policy stieß unter den Gegebenheiten des Kalten Krieges an seine Grenzen. Das „Herausbrechen“ eines Satelliten aus dem sowjetischen Machtblock schien kaum möglich. Die sowjetische Seite hätte insofern die amerikanische Haltung richtig eingeschätzt, als dass ihr Einschreiten in Ungarn im Angesicht der westlichen „Blamage“ im Suezkrieg zumindest toleriert würde. Bis heute nicht ganz geklärt ist in diesem Zusammenhang die Rolle von Radio Free Europe (RFE), die *Richard Cummings* (Düsseldorf), ehemaliger Director of Security des in München residierenden US-Senders, zu erhellen versuchte. Er machte deutlich, mit welchem Einsatz man, z.B. durch spektakuläre Ballonaktionen, Informationen nach Ungarn schleuste, Aktionen, deren Wirkung unter dem Dröhnen sowjetischer Panzer letztlich jedoch verpuffen mussten.

Medien spielten für die Dynamik dieser Revolution hinter dem Eisernen Vorhang eine wichtige Rolle. *Burghard Ciesla* (Berlin) zeigte am Beispiel von Lothar Loewe und Erich Lessing, welche Herausforderung der Aufstand von 1956 für die Medienberichterstattung darstellte. Die von ihm präsentierten Videosequenzen mit beiden Zeitzeugen riefen die oft abenteuerlichen Bedingungen in Erinnerung, unter denen die Journalisten 1956 in Budapest arbeiteten. Vielfach improvisiert, getragen vom Hören-Sagen und oft eher zufällig an die Brennpunkte des Geschehens gespült, entstanden Kommentare und Bilder, die der Welt jenes eindringliche Panorama vom Aufstand in Ungarn nahebrachten. Immer wieder diskutiert wird bis heute die Frage, in welchem Maße westliche Medien, v.a. RFE, den Ungarn Hilfe versprochen. Im Plenum wurde jedoch darauf verwiesen, dass es viel entscheidender sei, was die Zuhörer von RFE und anderen westlichen Medien verstehen wollten. Im übrigen habe die Legende von der „ausgebliebenen Hilfe“ letztlich auch einen Erklärungsansatz für die eigene Niederlage geboten.

*Andreas Oplatka* (Zürich) erinnerte schließlich daran, wie wichtig kleine Details für ein ausgewogenes Bild von historisch einschneidenden Ereignissen sind. Aus Ungarn stammend, zog er als außenpolitischer Redakteur der Neuen Zürcher Zeitung 1989/90 durch Osteuropa und wurde so Augenzeuge jenes dramatischen Umbruchs. Diesen zu begreifen wäre ohne profundes historisches Wissen ebensowenig möglich, wie es der Historiker sich leisten könnte, auf die geschärften Augen und Ohren des Journalisten für seine Betrachtung von Geschichte zu verzichten.

Im dritten Schwerpunkt wurden Auswirkungen und Folgen der Revolution behandelt. *Krisztián Ungváry* (Budapest) berichtete davon, wie sich in den kommunistischen Narrativen der Aufstand als „faschistische Konterrevolution“ einordnete, in eine direkte Linie gestellt mit 1920 und 1944 und so ein Dogma entstand, welches die Gesellschaft bis heute vergiftete. Tatsächlich, so *Ungváry*, waren in der 56er Revolution ehemalige Pfeilkreuzler oder Anhänger des Horthy-Regimes so gut wie nicht präsent, was das Kádár-Regime gleichwohl

nicht davon abhielt, Beteiligte der Revolution unter den Generalverdacht faschistischer Aktivitäten zu stellen und abzuurteilen. *Ungváry* verwies dabei auch auf ein erhebliches Desiderat in der Forschung zur nachrevolutionären Repression unter Kádár. *Lukasz Kamiński* (Wroclaw) rief dazu noch einmal das zweite Revolutionsland von 1956 in Erinnerung, indem er auf die Reaktionen der polnischen Kommunisten auf die Krisen von 1956–1980 in ihrem Land einging. Dass Frauen unter den ungarischen Migranten auf ganz spezielle Schwierigkeiten bei der Integration in eine neue Heimat stießen, zeigten die Ergebnisse einer von *Andrea Petö* (Budapest) vorgestellten Studie.

In Rumänien als Land mit einer großen ungarischen Minderheit und als Ort der Verschleppung von Imre Nagy führten die Vorgänge in Ungarn zu besonderer Nervosität unter der kommunistischen Parteiführung. *Mariana Hausleitner* (München) legte dar, wie die rumänische KP es erfolgreich verstand, einen nationalistisch betonten Anti-Ungarneffekt zu schüren und so aufflammende Proteste unter Studenten, im Militär und in der Kirche frühzeitig ersticken konnte. Auf besondere Weise von der ungarischen Tragödie betroffen war auch das eben erst in die Neutralität entlassene Österreich. *Bela Rasky* (Budapest) informierte über eine derzeit in Wien laufende Ausstellung zu den Ungarnflüchtlingen in Österreich. Bis heute werde in Österreich der Mythos gepflegt, mit der Aufnahme der mehr als 180.000 Flüchtlinge habe das Land eine besondere Integrationsleistung vollbracht. Dabei bliebe jedoch völlig ausgeblendet, dass die übergroße Mehrheit der Flüchtlinge in andere Länder weiterzog und die in der Alpenrepublik Gebliebenen bei ihrer Eingliederung in die Gesellschaft auf erhebliche Probleme stießen. Bemerkenswert sei, dass heute die meisten Flüchtlinge nicht ihre Erfahrungen in Ungarn vor 1956, sondern ausschließlich ihr Leben in Österreich thematisierten. *Patrice Poutrus* (Potsdam) verwies dabei auf das ambivalente Verhalten der Sowjets, die die Flucht zwar zu erschweren, nicht aber grundsätzlich zu verhindern suchten. Dass die noch junge Bundesrepublik unter Adenauer letztlich 15.000 Ungarnflüchtlinge aufgenommen hat, sieht *Poutrus* vor allem dem Druck der westdeutschen Öffentlichkeit, insbesondere der Vertriebenenverbände geschuldet. Die eigentliche Abwehrhaltung der Politik sei angesichts der „Strahlkraft“ der Ereignisse nicht aufrechtzuerhalten gewesen. *Kornél Ziperovský* (Wien) berichtete schließlich von einem erfolgreichen Integrationsprojekt: Die Philharmonica Hungarica, ein aus 56er Exilanten zusammengestelltes renommiertes Orchester, fand im bundesrepublikanischen Marl für mehr als vier Jahrzehnte eine Heimat.

Am Abend stellte *János M. Rainer* im Gespräch mit *Andreas Oplatka* in der Ungarischen Botschaft seine vielbeachtete und nun erstmals auf Deutsch vorliegende Biographie über Imre Nagy vor. Beim anschließenden Empfang wurde zugleich eine Fotoausstellung eröffnet, die in eindrücklichen Bildern von der Ankunft der ungarischen Flüchtlinge im österreichischen Burgenland erzählt.

Das Vormittagsplenum des zweiten Konferenztages widmete sich der Zeit nach dem Aufstand. *Jürgen Danyel* (Potsdam) schilderte den letztlich zur Posse geratenen Plan einiger DDR-Intellektueller zur „Rettung“ ihres ungarischen Mentors,

Georg Lukács, der 1956 eine wichtige Rolle in den Debatten des Petöfi-Kreises spielte und als Bildungsminister in die Regierung von Imre Nagy eintrat. Von Lukács, der in der DDR besonderes Ansehen genoss, gingen wichtige Impulse für die Reformdiskussion im Umfeld des Aufbau-Verlages aus. Als sich die Lage in Ungarn zuspitzte, hätten Anna Seghers, Johannes R. Becher und der später verhaftete Wolfgang Harich jedoch eine völlige Fehleinschätzung der Entwicklung offenbart und die offizielle ostdeutsche Deutung der Ereignisse als Konterrevolution übernommen. *Oldřich Tuřma* (Prag) betonte in seinem Vergleich von 1956 und Prager Frühling, wie die Erfahrung in Ungarn das Handeln der Sowjets in Prag, vor allem hinsichtlich ihres militärischen Vorgehens, beeinflusste. Letztlich seien die kommunistischen Regime 1953, 1956 und 1968 weder zu stürzen noch zu reformieren gewesen. *André Steiner* (Potsdam) interessierte die Frage, ob die als „Gulaschkommunismus“ bezeichnete Konsumpolitik Kádárs tatsächlich auf einem Konzept basierte und verwies auf die Paradoxie der Ungarn bis 1989 prägenden Mischform aus prosperierender Privat- und stagnierender Staatswirtschaft.

Obwohl die brutale Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes in der europäischen Linken nach der Geheimrede Chruschtschows einen weiteren Schock auslöste, blieb ihre Einstellung gegenüber den kommunistischen Diktaturen äußerst ambivalent, wie in den Beiträgen von *Manfred Wilke* (Berlin), *Ulrike Ackermann* (Frankfurt/Main) und *Federigo Argentieri* (Rom) deutlich wurde. Und doch, das zeigten die Beispiele Deutschland und Frankreich, haben Exilanten den Diskurs in erheblichem Maße beeinflusst. Immerhin gab es breit organisierte Protestkundgebungen und intellektuelle Zirkel, wie den Kongress für kulturelle Freiheit in Frankreich, die mit den Aufständischen sympathisierten. Eine dezidiert antitotalitäre Haltung blieb dennoch, so *Ackermann*, eine Minderheitenposition in Westeuropa und diesbezügliche Wahrnehmungsblockaden wirkten bis heute. Es sei daher dringend geboten, die Aufstände im Ostblock von 1953 bis 1989 als Ausdruck einer antitotalitären Tradition in Europa zu begreifen.

Über die Macht der Bilder, die Wirkung von Mahnmalen und die Rezeption des Aufstandes in Literatur und Film sprachen anschließend *Werner Schwarz* (Wien), *György Fehéri* (Berlin) sowie *Andrea Genest* (Potsdam). *Schwarz*, beteiligt an der bereits erwähnten Ausstellung im Wien-Museum, verwies anhand ausgewählter Fotos auf die mediale Wirkung von bewusst emotionalisierenden Bildinszenierungen: Viele inzwischen zu Ikonen des Aufstandes avancierte Bilder zeigen Liebende mit einem Gewehr in der Hand oder Frauen mit ihren Kindern als Flüchtlinge. In der Realität von 1956 stellten jedoch überwiegend junge Männer die Flüchtlinge. *Fehéri* sieht in dem Herausreißen der Bilder von 1956 aus ihrem Kontext einen Indikator für schwere Versäumnisse in der Erinnerungskultur. Zugleich betonte er, wie trotz des auferlegten Tabus die Erinnerung an 1956 die ungarische Gesellschaft geprägt habe. *Genest* zeigte schließlich anhand der Mahnmalspolitik Unterschiede im Umgang mit der Erinnerung an 1956 in Ungarn und Polen auf.

Das abschließende von *Bernd Faulenbach* (Bochum) moderierte Plenum widmete sich noch einmal den Fragen der Erinnerungskultur und -politik, um damit den Faden zum eingangs gestellten Konferenzmotto aufzunehmen. Besonders kontrovers diskutiert wurden die Äußerungen von *Mária Schmidt*, Direktorin des Budapester Hauses des Terrors (Terror Háza) und zweier Institute für das 20. und 21. Jahrhundert. In ihrem emotionalen Vortrag kritisierte sie die Vereinnahmung von 1956 durch die ungarischen Postkommunisten und sah im Ungarn-Aufstand einen Freiheitskampf gegen kommunistische Unterdrückung und zur Etablierung einer bürgerlich-parlamentarischen Ordnung, ganz im Sinne einer, wie sie forderte, „gesunden Erinnerung“ an 1956. Auf Irritation stießen dabei missverständlich gewählte Begriffe, etwa der der „asiatischen Brutalität“, mit dem sie den Rachefeldzug Kádárs und der Sowjets charakterisierte. Schmidts Darstellungen gaben damit selbst einen Eindruck von den Spannungen und Untiefen im ungarischen Vergangenheitsdiskurs. *Stefan Troebst* (Leipzig) knüpfte schließlich an die eingangs von *Martin Sabrow* aufgeworfene Frage an, ob nicht gerade die öffentliche Beschäftigung mit der Revolution in Ungarn einen Ausweg aus der „Rivalität von Holocaust- und Gulag-Erinnerung“ weisen könne. Vielleicht fände man, so Sabrow, auf diese Weise zu einem europäischen Erinnerungsrahmen, der „ohne Hierarchisierung anzustreben verschiedene Erinnerungsimperative nebeneinander gelten lasse“. *Troebst* zeichnete eine scharfe Konfliktlinie zwischen dem „alten Europa“ mit seiner zum „erinnerungskulturellen Gründungsmythos und Grundkonsens“ gewordenen Holocaust-Erinnerung einerseits und der das „neue Europa“ bestimmenden Gulag-Erinnerung andererseits. Nur ganz allmählich näherten sich hier die unterschiedlichen Positionen einander an. Den eigentlichen „Memorialkonflikt“ sieht *Troebst* jedoch weit mehr im innerosteuropäisch geführten Vergangenheitsdiskurs. Hier stünden sich eine „imperial geprägte postsowjetische Erinnerungskultur“ und eine „widerständisch-ostmitteleuropäische Gedächtnislandschaft“ noch immer unvereinbar gegenüber. Im „dramatischen Erinnerungsbruch von 1956“ sieht er einen „point of no return“ in der Geschichte des Sowjet-Kommunismus. *Troebst* verwies damit auf eine in Osteuropa vorherrschende Dominanz von 1956 über 1989. So firmiere im „Extremfall“ der ungarischen Perspektive auf 1956 die Revolution als eigentliche „Geburtsstunde ungarischer Demokratie“, neben der die Erinnerung an 1989 weitgehend verblasse.

*Bernd Faulenbach* gemahnte abschließend noch einmal, in die Betrachtung von 1956 den Kontext der Zeit vor 1945 mit einzubeziehen. Interessanterweise war es die Frage nach der Rivalität zwischen den europäischen Erinnerungsdiskursen über die beiden Totalitarismen im 20. Jahrhundert, die einen Bogen über die gesamte Konferenz schlug. „Wir brauchen“, so *Faulenbachs* Appell, „das Bewusstsein für eine europäische Freiheitstradition“. Die Revolution in Ungarn 1956 gehöre unbedingt dazu.

## ZZF-BUCHPUBLIKATIONEN 2006

### 1. Zeithistorische Studien

Von 1993 bis 2005 sind in der Reihe „Zeithistorische Studien“, herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, im Akademie Verlag Berlin (bis Bd. 10) und im Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien (ab Bd. 11) insgesamt 31 Bände veröffentlicht worden; im Jahr 2006 erschienen sechs weitere.

*Jan C. Behrends*, Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR (1945-1957), Köln-Weimar-Wien 2006 (Bd. 32)

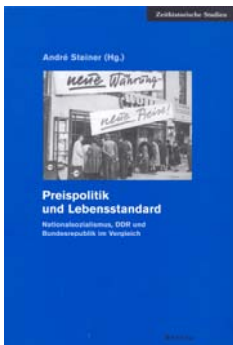
*Thomas Lindenberger (Hg.)*, Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln-Weimar-Wien 2006 (Bd. 33)

*Burghard Ciesla*, Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln-Weimar-Wien 2006 (Bd. 34)

*André Steiner (Hg.)*, Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln-Weimar-Wien 2006 (Bd. 35)

*Annette Schuhmann*, Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Gewerkschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1946-1970, Köln-Weimar-Wien 2006 (Bd. 36)

*Michael Lemke (Hg.)*, Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln-Weimar-Wien 2006 (Bd. 37)



## 2. Weitere Buchpublikationen 2006

- Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hg.)*, Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker – Brezhnev 1974-1982, Berlin 2006.
- Dagmara Jajeśniak-Quast/Jutta Günther (Hg.)*, Willkommen Investoren oder nationaler Ausverkauf? Ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert, Berlin 2006.
- Dagmara Jajeśniak-Quast/Torsten Lorenz/Uwe Müller/Katarzyna Stoklosa (Hg.)*, Soziale Konflikte und nationale Grenzen in Ostmitteleuropa. Festschrift für Helga Schultz zum 65. Geburtstag, Berlin 2006, 210 S.
- Christoph Kleßmann (Hg.)*, Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 9, DDR 1961-1971, Baden-Baden 2006.
- Árpád v. Klimó*, Ungarn seit 1945. Europäische Zeitgeschichte, Bd. 2, Göttingen 2006.
- Árpád v. Klimó/Malte Rolf (Hg.)*, Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen, Frankfurt a.M./New York 2006.
- Thomas Lindenberger/Marcin Kula/Sandrine Kott (Hg.)*, Socjalizm w zyciu powszechnym. Dyktatura a społeczeństwo w NRD i PRL [Sozialismus im Alltag. Diktatur und Gesellschaft in der DDR und in der Volksrepublik Polen], Warszawa 2006.
- Sabrow, Martin (Hg.)*, 1990 – eine Epochenäsur? (Helmstedter Colloquien Heft 8), Leipzig 2006.
- Jennifer Schevardo*, Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, München 2006.
- André Steiner (Hg.)*, Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Berlin 2006.
- Irmgard Zündorf*, Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland, München 2006.

## 3. Übersetzungen, Nach-Auflagen, Taschenbuch-Ausgaben:

- Hans-Hermann Hertle*, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, 10. Aufl., Berlin 2006 (Erstauf. 1996).
- Hans-Hermann Hertle/Stefan Wolle*, Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, München 2006 (Taschenbuch der bei C. Bertelsmann 2004 erschienenen gebundenen Ausgabe).
- Konrad H. Jarausch*, After Hitler. Recivilizing Germans 1945-1995, Oxford/New York 2006 (Englische Ausgabe von: Die Umkehr, München 2004).

## AUTORENVERZEICHNIS

Dr. Christoph Classen, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Carsten Dippel, M.A., Potsdam

Prof. Dr. Michael Geyer, University of Chicago

Christopher Görlich, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Paulina Gulińska-Jurgiel, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Steffen Hennicke, cand. phil., Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Konrad H. Jarausch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Priv.-Doz. Dr. Árpád von Klimó, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dr. Klaus Große Kracht, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dr. Thomas Lindenberger, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Christoph Kalter, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dr. Viktor Knoll, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Prof. Dr. Siegfried Lokatis, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Priv.-Doz. Dr. Thomas Mergel, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dr. Marcus Payk, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Priv.-Doz. Dr. Matthias Schwartz, Freie Universität Berlin

Priv.-Doz. Dr. Annette Vowinckel, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Agnieszka Wiercholska, cand. phil., Freie Universität Berlin